US-Dollar statt Drachme S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 50 – 17. Dezember 2011

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Weiß Kanzlerin Merkel, wohin der von ihr beschrittene Weg Deutschland und auch Europa führt?

Foto: AP

Wackliger Sieg

Halbautomatische Strafverfahren für Schuldensünder durchgesetzt

Vorerst sieht es so aus, als hätte die Kanzlerin die Regierungschefs der anderen Euro-Länder von einer Schuldenbremse überzeugen können.

Ungewollt zollte selbst die rot-grüne Opposition der Kanzlerin ihren Respekt für den Verhandlungserfolg beim jüngsten Euro-Gipfel: Die beckmesserische Kritik von Sigmar Gabriel bis Jürgen Trittin drückte pure Hilflosigkeit aus.

Vor allem der Kern ihrer Attacke kann nicht überzeugen: Angela Merkel habe die Krise verschärft, indem sie viel zu lange mit den dringend notwendigen Hilfen für die wankenden Schuldenstaaten gezögert habe. Die Wahrheit liegt eher im Gegenteil: Erst als Rating-Agenturen und Anleger ihnen die glühenden Eisen (Herabstufung der Bonität, Forderung nach immer höheren Zinsen) gezeigt hatten, fanden sich die Regierungen bereit, sich Stabilitätsforderungen zu beugen, ohne welche alle weiteren Hilfsmilliarden nur versickerten.

Bei aller Anerkennung für das unbestreitbare Verhandlungsgeschick der Kanzlerin blieben die Reaktionen aus der Fachwelt jedoch verhalten. Hat Berlin womöglich abermals nur feste Versprechen gemacht, für die Deutschland im Gegenzug nur vage Zusagen erhielt?

> Die Selbstisolation der Briten kann Deutschland schaden

Der Handel von Brüssel lautet: Die Krisenländer verpflichten sich, nationale Schuldenbremsen einzuführen und sich einer Haushaltsaufsicht samt „automatischer“ Strafen im Falle der Verfehlung auszusetzen. Hier beginnt das Problem: Der angebliche „Automatismus“ funktioniert bestenfalls halbautomatisch. Mit einer „qualifizierten“ Mehrheit können Strafverfahren gegen Schuldensünder noch immer auf europäischer Ebene gestoppt werden. Doch am Beispiel der Europäischen Zentralbank zeigt sich längst, wer die Mehrheit in der Euro-Zone hat – und beherzt ausübt: die ehemaligen Weichwährungsländer mit der lockeren Disziplin.

Im Gegenzug zu dem halbautomatischen Strafmechanismus verpflichtet der Brüsseler Kompromiss die Deutschen zu weiteren großen Schritten in Richtung Transferunion, welche die deutschen Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen werden.

Ein zweischneidiges Schwert ist für Deutschland die selbst verschuldete Isolation Großbritanniens. Positiv wird allgemein bewertet, dass der britischen Rosinenpickerei in der EU endlich eine Absage erteilt wurde. Ebenso, dass Londons Premier David Cameron eine glatte Bauchlandung hinlegte bei dem Versuch, nach alter englischer Tradition einen Keil in den Kontinent zu treiben.

Andererseits fehlt demnächst mit den Briten eine Stimme, die wie Deutschland dem freien Handel und Gewerbe den Vorzug gibt vor staatlichem Wirtschafts-Dirigismus, wie ihn Frankreich bevorzugt. Europa wird ohne England ein Stück mediterraner. Für die USA wird Deutschland als Partner indes interessanter, nachdem sich mit England ihr bisheriger Brückenkopf in Europa selbst ausgebootet hat. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Erdienert

Mit den Orden ist es ein eigen Ding. Es gibt bekanntlich erdiente, erdienerte und erdinierte. Im Falle des Karlspreises 2012, der an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble geht, ist klar, zu welcher Kategoerie diese Ehrung gehört: Zu den erdienerten. Erdienert gegenüber anderen Ländern und Regierungen, aber nicht erdient im politischen Ringen um das Beste für sein Land. Die Jury begründet die Ehrung mit Schäubles „herausragenden Verdiensten um Europa“ und betont ausgerechnet dessen „bedeutende Beiträge“ zur Stabilisierung der europäischen Währungsunion. Um die zu wahren will Schäuble bekanntlich die Souveränität Deutschlands auf dem europäischen Altar opfern. Immerhin fiel der Jury doch noch ein, dass der Euro derzeit in einer tiefen Krise steckt. Deshalb hat sie sogar erwogen, den Preis für ein Jahr nicht zu vergeben, sich dann aber doch anders entschieden. Warum auch nicht, schließlich hat Schäuble die Krise herbeigesehnt, um die Existenzangst der Deutschen für deren Zustimmung zur Errichtung eines europäischen Zentralstaates zu nutzen. So Schäuble gegenüber der „New York Times“: „Die politische Union werden wir nur in einer Krise erreichen.“

Zynismus pur und altbekannt. All diejenigen, die vor 20 Jahren auf Entschädigung für erlittenes Unrecht gehofft hatten, werden nicht vergessen haben, mit welchen Worten Schäuble sie damals verhöhnt hat: „Ich habe mich ein wenig lustig gemacht über jene, die jetzt in Verzweiflung geraten, weil sie möglicherweise etwas nicht mehr bekommen, von dem sie seit 20 Jahren im Traum nicht daran gedacht haben, dass sie es jemals wieder bekommen würden.“ Wer so mit Zynismus Politik macht, ist keiner Ehren wert.

Der dritte Mann

Putin bekommt Konkurrenz

Michail Prochorow heißt der Milliardär und Oligarch, der im März bei der Präsidentenwahl gegen Wladimir Putin antreten wird. Ein Wahlprogramm habe er noch nicht und einer Partei gehöre er auch nicht an. Die wolle er erst nach seiner Wahl zum Präsidenten gründen. Es soll eine Partei „von unten“ werden. Er wolle sich für die Interessen der wachsenden Mittelschicht einsetzen.

Prochorow ist als reicher Oligarch nicht gerade ein Sympathieträger. Seine Ankündigung kam wenige Wochen nach einem öffentlichen Bruch mit dem Kreml, doch die Informationen über seine Haltung zum Kreml sind widersprüchlich. Die Zeitung „Wedomosti“ zitierte eine Quelle, die Kontakte des Geschäftsmanns zu Putin und seinem Führungspersonal bestätigt. Namhafte Journalisten halten Prochorows Kandidatur für eine Inszenierung. Er soll die Protestkräfte für sich gewinnen und so wieder in das System einbinden. Als weiterer Kandidat wird Wladimir Schirinowskij von der Liberaldemoratischen Partei antreten. *MRK*

> Kritiker sprechen von Inszenierung

(siehe auch Seite 2 und Seite 13)

Bundespräsident verspielt Kredit

Wulff verstrickt sich in Darlehens-Affäre in Haarspaltereien und Irreführung

Irgendwann kommt alles ans Licht. So auch, dass Bundespräsident Christian Wulff sein schmuckes Eigenheim im niedersächsischen Großburgwedel einem ungewöhnlich günstigen Privatkredit eines Unternehmerehepaares zu verdanken hat. Nun gerät er in Erklärungsnot, denn im Februar 2010 hatte er, damals noch Ministerpräsident, dem niedersächsischen Landtag gegenüber bekundet, keine „geschäftlichen Beziehungen“ zu dem Osnabrücker Unternehmer Egon Geerkens zu unterhalten.

Dass doch etwas zwischen den beiden lief, war – im doppelten Wortsinn – aufgeflogen, nachdem Familie Wulff in der Business-Class in den Weihnachtsurlaub geflogen war, ohne dafür den vollen Preis zu zahlen. Und in Florida logierten die Wulffs in der Villa der Geerkens. Das war nicht die einzige Gefälligkeit, die diese dem Ministerpräsidenten erwiesen. Im Oktober 2008 hatte Edith Geerkens ihm eine halbe Million Euro zum Hauskauf gegeben. Die Konditionen für das Darlehen waren ungewöhnlich günstig: 120 Prozent des Beleihungswertes, ein Zinssatz von vier Prozent, Laufzeit fünf Jahre, Verzicht auf Absicherung im Grundbuch. Ersparnis über die gesamte Laufzeit im Vergleich zu einem marktüblichen Bankkredit: rund 33 000 Euro. Dennoch beharrt Wulff heute darauf, das Parlament nicht getäuscht zu haben, denn das Geld habe nicht von Geerkens gestammt, sondern von dessen Ehefrau. Ist das nun Haarspalterei, Irreführung von Parlament und Öffentlichkeit oder gar eine Lüge?

> Merkel hätte keinen Nachfolger parat

Wenn es um den Umgang mit reichen Freunden geht, hat Wulff auch als Bundespräsident keine glückliche Hand. Kaum im hohen Amt, verbrachte er einen Kurzurlaub im Nobelanwesen des dubiosen Finanzunternehmers Carsten Maschmeyer auf Mallorca. Auch das sei alles korrekt gewesen, so Wulff. Ebenso wie das fingierte Urlaubsinterview mit dem ZDF auf Norderney, das den Steuerzahler mehrere tausend Euro kostete. Korrekt im formalen Sinne vielleicht, aber auch angemessen für einen Bundespräsidenten, für den ganz besondere Maßstäbe gelten?

Ein glückhaftes Staatsoberhaupt war der erst im dritten Wahlgang mit Ach und Krach gewählte Wulff nie. Wenn er wegen der Kredit-Affäre sein Amt verlieren sollte, bliebe von seiner Amtszeit kaum mehr als die Erinnerung an inhaltsleere, vom Zeitgeist geprägte Reden – und eine ratlose Angela Merkel, weil sie niemanden mehr hätte, der sich von ihr ins Bundespräsidialamt abschieben lassen würde. *Jan Heitmann*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Euro-Bonds statt Schuldenbremse

Paris – Die französischen Sozialisten hatten bereits in diesem Jahr die von Staatspräsident Nicolas Sarkozy eingebrachte Schuldenbremse gekippt, demzufolge kündigt ihr Präsidentschaftskandidat François Hollande an, die auf dem Euro-Gipfel für alle Euro-Länder beschlossene Schuldenbremse im Falle seiner Wahl im Mai 2012 nicht zu akzeptieren. Er befürwortet stattdessen die Einführung von Euro-Bonds, eine direkte Intervention der Europäischen Zentralbank sowie einen weiteren Milliardensoforthilfefonds. Laut einer aktuellen Umfrage der Tageszeitung „Le Monde“ ist ein Wahlsieg Hollandes wahrscheinlich. Seine Chancen, in einem zweiten Wahlgang bei der Stichwahl gegen den amtierenden Präsidenten Sarkozy zu gewinnen, liegen bei 60 Prozent. *Bel*

Diplomaten ersetzen Militärs

Bagdad – Angesichts der Bedrohung aus dem Iran und Syrien dürfte der irakische Ministerpräsident Nuri al Maliki den kompletten Abzug der US-Truppen mit gemischten Gefühlen sehen. Bei seiner US-Visite Mitte Dezember besuchte er auch den Nationalfriedhof Arlington und gedachte der rund 4500 US-Soldaten, die bei der Befreiung des Iraks von Diktator Saddam Hussein gefallen sind. Zugleich haben in den letzten Jahren aber auch 100 000 irakische Zivilisten im Kampf gegen die USA, als Kollateralschaden bei den Gefechten und im auf den Sturz von Saddam Hussein folgenden Bürgerkrieg zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden ihr Leben verloren. Die stark verschuldeten USA, die ihr Irakkrieg inzwischen rund eine Billion Dollar gekostet hat, verlassen das Land aber nicht vollkommen. Zwar zieht das Militär in diesen Tagen komplett ab, dafür soll die US-Botschaft in Bagdad personell auf 16 000 Diplomaten, Sachbearbeiter und Sicherheitskräfte aufgestockt werden. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Mindestens 6390 Euro

Durch das vom Europäischen Rat auf seiner letzten Sitzung vom 8. und 9. Dezember beschlossene Vorziehen des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) um ein halbes Jahr auf Ende 2012 werden dieser und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) eine zeitlang gemeinsam arbeiten. Dadurch erhöht sich das Hilfsvolumen nach Angaben des Bundes der Steuerzahler (BdSt) auf 2357 Billionen Euro. Der Haftungsanteil Deutschlands daran betrage dann 522 Milliarden Euro, soweit der ESM im kommenden Jahr vollständig mit Kapital und Garantien ausgestattet werde. Damit würde jeder deutsche Steuerzahler mit mindestens 6390 Euro für die Schulden anderer Euro-Staaten haften. *M.R.*

2.027.003.835.584 €

Vorwoche: 2.026.043.831.282 €
Verschuldung pro Kopf: 24.810 €
Vorwoche: 24.799 €

(Dienstag, 13. Dezember 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Aufstand gegen den »neuen Breschnew«

Moskau: Massenproteste gegen den Kreml und gefälschte Wahlen – Vorboten eines »Russischen Winters«?

Auch eine Woche nach den Parlamentswahlen halten die Proteste gegen das Wahlergebnis landesweit an. Eine Frage, die alle beschäftigt, ist, wie der Kreml und insbesondere Wladimir Putin damit umgehen. Die Alternative zur Demonstration von Macht und Stärke wären Reformen von oben, doch ist die Regierung bereit, auf seinen Souverän, das Volk, zu hören?

Allein in Moskau waren es 50 000 Menschen, einige Zeitungen vermelden sogar 100 000, die an der genehmigten Demonstration teilnahmen. Obwohl die Protestierenden schon dicht gedrängt auf dem Bolotnaja-Platz standen, der ihnen von der Stadt für ihre Kundgebung zugewiesen worden war, reichte der Raum nicht aus: Auch eine angrenzende Fläche, die Luschkow-Brücke und die Nebenstraßen waren überfüllt. Diejenigen, die sich trotz des Aufgebots von 51 000 Polizisten und Militärs am vergangenen Sonntag auf die Straße wagten, sind nicht nur Anhänger der nicht zur Wahl zugelassenen Oppositionsparteien. Die Menschen wollten einfach ihren Zorn über die dreisten Wahlfälschungen zum Ausdruck bringen. Die Demonstranten fordern Neuwahlen, den Rücktritt des Chefs des Zentralen Wahlkomitees Wladimir Tschurow, die Untersuchung aller Fälle von Wahlfälschungen sowie eine vereinfachte Zulassung für neue Parteien.

„Es sind die Kinder der Marktreform, sie einigt nicht eine liberale Idee, sondern der Protest gegen Gewalt und Lügen. Die Mittelschicht geht auf die Straße.“ So sieht es Michail Deljagin, Direktor des Insituts für Globalisierungsfragen. Die Bürger Russlands sind erwacht. Sie fühlen sich von ihrer Regierung nicht nur nicht vertreten, sondern in ihrer Würde verachtet. Als „Wutbürger“ treten sie dem Regime mutig entgegen. Ihr Kreuzchen zur Wahl bei einer der anderen zugelassenen Parteien zu setzen, war ihre einzige Möglichkeit zu zeigen, dass sie mit der Rochade Putin-Medwedjew nicht einverstanden sind. Wohl wissend, dass die Vertreter der „Systemopposition“, also der zwar zugelassenen, aber kremltreuen Abgeordneten, die Wählerinteressen nicht vertreten werden. Eine Rückkehr Putins ins Präsidentenamt bietet keine Perspektive für ein liberales Russland. Bürger befürchten, dass Putin wie einst Breschnew an der Macht kleben wird.

In den beiden vorangegangenen Amtszeiten ermöglichten hohe Öl- und Gaspreise es Putin, die Wirtschaft des Landes zu konsolidieren, Schulden abzubauen und das Volk mit Geschenken ruhigzustellen. Dieses Glück könnte ihm in seiner dritten Amtszeit nicht mehr beschieden sein, denn die oft angekündigte Diversifizierung der Wirtschafts- und Industriezweige wurde nicht umgesetzt. Inzwischen sind viele Junge und Menschen mittleren Alters in der Welt herumgekommen und konnten sich selbst ein Bild von der Lage Russlands von außen machen. Ein im Ausland lebender Unternehmer sagte über den Parteitag von „Einiges Russland“: „Es war wie der 25. Parteitag der KPdSU. Welch ein Jubel und Applaus. Russland ist in die schlimmsten Jahre der Sowjetunion zurückgekehrt.“



Zehntausende trauten sich, an der genehmigten Protestaktion teilzunehmen: „Wutbürger“ in Moskau Bild: laif

Eine neue Mittelschicht geht auf die Straße

Russland steckt mitten in einer Systemkrise. Während der Kreml noch an seinem bisherigen Vorgehen festhält. Putin drohte an, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen weitere Proteste vorgehen zu wollen –, ist bereits die nächste Demonstration für den 24. Dezember angekündigt, wieder in einer Größenordnung wie die letzte. Das Internet ist die Plattform für die Protestbewegung. In Blogs tauschen die Bürger Meinungen aus und verabreden ihre Aktionen. Laut Umfragen sind erneut über 100 000 Menschen bereit, auf die Straße zu gehen.

Bislang hat Wladimir Putin sich mit Äußerungen zur Protestbewegung zurückgehalten. Niemand zweifelt daran, dass er sich bei der Präsidentenwahl im März durchsetzen wird, doch stellt sich brennend die Frage, wie er dem wachsenden Widerstand begegnen wird. Sein erster Impuls, den Schuldigen für die Wahlniederlage im Ausland zu suchen und eine von der Partei „Einiges Russland“ organisierte Kundgebung, an der 25 000 Putin-Anhänger – teils unter Zwang – teilnahmen, zeugen von Hilflosigkeit. Medwedjew versprach zwar, die beobachteten Fälle von Wahlfälschungen überprüfen und die Schuldigen bestrafen zu lassen, Neuwahlen soll es deshalb aber nicht geben. Gerüchten zufolge hat Putin nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in seinem Führungsteam die Autorität verloren. Am Montag ging die Regierung erstmals auf die Opposition ein und lud 70 Teilnehmer zu einem klärenden Gespräch am Runden Tisch ein.

Wenn Wladimir Putin weiterhin den Wählerwillen ignoriert, steht ihm laut der Prophezeiung eines Bloggers ein „Russischer Winter“ analog zum „Arabischen Frühling“ bevor – und ein Ende wie Gaddafi.

Manuela Rosenthal-Kappi

US-Dollar statt Drachme

Skurrile Gedankenspiele über ein Griechenland nach dem Euro

Dem griechischen Magazin „Epikaira“ zufolge soll die US-Zentralbank eine Studie zur Etablierung des US-Dollars als Übergangswährung für Griechenland unternommen haben. Ob derartige Pläne für eine Zeit „nach dem Euro“ eine Chance bekommen, hängt nicht zuletzt von den Wahlen im Frühjahr ab. Bei Umfragen finden linksextreme Parteien, die einen Austritt aus der EU und der Euro-Zone fordern, immer mehr Zuspruch bei den Hellenen: Auch wenn es utopisch klingen mag, die aufgeworfene Frage, welche Währung die Nachfolge des Euros in Griechenland antreten könnte, ist durchaus berechtigt.

Die Befürchtung, dass Griechenland nach einem Euro-Austritt noch weiter im Chaos versinkt, ist nicht von der Hand zu weisen. Dem griechischen Magazin zufolge soll es die US-Zentralbank Fed sein, die sich mit Lösungsmöglichkeiten für die prekäre griechische Lage beschäftigt hat. Gänzlich neu wäre das entwickelte Gedankenspiel ohnehin nicht. Aktuell ist der US-Dollar nicht nur in den USA gesetzliches Zahlungsmittel, sondern auch in Ecuador, El Salvador, Liberia, Panama und auf Ost-Timor. Der in „Epikaira“ präsentierte Plan geht von einer fünfjährigen Übergangsphase aus, in der eine „Neue Drachme“ an den US-Dollar gebunden werden würde. Benutzt werden würde die Drachme zunächst nur als interne Verrechnungseinheit zwischen den USA und Griechenland, während im griechischen Alltag der US-Dollar Zahlungsmittel wäre.

Ausgegangen wird davon, dass ein Verlassen der Euro-Zone durch Griechenland, eventuell gefolgt

Sozialisten und Kommunisten sind die Gewinner der Krise

von weiteren Ländern, eine Abwertung des Euro zum Dollar um 50 Prozent zur Folge hätte. Sinken würde damit der Wert der griechischen Schulden, die in Euro notiert sind. Ob, wie in der Studie unterstellt, die Abwertung der griechischen Schulden um die Hälfte und ein Zugriff auf niedrige US-Zinssätze den Bankrott des Landes verhindern können, darf angesichts der geringen griechischen Wirtschaftskraft bezweifelt werden. Eher darf man von einer Abhängigkeit von den USA ausgehen.

Auch wenn „Epikaira“ Belege über die Herkunft der Studie schuldig bleibt, ist nicht auszuschließen, dass in den USA derartige Gedankenspiele zur Ausweitung der Dollarmacht unternommen werden. Denkbar ist aber auch, dass es sich um eine gezielt aufgebaute Drohung in Richtung Berlin, Paris und Brüssel handelt, die USA ins europäische Boot zu holen.

Sollte sich ein Trend fortsetzen, den die Dezember-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Public Issue“ zutage gefördert hat, dann könnte in Griechenland demnächst allerdings erst einmal etwas anderes auf der Tagesordnung stehen: In der Umfrage brachte es die Sozialistische Pasok des Ex-Premiers Papandreou auf nur noch 15,5 Prozent. Die konservative Nea Dimokratia wäre mit einem Anteil von 30 Prozent zwar stärkste Partei, aber allein nicht regierungsfähig. Sollten die stalinistische Griechische Kommunistische Partei (Umfragewert 13,5 Prozent), die trotzkistische Linksallianz „Syriza“ (Umfragewert 14 Prozent) und die Demokratische Linke (Umfrage 9,5 Prozent) weiter zulegen, dürfte einer Umsetzung von propagierten Programmpunkten wie einem Austritt Griechenlands aus EU und Euro-Zone, einer Zahlungseinstellung bei Auslandsschulden und einer generellen „Vergesellschaftung von Privateigentum“ nichts mehr im Wege stehen. *Norman Hanert*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4327**

Zuviel Rot in Brandenburg?

Saskia Ludwig, Landeschefin der CDU, kämpft für Freiheit und Eigenverantwortung



Zeigt ein starkes konservatives Profil: Saskia Ludwig zieht gegen Einheitsschulen und fehlenden Wettbewerb zu Felde

Bild: Sebastian Willnow/dadp

Saskia Ludwig gilt als der letzte junge Hoffnungsträger der Konservativen in der CDU. Die Brandenburger Landes- und Fraktionsvorsitzende der Union führt in Brandenburg die Opposition gegen die einzige rot-rote Länderkoalition an. Allerdings war die CDU gerade in Brandenburg auch immer sehr zerstritten und hatte nur unter Jörg Schönbohm ein klares konservatives Profil. Daran will Ludwig anknüpfen. Sie ist verheiratet und hat ein Kind.

PAZ: *Wie wollen Sie die brandenburgischen Christdemokraten wieder zur Regierungspartei machen?*

Ludwig: Unter dem heutigen Ehrenvorsitzenden der märkischen Union, Jörg Schönbohm, war die Partei so erfolgreich, weil sie einen klaren konservativen Kurs hielt. Er hat früh erkannt, dass die soziale Gerechtigkeit, wie sie von Ministerpräsident Matthias Platzeck und den Linken propagiert wird, ein „trojanisches Pferd des Totalitarismus“ ist. Nur Freiheit und Eigenverantwortung können unseren Kindern und Enkelkindern ermöglichen, dass sie in einer demokratischen Gesellschaft leben können, wie wir sie heute oftmals für selbstverständlich halten. Mit diesem Angebot an die Brandenburger werden wir dem sozialistischen Einheitsbrei der Platzeck-Regierung begegnen. 2014 werden die Bürger dann die Wahl haben zwischen Kommunismus-Sozialismus unter Platzeck oder einer freiheitlichen Alternative der bürgerlichen Parteien ohne ideologische Bevormundung durch die Politik.

PAZ: *Unlängst führte das Bildungsministerium einen Glaubenskrieg um die Errichtung einer katholischen Jungenschule ...*

Ludwig: ... so wie bei der Bodenreform-Affäre um die sittenwidrige Landnahme von Grundstücken hat die Platzeck-Regierung auch hier die nächste schwere Gerichtsniederlage eingesteckt. Opus Dei darf sein seit Jahren geplantes Elite-Jungengymnasium gründen, das im größtmöglichen Gegensatz zur angestrebten sozialistischen Einheitsschule der Regierung steht. Mit diesem ersten Achtungserfolg wurde die Drangsalierung der freien Schulen durch Rot-Rot zumindest in diesem Fall höchstrichterlich verhindert.

PAZ: *Woher kommt das große Interesse an Privatschulen?*

Ludwig: Wenn das staatliche Bildungsangebot „Einheitsschule“ heißt, schlecht ist und durch weitere radikale Sparmaßnahmen noch schlechter wird, dann suchen sich die Eltern Alternativen, bei denen ihren Kindern nicht die Zukunft aufgrund einer schlechten Ausbildung verbaut wird. Ob Babelsberger Filmgymnasium, das Evangelische Gymnasium Hermannswerder oder die Freie Schule am Zernsee: All diese Bildungseinrichtungen stehen im positiven Wettbewerb, die Fähigkeiten und Talente der Schüler individuell zu fördern und ihnen für ihren weiteren Lebensweg eine solide Grundlage mit an die Hand zu geben.

PAZ: *Was ist für Sie einer der größten Skandale unter Rot-Rot?*

Ludwig: Auf ihrem Feldzug gegen die Soziale Marktwirtschaft hat sich die Platzeck-Regierung auch die Familienbetriebe ausgeguckt, um sie mit intransparenten Staatsunternehmen plattzumachen. Es wird von der letzten linken Regierung in Deutschland mit allen unsauberen Mitteln versucht, eine Staatswirtschaft in Brandenburg zu installieren. Ihr Ziel ist es, in den landeseigenen und kommunalen Betrieben verdienten Parteifreunden und politisch auf Linie gebrachten Genossen neue Posten zuzuschanzen. Diese intransparenten Unternehmen können dank staatlicher Absicherung auch bei offensichtlicher Misswirtschaft nicht Pleite gehen und deshalb müssen die Brandenburger Steuerzahler für jeden Euro aufkommen, den die rot-roten Staatsunternehmen an Schulden verursachen. Die Familienbetriebe hingegen werden in den Ruin getrieben, weil sie mit dem von Rot-Rot geduldeten Preisdumping nicht mithalten können. Was passiert, wenn es keinen Wettbewerb (Marktwirtschaft) mehr gibt und ein staatseigenes EWP-Großunternehmen mit dem Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzenden das Sagen hat, konnte in Potsdam auf unfassbare Weise erlebt werden.

PAZ: *Wenn die märkische Union Stimmen gewinnen sollte, dann ist es trotzdem noch ein weiter Weg zur absoluten Mehrheit. Wen sehen Sie als Bündnispartner?*

Ludwig: Die erste sogenannte Jamaika-Opposition mit Grünen und Liberalen in Brandenburg hat dank guter Zusammenarbeit jetzt schon sehr viel erreicht. Wenn man sich die Bilanz der PDS/Linke in den vorhergehenden 19 Jahren Oppositionsarbeit anschaut, ist seit 2009 ein sprichwörtlicher Anfang gemacht worden. Positiv haben wir aber auch zur Kenntnis genommen, dass sich bei der Arbeit von Dietmar Woidke als Innenminister ganz erfreuliche inhaltliche Überschneidungen mit unseren politischen Zielen ergeben haben. Seinem Vorbild bei der Überprüfung von Stasibelasteten Polizisten ist aber leider weder der Ministerpräsident noch der linke Justizminister Schöneburg gefolgt. Beide widersetzen sich der Überprüfung von Stasi-Richtern und -staatsanwälten in der rot-roten Justiz. Ein weiterer Skandal, der ein erschreckendes Demokratieverständnis offenbart. Seine Hoffnung, diesen Missstand einfach auszusitzen, wird sich nicht erfüllen.

PAZ: *Und mit den Grünen?*

Ludwig: Mit der gerade frisch gewählten Landesspitze der Ökopartei gibt es vor allem in Fragen der Menschenrechte eine große Schnittmenge. In unserem Bundesland Brandenburg, in dem die Altkader der SED-Diktatur dank der Wunschkoalition des Ministerpräsidenten weiter an den Hebeln der Macht sitzen, ist es eine Stärkung der Demokratie, wenn die Oppositionsparteien an einem Strang ziehen. Unser Kampf für die Rechte und Freiheiten der Bürger, die in anderen Bundesländern selbstverständlich sind, ist auch dank der inhaltlichen Abstimmung mit den märkischen Öko-Freunden auf einem sehr guten Weg.

CDU-Senator spätes Opfer der Stasi?

Von Theo Maass

Während nach den Grünen nun auch die Piraten einen Mediator bestellt haben, um die internen Streitigkeiten ihrer Berliner Landesverbände zu klären, hat der linke Grünen-Parlamentarier im Berliner Abgeordnetenhaus Dirk Behrendt ein Krawallthema erfunden, das eigentlich keines ist. Es geht um Vorwürfe, die gegen den gerade zurückgetretenen Justizsenator Michael Braun – ein linker Flügelmann der Union – erhoben werden. Als Notar habe er dabei mitgeholfen, Käufern Schrottimmobilien anzudrehen, weil er die entsprechenden Kaufverträge beurkundet habe.

Braun hatte daraufhin unverzüglich die Notarkammer angerufen, die sogleich feststellte, dieser habe sich keinerlei Verfehlungen schuldig gemacht. Aber Behrendt tobte weiter, unterstützt vom „Tagesspiegel“ und dem grünen Leib- und Magenblatt „taz“. Die Grünen versuchen offenbar, mit diesem Rachefeldzug CDU und SPD für das geschlossene Regierungsbündnis zu bestrafen. Eigentlich ein durchschaubares Manöver.

Zumal die Anti-Braun-Kampagne noch einen unappetitlichen Stasi-Beigeschmack barg, denn ihre Spuren führen zum Dunstkreis von Jochen Resch, dem Vorsitzenden der Verbraucherzentrale Brandenburg. Vor zwei Jahren war Resch in die Schlagzeilen gekommen. Er hatte einen bekannten Stasi-Mann zum geschäftsführenden Vorstand des von ihm finanzierten, mittlerweile aufgelösten „Deutschen Instituts für Anlegerschutz“ (DIAS) gemacht. Das rief nun Deutschlands renommiertesten Aufarbeiter von SED-Verbrechen auf den Plan: den Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. Knabe vermutet im Hintergrund der Attacken gegen Braun möglicherweise alte Stasi-Seilschaften.

Die Vorwürfe gegen den nunmehrigen Ex-Senator waren und sind haltlos. Laut Notarordnung hätte Braun sogar gegen die ihm auferlegte Neutralitätspflicht verstoßen, wenn er beispielsweise einer Partei gesagt hätte, das sich das Geschäft seines Erachtens nicht lohne.

Tatsächlich folgt die Kampagne gegen Braun Verhaltensmustern, wie sie die Stasi in Westdeutschland einsetzte, um Politiker zu diskreditieren, die von der DDR als „schädlich“ betrachtet wurden. Dass Michael Braun vor einer derart fadenscheinigen Kampagne kapituliert hat, sorgte daher für einige Überraschung. Wie gut unterrichtete Kreise gegenüber der *PAZ* erklärten, trat er jedoch nicht freiwillig zurück. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) soll damit gedroht haben, den CDU-Politiker zu entlassen, wenn er nicht freiwillig gehe. Braun war bislang die größte Stütze von CDU-Chef Frank Henkel in der Koalition, denn die beiden anderen CDU-Senatoren gelten als schwache Figuren.

Keine Lust auf Politik

Studie beunruhigt Brandenburger Parteien

Die Brandenburger haben keine Lust auf Politik, es herrsche gar ein „Demokratie-Gefälle“, sorgt sich Extremismusforscher Hans-Gerd Jaschke von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht. Jaschke bescheinigt den Märkern „politische Apathie“. In einer 66 Seiten umfassenden Studie im Rahmen der Enquetekommission des Landtags zum DDR-Unrecht geht der Forscher mit dem politischen Bewusstsein der heutigen Bewohner hart ins Gericht: Sie haben demnach weder Lust auf Parteien noch ehrenamtlichen Einsatz.

In seinem „Befund der unterschiedlichen Geschwindigkeiten der demokratischen Entwicklung“ kommt Jaschke, der sonst vornehmlich zum Thema Rechtsextremismus forscht, zum Ergebnis: Je weiter von Berlin der Märker lebt, desto weniger Lust auf Politik hat er.

Jaschkes Arbeit als Politikwissenschaftler besteht unter anderem in der Schulung von Polizisten. Bereits 2009 sorgte er mit der Forderung für Aufsehen, man müsse Berlins Autobrandstifter ernster nehmen, denn „sie setzen auch Fanale – Zeichen, dass in der Stadtentwicklung etwas nicht stimmt“. Nun empfiehlt er mit

Verantwortliche fürchten vor allem Kontrollverlust

Blick auf die Mark, dass Politiker „Anstrengungen unternehmen müssen, um die Demokratisierung in den Randlagen zu beschleunigen“.

Die Grundlage für das von Jaschke geforderte politisch-pädagogische Einschreiten ist indes unbestimmt: Offenbar beruht seine Einschätzung auf eher allgemeinen statistischen Werten wie dem geringen Interesse an Parteimitgliedschaft und der mauen Wahlbeteiligung. Auch Brandenburgs Schlussposition in Sachen Internetnutzung deutet er als Zeichen politischen Nachholbedarfs.

Seine Studie spiegelt somit die Angst vor Kontrollverlust bei etablierten Politikern, denen er zweifellos nahesteht: Bevölkerungsrückgang und weniger politische Rückmeldung von der verbliebenen Bevölkerung sorgen dort für Nervosität. „Problematisch“ sei, dass alte DDR-Eliten es bisher „verstanden, auch in der neuen Zeit Schlüsselpositionen zu besetzen und in die eigene Tasche zu wirtschaften“. Jaschke warnt vor der Entstehung eines neuen „Mythos“ in Bezug auf die Verklärung der DDR und die Wahrnehmung politischer Eliten, der noch wirken könne, „wenn keine Westdeutschen der ersten Stunde mehr in der Landesverwaltung arbeiten und keine ehemaligen Stasi-Mitarbeiter wichtige Ämter und Positionen bekleiden.“ *SV*

Linke in der Energie-Krise

Kohlekraftwerke nur mit drastischer CO_2-Reduzierung akzeptiert

Die Erklärung des Energiekonzerns Vattenfall, auf den Bau eines Braunkohlekraftwerks mit reduziertem Kohlendioxidausstoß zu verzichten, hat unerwartete Folgen: Innerhalb der Brandenburger Linkspartei ist ein Streit um die zukünftige Energie- und Umweltpolitik zwischen Wirtschaftsminister Ralf Christoffers und Umweltministerin Anita Tack entbrannt. Während Wirtschaftsminister Christoffers auf der Linie des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) liegt und auch zukünftig den Neubau von Kohlekraftwerken in Brandenburg zulassen will, beharrt Umweltministerin Tack – trotz der durch den Vattenfall-Beschluss geänderten Lage – auf strikter Einhaltung des Koalitionsvertrages: Der sieht vor, dass „neue Braunkohlekraftwerke ab 2020 nur bei drastischer Reduktion des CO_2-Ausstoßes genehmigt“ werden.

Erreicht werden sollte die Kohlendioxid-Reduzierung durch das CCS-Verfahren. Bisher ist die Technik, bei der Kohlendioxid im Kraftwerk abgespalten und später unterirdisch gelagert wird, kaum erprobt. Auch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das in der Bevölkerung heftig umstrittene CCS-Verfahren ist zunächst einmal

Polen will nur noch begrenzt deutschen Ökostrom abnehmen

im Bundesrat gescheitert. Die Linie von Regierungschef Platzeck ist nun, Vattenfall zuzugestehen, ein geplantes Kraftwerk auch ohne CO_2-Filteranlagen bauen zu lassen.

Der ablehnenden Haltung von Umweltministerin Tack haben sich viele Abgeordnete der Landtagsfraktion der Linken angeschlossen. Noch vor dem Landesparteitag der Linken im Februar könnte sich der Konflikt innerhalb der Partei weiter zuspitzen: Bereits im Januar will das Platzeck-Kabinett Eckpunkte der zukünftigen Brandenburger Energiepolitik vorlegen.

Zusätzlich angeheizt wird der Streit noch durch eine Ankündigung von unerwarteter Seite: Der polnische Netzbetreiber „PSE Operator“ will Stromexporte vom deutschen ins polnische Stromnetz begrenzen. Durch die Zunahme von Solar- und Windkraftanlagen kommt es zu zeitweiligen Überkapazitäten bei der Stromproduktion. Mangels Leitungskapazitäten können die überschüssigen Strommengen nicht immer ins übrige Bundesgebiet weitergeleitet werden, sodass sie ins polnische Netz eingespeist werden. Die unerwartet auftretende Menge deutschen Ökostroms führt nach Angaben polnischer Energieunternehmen nicht nur zu Problemen im polnischen Stromnetz, sondern auch dazu, dass sich polnische Kohlekraftwerke nicht mehr rentabel betreiben lassen. *Norman Hanert*

Gezielte Weglassung

Im Wikipedia-Eintrag zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (*PAZ*) reiht sich eine ganze Palette von sachlichen Fehlern aneinander, die leicht aufzudecken sind. Dies beginnt schon mit der groben politischen Zuordnung am Beginn des Eintrags. Die Zuordnung der *PAZ* zur „Neuen Rechten" ist irreführend. Der Begriff „Neue Rechte" ist überaus schwammig und wird von einzelnen Stellen auch zur Bezeichnung von radikal oder gar extrem rechten Positionen jenseits des freiheitlich-demokratischen Spektrums verwendet. Da die *PAZ* aber seit jeher strikt freiheitlich-demokratische Positionen vertreten hat, wird so eine fehlerhafte Einordnung der Zeitung insinuiert.

Dem entsprechend finden sich auch im Abschnitt „Neuausrichtung 1997 bis 2008" Fehler: Hier heißt es, „darüber hinaus entwickelte sie sich jedoch zunehmend zu einem Medium auch für ultrakonservative und neurechts ausgeprägte Autoren und Leser". Zwar hat die *PAZ* wie jedes andere Medium keinen Einfluss darauf, wer sie zur Kenntnis nimmt. Hier wird jedoch nahegelegt, dass die *PAZ* gezielt gewisse Gruppen bedient, die mit dem polemischen Zusatz.

Im selben Absatz wird zudem bemerkt, dass der Preußische Mediendienst (PMD) „vom (?) als rechtsextremistisch eingestuften Verlag Siegfrid Bublies (sic!) ... übernommen" worden sei. Auch hier wird eine bewusste Auswahl eines „rechtsextremistischen" Verlages durch das *Ostpreußenblatt* (*OB*, früherer Name der *PAZ* und heute Beilage) insinuiert. Dies ist irreführend, da zum damaligen Zeitpunkt eine „rechtsextremistische" Position des Bublies-Verlages nicht erkennbar war. Wenige Jahre später ging der PMD in andere Hände über, was gar nicht erwähnt wird. Inzwischen ist die Herausgeberin der *PAZ* nur noch geringfügig am eigenständigen PMD beteiligt, weshalb sich die Erwähnung des Dienstes zur Beschreibung der *PAZ* erübrigt.

PAZ gezielt in rechte Pfui-Ecke gestellt

Im Absatz „Autoren" wird behauptet, dass gewisse Schreiber aus der Autorenliste gestrichen worden seien, weil sie „sich in der rechtsextremen Szene zu sehr exponiert hatten". Auch dieser Satz ist grob irreführend, weil er nahelegt, dass als rechtsextrem bekannte Autoren beim *OB* ein Forum gefunden haben, solange sie sich nur nicht „zu sehr" als Extremisten „exponierten". Das ist Unfug, wie am Beispiel von Horst Mahler klar wird. Dieser galt zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Textes Anfang 1999 noch als „Linker" und hatte nur einige Wochen zuvor noch in der „Süddeutschen Zeitung" publiziert. Erst später tauchte Mahler als Referent bei einer Veranstaltung der NPD auf, um sich später dieser Partei zu verschreiben. Dies war weder für das *OB* noch für die „Süddeutsche Zeitung" voraussehbar.

Im Absatz „Resonanz" wird Bezug genommen auf das sogenannte „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus". Dieses „Handbuch" ist das Werk exponiert linksextremer Autoren. Das Ziel des Buches ist nicht Information im mutmaßlich lexikalischen Sinne von wikipedia, sondern die Diffamierung und Delegitimierung politischer Opponenten. Dabei wird mit den für Diffamierung üblichen Methoden gearbeitet wie aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, bloßen Unterstellungen und übler Nachrede. Bezeichnend ist, dass es dem „Handbuch" bei aller Mühe nicht gelingt, seine Unterstellungen mit Zitaten aus dem *Ostpreußenblatt* zu belegen. *Hans Heckel*

Gezielte Diffamierung

Die *PAZ* auf wikipedia oder Wie man die Internet-Gemeinde hinters Licht führt

Wann führte Reichskanzler Otto von Bismarck die erste Sozialversicherung ein? Und wo in Preußen wurde die jüdische Schriftstellerin geboren, die als Vorkämpferin der Frauenemanzipation gilt? Fragen über Fragen und um eine Antwort auf diese zu finden, schlagen heute die wenigsten Menschen noch im Lexikon nach, denn es gibt ja das Internet. Vor allem das Internetlexikon wikipedia gilt vielen als Anlaufstelle. Die Enzyklopädie wird zwar von ehrenamtlichen Autoren geschrieben und fortgeführt, was aber nicht heißt, dass es keine Qualitätskontrollen gibt, denn jede Veränderung an einer Seite wird von einem wiki-Redakteur überprüft, bevor die Änderung freigeschaltet wird. Und da man bei wikipedia betont, weder eine »Diktatur noch irgendein anderes politisches System« zu sein, dass man selbstkritisch sei und Diskussionen offen austrage, sollte man davon ausgehen, dass wikipedia eine verlässliche Informationsquelle ist. Doch ein Blick auf den wikipedia-Eintrag der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (*PAZ*) und der Versuch nachzuvollziehen, wie die der Aufklärung und den preußischen Tugenden sich verpflichtende Wochenzeitung plötzlich der »Neuen Rechten« – was hier mit einer Neuauflage des Nationalsozialismus gleichzusetzen ist – zugeordnet wurde, lassen alle guten Absichten, die man wikipedia unterstellte, in sich zusammenfallen, und es entsteht der Eindruck, dass zumindest hier wikipedia linken Ideologen eine Spielwiese ermöglicht, was im Umkehrschluss die Diffamierung der *PAZ* bedeutet.



Mit dem Verweis auf „Wissenschaftler" Seriosität vermittelt: Hier urteilen ganz Linke über Medien rechts von sich Bild: wikipedia

Wie „Alter Toter Mann" die *PAZ* zur „Neuen Rechten" machte

Es war der 5. Februar 2011, als der ideologische Kampf gegen die *PAZ* seinen Anfang nahm. Um 23.28 Uhr juckte es dem wikipedia-Autor und von wikipedia als Mentor für neue Autoren akzeptierten Nutzer mit dem Pseudonym „Toter Alter Mann" in den Fingern und er ergänzte den Eintrag der *PAZ* gleich im ersten Absatz um folgenden Satz: „Die Zeitung wird vom Rechtsextremismusforscher Anton Maegerle und dem Historiker Wolfram Wette der Neuen Rechten zugeordnet." Wer daraufhin den wikipedia-Eintrag „Neue Rechte" liest, der erfährt, dass sich diese gegen die Ideen der „Aufklärung, das heißt im politischen Sinne vor allem gegen Vereinzelung, Liberalismus, Universalismus, und Pluralismus wendet" und dass sie die Gleichheit aller Menschen ablehne.

Kein Hinweis auf Kant, Humboldt und die Aufklärung

Wer die *PAZ* kennt, weiß, dass derartige Positionen der Zeitung fremd sind, viel mehr die Bewahrung des Erbes des für die Aufklärung so wichtigen Philosophen Immanuel Kant und des Universitätsgründers Wilhelm von Humboldt sowie der Toleranzgedanke Friedrichs des Großen das Fundament sind, auf dem die *PAZ* aufbaut.

Jetzt auch noch Holocaustleugner

Doch das wird im wikipedia-Eintrag zur *PAZ* nicht berücksichtigt. Ziemlich genau 24 Stunden später fügte „Toter Alter Mann" am Ende des Beitrags die Rubrik „Wissenschaftliche Rezeption" hinzu und schrieb folgendes: „Sowohl der Historiker Wolfram Wette als auch der Politikwissenschaftler Anton Maegerle sehen in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ein Publikationsorgan der ‚Neuen Rechten'. Laut Maegerle versuche die Zeitschrift, einen Brückenschlag vom konservativen Spektrum zur rechtsextremen Szene herzustellen. Davon zeugten unter anderem holocaustrelativierende Beiträge, die Forderung nach einem Schlussstrich unter der deutschen Vergangenheitsbewältigung und die große personelle Überschneidung mit anderen neurechten Publikationen und Organisationen."

Und „Bunnyfrosch" bringt Hitler ins Spiel

Doch anstatt, dass sich jemand bei wikipedia daran störte, fügt der wikipedia-Benutzer mit dem Pseudonym „Bunnyfrosch" am 7. Februar folgende Ergänzung hinzu: „Das Handbuch Deutscher Rechtsextremismus charakterisierte die Zeitung 1996 wie folgt: ‚Als Organ der LO hat das *Ostpreußenblatt* seit Beginn seines Bestehens eine aggressive revanchistische Politik propagiert und die Verbrechen des Hitler-Faschismus beschönigt oder gänzlich geleugnet. Es trat und tritt für die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete ein und unterstützt eine Politik der *Regermanisierung* in diesen Gebieten, während es rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Asylsuchende in der BRD betreibt.'"

Löschung der verleumderischen Zeilen nicht möglich

Am 12. April um 10.18 Uhr versucht der Nutzer „Anna Gaul", die Hinweise auf die „Neue Rechte" zu löschen, doch noch in derselben Minute wird die Löschung rückgängig gemacht. Weitere Löschungsversuche scheitern ebenso.

Hinweis auf linken Hintergrund der „Wissenschaftler" unerwünscht

Am 16. September versucht der Nutzer „Delfina", den Hinweis auf die „Neue Rechte" im ersten Absatz konkreter einzuordnen. „Von Wissenschaftlern und Autoren, die auch laut wikipedia der linken Szene nahestehen, wird sie überwiegend der Neuen Rechten zugerechnet", soll es nun heißen.

Korrektur von offensichtlichen Fehlern

Zeitgleich wird vor den Namen des inzwischen nicht mehr amtierenden Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, ein „ehemaliger" gesetzt ... Der Name des nicht mehr für die *PAZ* schreibenden Autors Jürgen Liminski wird durch den der jetzt für die *PAZ* schreibenden DDR-Bürgerrechtlerin und CDU-Politikerin Vera Lengsfeld ersetzt.

Hinweis auf linke und linksextreme Autoren des „Handbuches Deutscher Rechtsextremismus"

Der Satz „Im ‚Handbuch Deutscher Rechtsextremismus' wurde die Zeitung 1996 wie folgt charakterisiert" wird in „Im ‚Handbuch Deutscher Rechtsextremismus' herausgegeben von Jens Mecklenburg ... wurde das damalige *Ostpreußenblatt* 1996, die *PAZ* gab es damals noch gar nicht, wie folgt charakterisiert" geändert. Zudem wird der Hinweis auf das Handbuch für eine bessere Einschätzung der Seriosität des Werkes wie folgt ergänzt: „Laut dem Handbuch, an dem von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ehemalige PDS-Politiker beteiligt waren, zählen auch der Sozialdemokrat Hans Apel, Otto von Habsburg und der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble zu den dem Rechtsextremismus zuneigenden Personenkreis." Und die folgende, unbelegte Behauptung wurde ergänzt: „Diesbezüglich bezieht sich Maegerle auf Beiträge, in denen er holocaustrelativierende Inhalte und eine Forderung nach einem Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheitsbewältigung sieht, sowie die personelle Überschneidung mit anderen neurechten Publikationen und Organisationen." Neu hinzu kommt: „Die *PAZ* selbst berichtet jedoch immer wieder vom Grauen des Holocaust und rezensiert regelmäßig Bücher von Zeitzeugen, damit der Massenmord an den Juden nicht in Vergessenheit gerät."

Alle Änderungen werden rückgängig gemacht

Alle diese Änderungen werden am 16. September von „KarlV" rückgängig gemacht. Am selben Tag wiederholt „Delfina" die Änderungen, die eine Minute später von „KarlV" rückgängig gemacht werden, der zudem „Delfina" wie folgt verwarnt: „Der nächste Revert führt leider zur VM-Meldung [Meldung wegen Vandalismus]."

Änderung eindeutiger Fehler

„Delfina" versucht am selben Tag um 16.32 Uhr erneut ihr Glück, ändert jedoch nur die rein rational falschen Aussagen und löscht den Namen des ausgeschiedenen *PAZ*-Autors Jürgen Liminski.

Und alles zurück

Bereits um 19.57 Uhr wurden auch diese Änderungen von „Capaci34" rückgängig gemacht.

Horst Seehofer findet die *PAZ* „klar und kantig, in gut preußisch-konservativer-aufklärerischer Tradition"

Am 29. September versucht „Delfina" erneut mitzuarbeiten und ergänzt den Absatz mit Maegerle und Wette um folgenden Satz: „Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer wiederum lobte die *PAZ* 2010 dafür, dass sie ‚klar und kantig, in gut preußisch-konservativer-aufklärerischer Tradition' stehe." Als Nachweis setzt „Delfina" den Link zu dem entsprechenden Zitat von Seehofer im Textarchiv der *PAZ*.

Doch bei wikipedia soll niemand das Seehofer-Lob lesen

Immerhin erst genau einen Monat später um 21.04 Uhr sieht sich „Toter Alter Mann" dazu berufen, diesen Hinweis mit folgendem Kommentar wieder rückgängig zu machen „Ist der neuerdings Leiter der Persilscheinstelle Süd?"

Am 10. November fügt „Delfina" um 14.41 Uhr das Seehofer-Zitat mit folgender Begründung wieder ein: „An Toter Alter Mann: Wenn Seehofer als Quelle nicht als seriös gilt, warum dann das Handbuch Rechtsextremismus mit Autoren wie PDS-Jelpke?"

Ein Kompromiss bei Seehofer

Um 20.21 Uhr macht JosFritz einen Vorschlag: „Es handelt sich um eine nicht-wissenschaftliche Einzelmeinung aus einem Grußwort. Ich bezweifle, dass Horst Seehofer die *PAZ* je gelesen hat." Nun steht das Seehofer-Zitat in der neuen Rubrik „Grußwort".

Hinweis auf linken Hintergrund der *PAZ*-Ankläger scheitert erneut

Am 18. Oktober um 17.54 Uhr wagt „Delfina" die nächste Änderung des Satzes „Von wissenschaftlicher Seite wird sie überwiegend der ‚Neuen Rechten' zugerechnet" in „Von Wissenschaftlern und Autoren, die auch laut wikipedia der linken Szene nahestehen, wird sie überwiegend der ‚Neuen Rechten' zugerechnet." Um 19.16 Uhr lehnt „Hozro" den Vorschlag mit dem Hinweis ab, dass wikipedia keine reputable Quelle sei. Außerdem gab er „Delfina" folgenden Tipp: „Wie wäre es denn, wenn Du zunächst die Diskussionsseite des Artikels mit Deinen Änderungswünschen befüllen würdest?"

Eine Diskussion über die Seriosität der Autoren des „Handbuches Deutscher Rechtsextremismus" beginnt und verläuft zugunsten der *PAZ*, deren Eintrag trotzdem nicht geändert wird.

Mehr unter www.preussische-allgemeine.de

Verdächtigungen statt Belege

Dass die *PAZ* von einigen linken Denkern und mit einem kurzen Satz auf der Internetseite von wikipedia in die extremrechte Ecke des politischen Spektrums, und zwar unter dem Oberbegriff „Neue Rechte", abgeschoben wurde, haben wir grundlegend einem Autor zu verdanken. Er nennt sich Anton Maegerle. Das Buch, in welchem sein diesbezüglicher Aufsatz „Autorengeflecht in der Grauzone. Blätter zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus" sich befindet, trägt den Titel: „Rechte Netzwerke – eine Gefahr". Herausgeber sind der SPD-Politiker Stephan Braun und Daniel Hörsch. Der Sammelband erschien 2004 im VS Verlag. VS ist die Abkürzung für „Versus", was so viel bedeuten kann wie „dagegen" oder „Rückseite" (verso).

Wer ist Anton Maegerle? Dahinter verbirgt sich der linke Autor Gernot Modery. Ihn, wie bei wikipedia geschehen, als Wissenschaftler zu bezeichnen, wäre indes der Ehre zu viel. Um beim Titel des oben genannten Buches zu bleiben, halte ich persönlich auch den extrem rechten Nebelschwarm für eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland und in Frankreich, und vor allem auch für die Europäische Union. Aber es ist klar, dass der Titel des Buches, in dem „Maegerle" geschrieben hat, Emotionen anspricht. „Gefahr" ist ein ebenso schwammiger Begriff wie die Worte „Grauzone" und „Geflecht" in seinem Aufsatztitel. Damit entzieht sich dieser Autor einer genauen Ideenkritik und der Untermauerung seiner These durch konkrete Fakten. Man arbeitet im Reich des Verdachts. Die Unterstellungs- und Pauschalisierungsmethode ist aus der linken Agitprop bekannt. Da sich damals die SED dieser Methode in ihrer Faschismustheorie zur Diskreditierung der Bundesrepublik Deutschland intensiv bedient hatte, so liegt es nahe, wes Geistes Kind Gernot Modery ist.

Demokratie ist Fundament der *PAZ*

Ich verstehe schon, wenn man zum Beispiel die Medienkampagne gegen Thilo Sarrazin sieht, dass manche Konservative oder einfach Realisten kein anderes Presseorgan finden, um ihre Gedanken zu artikulieren. Aber sie sollten in der *PAZ* schreiben, die zu den demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland steht, zwar kritisch steht, aber Kritik ist die Rolle der Medien. Die *PAZ* gehört nicht zur „Neuen Rechten", weil die „Neue Rechte" eine ideologische Denkweise ist. Die parlamentarische Demokratie und die soziale Markwirtschaft, vor allem die Realität ist das Fundament der *PAZ*-Redaktion. Nach meinem Dafürhalten ist die preußische *PAZ* demokratisch auf bayerische Weise, auch mit der starken christlichen Bindung der CSU, während die „Neue Rechte" pauschal gesehen wie damals der NS-Staat zum Atheismus neigt. Natürlich lieben die meisten Redakteure der *PAZ* ihr Vaterland, aber im Sinne des französischen Patriotismus, nicht nach dem Muster des Nationalismus. Nebenbei bemerkt, dass die Vertriebenen und Entrechteten aus den historischen deutschen Ostgebieten, Mitgründer der *PAZ*, schon vor mehr als einem halben Jahrhundert in ihrer Charta Polen die Hand ausgestreckt haben, zeugt von wahrem christlichen Glauben und ist aus meiner Sicht sehr positiv einzuschätzen.

Die *PAZ* schwebt nicht in einer „Grauzone" zwischen konservativ und rechtsradikal. Dazwischen ist kein Nebelfeld, sondern eine scharfe Trennlinie, die ein Gernot Modery nicht sehen kann.

Dr. Jean-Paul Picaper

Dem Knackpunkt ausgewichen

Finanzierung der Pflegeversicherung nur kurzfristig gesichert

„2011 steht im Zeichen der Pflege. Die langfristige Sicherstellung der pflegerischen Versorgung alter und gebrechlicher Menschen ist uns dabei ein besonderes Anliegen", ist auf der Seite des Bundesgesundheitsministeriums zu lesen. Doch die Bilanz des „Jahres der Pflege", das noch unter Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) ausgerufen wurde, dürfte seinen Nachfolger Daniel Bahr (FDP) nicht mit Stolz erfüllen.

2005 wurde der gelernte Banker und studierte Volkswirt Bahr gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion und bewies anhand fachkundiger Stellungnahmen, dass das Thema Gesundheit ihn ernsthaft interessiert. Als er nun im Mai aufgrund des Wechsels an der Spitze der FDP das Gesundheitsministerium vom neuen FDP-Chef und Wirtschaftsminister Rösler übernahm, war er also durchaus mit der Materie vertraut. Doch das Ergebnis des „Jahres der Pflege" ist mal wieder nur ein „Reförmchen", das immerhin die Versorgung von Demenzkranken verbessern will, wenig Handfestes zu bieten hat. Zwar verkündete das Ministerium Ende November, dass die Finanzierung der Pflegeversicherung „auf eine nachhaltigere Grundlage gestellt" worden sei. Aber selbst in Berlin sieht man das Ergebnis offenbar relativ, denn es heißt schließlich „nachhaltigere", nicht „nachhaltige", was man bei einer Erhöhung des Beitragssatzes bei der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2013 um nur 0,1 Beitragssatzpunkte – das entspricht rund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich in der Kasse – auch nicht behaupten kann. Denn es ist absehbar, dass dieses Geld nicht reichen wird. Schon jetzt gibt es in Deutschland 2,4 Millionen Pflegebedürftige und in den nächsten beiden Jahrzehnten sollen es aufgrund der Überalterung der Gesellschaft vier Millionen werden, während gleichzeitig die Zahl der Beitragszahler zurückgeht.



Will das Gesundheitssystem reformieren: Daniel Bahr (l.) versucht, FDP-Positionen unterzubringen Bild: Reuters

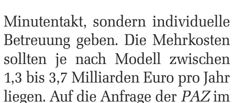
Als Liberaler hatte Bahr eigentlich auf mehr Eigenverantwortung setzen wollen, doch vor allem der Regierungspartner aus Bayern fand das plötzlich unsozial. Aber auch in der Union und in der Opposition verwiesen viele Stimmen darauf, dass sich nur die reicheren Bürger eine private zusätzliche Pflegeversicherung leisten könnten, eine Pflichtpflegeversicherung grundsätzlich nicht in Frage komme und diese vor allem ein Geschäft für die Versicherer sei. Diese hatten tatsächlich aufgrund der schwächelnden Ergebnisse aus der privaten Krankenversicherung auf ein neues Geschäftsfeld gehofft, doch sind sie erst einmal auf die Wartebank zurückgedrängt, da nun im Ministerium überlegt wird, wie man ab 2013 freiwillig abgeschlossene Pflegezusatzversicherungen fördern könne.

Private Vorsorge soll irgendwie gefördert werden

Der Gedanke, eine kapitalgedeckte, vom Staat organisierte Pflegeversicherung zu organisieren, ist zwar vorerst als zu bürokratisch abgetan worden, könnte aber, da die Debatte nicht wie erwartet 2011 abgeschlossen werden konnte, 2012 wieder neu belebt werden. Allerdings hatte es auch Zweifel an der Fähigkeit des Staates gegeben, die Gelder einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung ordnungsgemäß anzulegen, nachdem der Bundesrechnungshof die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung für den risikoreichen Umgang mit der milliardenschweren Reserve der Rentenversicherung kritisiert hatte.

Dass es den 35-jährigen Minister tröstet, dass auch andere vor ihm an der Reform der Pflegeversicherung gescheitert sind, darf bezweifelt werden, denn zahlreiche Interviews zeigen davon, dass Bahr sich selbst sehr ehrgeizige Ziele setzt. Immerhin wird unter seiner Führung schon das Problem offen dargestellt. Auch seine Vorvorgängerin Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hatte verschiedene Entwürfe zum Umbau der Pflegeversicherung vorgestellt. Statt drei sollte es fünf Pflegestufen geben. Auch sollte es nicht mehr Pflege im

Art der Kapitaldeckung weiter umstritten



Minutentakt, sondern individuelle Betreuung geben. Die Mehrkosten sollten je nach Modell zwischen 1,3 bis 3,7 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Auf die Anfrage der *PAZ* im Jahr 2008 bei Ministerin Schmidt, welcher Zuwachs an Pflegebedürftigen diesen Kalkulationen zugrunde läge, hieß es, man sei „vom Status quo ausgegangen". Die wahren Mehrkosten hätten also – wäre denn ihre Reform durchgekommen – bedeutend höher gelegen. Somit hatte Schmidt eine Reform für die Zukunft geplant, ohne die absehbare demografische Entwicklung einzuberechnen. Zumindest das kann man Bahr nicht vorwerfen, aber dennoch ist seine Reform nur wieder einer der vielen Trippelschritte bei dem Versuch, die Kosten nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen.

Ferner stehen andere „Werksstücke" des jungen Ministers ebenfalls in der Kritik, auch wenn er für sich in Anspruch nehmen kann, beim Gesetz, das die ärztliche Versorgung auf dem Land verbessern soll, liberale Positionen umgesetzt zu haben. Denn Bahr will die Ärzte durch Vergünstigungen aufs Land locken, statt sie über Quoten zu zwingen. Für die Opposition zeigten seine Taten hingegen, dass er den Anhängern der FDP, unter denen anteilig viele Ärzte vermutet werden, entgegenkäme. Aber nachdem er beschuldigt worden war, seinen Bruder Thomas zu bevorzugen, ist Bahr bereits mit Vorwürfen dieser Art vertraut. So soll er das Geschäftsmodell seines Bruders, der Arzt und Geschäftsführer des „Unternehmens Gesundheit Oberpfalz Mitte" ist, bei dem Praxen und Krankenhäuser miteinander eng vernetzt arbeiten, nur fördern, weil es diesem dient. Allerdings könnte hier auch einfach das auch für Patienten auf Effizienz setzende Modell überzeugt haben. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN



Preußische Tugenden pur

Potsdam – Der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Wolfgang Huber wünscht sich einen Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche, auch weil sie ein Symbol preußischer Toleranz und Tugenden sei. „Da beteten nicht nur Königin und König, die ja für eine bemerkenswerte Glaubenstoleranz und -pluralität standen", so Huber in der „Welt". „Dann war da dieser fürchterliche 21. März 1933, der von den Nazis inszenierte sogenannte Tag von Potsdam ... Und gleichzeitig war es die Kirche des Infanterieregiments Nummer 9, aus dem später mehr militärische Widerstandskämpfer gegen Hitler hervorgingen als aus jeder anderen Einheit. Was ganz klar für das Gewissen und die Verantwortungsbereitschaft in diesem Land steht." *Bel*

Feier mit Imam im Kindergarten

Karlstadt – Im unterfränkischen Karlstadt hat ein evangelischer Kindergarten sich entschieden, im Dezember nicht nur christliche Feste zu feiern, sondern auch muslimischen Kindern ein Angebot zu machen. Und so lud die kirchliche Bildungseinrichtung am 5. Dezember ein, gemeinsam den muslimischen Aschura-Tag zu feiern. An diesem Tag wird Noah geehrt, der nicht nur in der Bibel, sondern auch im Koran als Retter seiner Familie und vieler Tiere vor der Sintflut vorgestellt wird. In Karlstadt lud der evangelische Pfarrer den örtlichen Imam ein, der eine Ansprache auf Türkisch hielt, die jedoch für die der Sprache Unkundigen übersetzt wurde. Die Kindergartenleiterin sieht das Fest als „ideale Gelegenheit, die Gemeinsamkeit der Religionen aufzugreifen". Der Religionspädagoge Andreas Späth meinte hingegen, es sei nicht Aufgabe eines evangelischen Kindergartens, fremdreligiöse Feste zu begehen. *Bel*

Linke Lagerromantik

Wo Jugendliche zivilen Ungehorsam lernen

Für den kommenden Sommer werben NAJU BW, „Sozialistische Jugend – Die Falken, Landesverband Sachsen", Naturfreundejugend Berlin, Attac, das globalisierungskritische Netzwerk „European Network Academy for Social Movements", Robin Wood e. V. und BUND jugend für die Abhaltung von Freizeitaktivitäten und Jugendcamps. Wirft man einen Blick in die Programme, so erhält man den Eindruck, dass hier zunächst unpolitische Jugendliche für linke bis sehr linke Positionen gewonnen werden sollen. Das Konzept ist uralt und wurde bereits in den 20er Jahren von der Kommunistischen Jugendinternationale und der Hitlerjugend angewendet.

In einem Programm heißt es: „Freiraum für alternative Lebenskonzepte und Pläne zur Überwindung des Kapitalismus (schaffen) ..." Die Beköstigung des „action, mond und sterne – linkes camp nordschwarzwald BW" erfolgt durch die „Maulwurf-Volxküche", während die Jugendlichen tagsüber mit theoretischen Workshops zu klassisch linken Themen wie Sexismus, Rassismus, Anarchismus, Kapitalismuskritik, Asyl beschäftigt werden.

»Aufklärung« über Gender und das Kapital

Auch beim „new direction – Hardcore Punk Festival" geht es darum, Jugendliche mit Nischenthemen zu indoktrinieren. Da geht es unter anderem um „Gender Konstruktionen im Kapitalismus". Es soll analysiert werden, wie die Geschlechter und ihre Abbilder im Kapitalismus konstruiert würden, um dann zu erklären, warum eine kapitalistische Gesellschaft gerade diese Geschlechterkonstruktionen benötige.

Skurril ist das Thema Antifa und Männlichkeit: „Warum gibt es auch in der Antifa-Szene Unterdrückungsverhältnisse?" Beim „Roten Sommercamp" geht es dann um die spannenden Fragen „Kulturalismus und Neorassismus". Das „Festival La Libertad" will den Minderjährigen erklären, wie ein herrschaftsloses Umfeld aufgebaut werden kann, während das „get a life – das herrschaftskritische Sommercamp" die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisieren will. Auch das „Internationale Klimacamp 2011: für ein lebenswertes Klima weltweit!" will Jugendliche für vielfältige Widerstands-Aktionskonzepte des zivilen Ungehorsams und Straßentheater oder Mahnwachen empfänglich machen. *Theo Maass*

Begnadeter Selbstdarsteller

Ehemaliger Hoffnungsträger Karl-Theodor zu Guttenberg sorgt für Unmut

Startet Deutschlands einstiger Medienliebling Karl-Theodor zu Guttenberg mit der soeben bekannt gegebenen Initiative zur Freiheit im Internet in Kooperation mit der EU in Brüssel einen Probelauf, um sich bei seinen Fürsprechern an der US-Ostküste zu beweisen? Sollte der selbsternannte zoon politikon (politische Mensch) sein bisheriges spektakuläres Biotop vorübergehend verlassen, um im stillen digitalen Kämmerlein Blogger und Netzaktivisten dabei zu unterstützen, über autoritäre Regime zu informieren? Das könnte ihm ungeahnten Zuspruch eintragen – zum Beispiel bei der Piratenpartei.

Zu Kundus: Ein Minister habe keine »Holschuld«

Zuvor landete er mit der Veröffentlichung seines Buchs „Vorerst gescheitert" einen öffentlichkeitswirksamen Coup. Dabei beschränkt sich sein Versuch einer Aufarbeitung lediglich auf das Eingeständnis, einen „ungeheuerlichen Fehler" begangen zu haben. Schlicht überfordert sei er gewesen, habe sich gezwungen gesehen, die Arbeit an der Dissertation immer häufiger zu unterbrechen, teilweise mit Jahresfrist. Letztendlich habe er auf 80 Datenträger zurückgreifen müssen, auf denen er seine Erkenntnisse zu Lande und sogar in der Luft gespeichert habe. Damit zieht sich zu Guttenberg hinter eine Verteidigungslinie des wenig strukturierten Arbeitsablaufs zurück und beharrt weiterhin beharrlich auf seiner Version, nicht vorsätzlich getäuscht zu haben. Seine Aussage „Ich habe es immer geschafft, mit relativ geringem Aufwand weit zu kommen", will er jedoch auf seine Schulzeit begrenzt gelten lassen.



Neues Erscheinungsbild: Zu Guttenberg Bild: T. Silz/dapd

Die seinerseits betriebene Abberufung von Verteidigungsstaatssekretär Peter Wichert und des Generalinspekteurs Wolfgang Schneiderhan versucht er damit zu begründen, in diesem hochbrisanten Fall zu spät umfassend informiert worden zu sein, und verweist darauf, als Minister „keine Holschuld" zu haben. Er spricht von seinen angeblichen Meriten bei der Bundeswehrreform, darunter die Aussetzung der Wehrpflicht.

Dazu werden ernstzunehmende Stimmen laut, die berechtigten Zweifel daran aufkommen lassen. So berichtet die „Financial Times Deutschland" gar von einer „Reformruine", die zu Guttenberg hinterlassen habe. Der sich durch seine stets überlegte Wortwahl auszeichnende Nachfolger im Amt, Thomas de Maizière, meinte unlängst: „Wir sollten Karl-Theodor zu Guttenberg und seine momentanen Aktivitäten nicht so wichtig nehmen."

Er soll de Maizière eine »Refomruine« hinterlassen haben

Als befremdlich empfinden die CSU-Granden auch zu Guttenbergs wenig schmeichelhafte Behauptung, in der Partei hätten sich viele Spinnweben gebildet. Dies missbilligen sie umso mehr, da sie ihm ein gerütteltes Maß an Unterstützung zuteilwerden ließen, ohne die sein kometenhafter Aufstieg in Amt und Würden kaum denkbar erscheint. Mit seiner verbalen Breitseite düpiert der jäh gefallene Senkrechtstarter diejenigen in der CSU, die ihm die ersten Schritte seines steilen Aufstiegs in der Politik ebneten und denen er bis vor einem knappen Dreivierteljahr als Bezirksvorsitzender diente.

Zu Guttenbergs Forschungsaufgaben bei der einflussreichen „Denkfabrik" Center for Strategic and International Studies (CSIS) eröffnen ihm die Chance, seinen Horizont zu erweitern. Und seine Position erlaubt es ihm, seiner politischen Zukunft gelassen und voller Zuversicht entgegenzublicken. Denn einen unverzichtbaren Aktivposten kann er in seiner politischen Bilanz verbuchen: Er hat den Stallgeruch, den die Old Boys in den Neuenglandstaaten goutieren. Die fangen einen der ihren bereitwillig auf. Von einer sicheren Burg lässt sich trefflich streiten. *M. Johnschwager*

MELDUNGEN

Erdogan und Gül spielen Kreml

Ankara – Da der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan sich nicht noch für eine vierte Amtszeit wählen lassen kann, die Politik seiner Partei AKP aber so sehr auf ihn zugeschnitten ist, gibt es laut der österreichischen Tageszeitung „Standard" Überlegungen, dass er mit Staatspräsident Abdullah Gül die Ämter tauscht. Vorbild sollen Wladimir Putin und Dmitrij Medwedjew sein, die in Russland ähnliches bereits angekündigt haben. Noch ist aber nicht ganz klar, bis wann Gül überhaupt im Präsidentenpalast sitzt. Nach Güls Wahl 2007 war die Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre verkürzt worden, demnach wäre für ihn eigentlich schon 2012 Schluss. Nun soll das Parlament darüber entscheiden, in dem seine AKP die Mehrheit hat. *Bel*

»Scharia light gibt es nicht«

Paris – Die französische Jugendstaatssekretärin Jeanette Bougrab bestreitet vehement die Existenz eines moderaten Islam und begibt sich dabei auf Konfrontationskurs zu ihrem Außenminister Alain Juppé. Die Entwicklung des sogenannten arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten hin zu Majoritäten von Islamisten wie den Muslimbrüdern oder den noch radikaleren Salafisten zeige klar, wohin der Weg in der arabischen Welt gehe. Die studierte Juristin mit einem Vater aus Algerien weist in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Parisien" auf die in der Scharia enthaltenen Restriktionen von Freiheit, Gewissensfreiheit vor allem, hin. „Eine Scharia light gibt es nicht." Kräfte unter den Muslimen, die für eine strenge Trennung von Religion und Staat einträten, hätten es schwer. Zudem seien diese gemäßigten Kräfte in keiner der großen theologischen Institutionen vertreten. *J.F.*

Schlimmer als während der Apartheid

Regierung in Südafrika schränkt Pressefreiheit ein – Opposition fürchtet Repressionen

Die heutige Regierung Südafrikas macht durch Korruption, Misswirtschaft und Sex-Skandale ihres Chefs von sich reden. Den Bürgern geht es indes immer schlechter.

Kurz bevor in Durban die Klimaexperten zu Tausenden einflogen, um nach der Eröffnung der Klimakonferenz durch Südafrikas Präsidenten Jacob Zuma vom Stamm der Zulus über das Treibhausgas CO_2 zu konferieren, hat sich unversehens für Zuma selbst das politische Klima verschlechtert. Mit der 31-jährigen Politikerin Lindiwe Mazibuko hat die größte Oppositionspartei des Landes, die Demokratische Allianz (DA) unter der Führung der deutschstämmigen Helen Zille (Großnichte des Berliner Milieumaler Heinrich Zille), eine neue, streitbare Fraktionschefin gewählt. Das raketenartig aufgestiegene sogenannte „Tea-Girl" mit einem Abschluss der Universität von Kapstadt schickt sich im Parlament an, dem führenden Afrikanischen Nationalkongress (ANC) Zumas die Stirn zu bieten. Mazibuko, die auch „Kokosnuss" tituliert wird („außen schwarz, innen weiß), wird bereits als mögliche Parteiführerin gehandelt, in der mehr als 40-köpfigen Schattenfraktion ist sie ohnehin als Sprecherin vorgesehen.

Der als Populist verschriene Präsident Zuma hat es bislang nicht geschafft, mit der ausufernden Korruption im Lande und vor allem in den eigenen Reihen fertig zu werden. Auch die Versprechungen des ehrenamtlichen Predigers einer evangelikalen Freikirche, als Nachfolger von Nelson Mandela und Thabo Mbeki mit einer Landreform und einer Verstaatlichung der Minen für mehr ökonomische Gerechtigkeit zu sorgen, wurden nicht eingehalten, so dass er unter der armen schwarzen Bevölkerung an Rückhalt verliert. Katastrophale Ausmaße hat unter seiner Ägide auch die Kriminalität angenommen. Allein von 2008 bis 2009 wurden 2,1 Millionen Gewaltstraftaten registriert.

Blogger bewerteten Zumas ANC mit großem öffentlichem Beifall ironisch als die „fairste" Partei von allen, da sie Weiße und Schwarze gleichermaßen bestehle und keine Rücksicht auf Rasse, Religion oder Bildungsgrad nehme.

Die Vision eines Nelson Mandela von einer Regenbogennation, einer Gesellschaft ohne Rassenschranken und Gewalt, jedenfalls ist verpufft, überall im Lande kommt es immer wieder zu Unruhen gegen die nach wie vor wirtschaftlich dominierenden Weiße, aber auch von Stammeseinheiten untereinander. Streiks lähmen die Wirtschaft und werfen den einstigen ökonomischen Musterstaat zurück. Vor allem die junge Generation beginnt zu rebellieren und stärkte den Jugendführer der ANC, den Agitator Julius Malema („Kill the Boer", „Tötet die Weißen"). Er stellte sich offen gegen Zuma und wurde deshalb erst kürzlich aller Ämter enthoben.

ANC »fairste« Partei, da sie Schwarze und Weiße gleich bestehle

Einem ähnlichen Zugriff sah sich jetzt auch die Pressefreiheit des Landes ausgesetzt. Ende November wurde gegen die Stimmen der zu diesem Anlass schwarz gekleideten Opposition ein umstrittenes Mediengesetz verabschiedet, wonach der Besitz oder die Veröffentlichung vertraulicher Informationen mit bis zu 25 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Auf diesem Weg werden die Recherchen zu anhängigen Korruptionsfällen nahezu unmöglich gemacht. In den letzten zwei Jahren hatten sich ohnehin die Attacken von Sicherheitskräften und Politikern gegenüber Journalisten und Medienhäusern gehäuft. Sie hatten sich zunehmend mit Waffenskandalen, privaten Flugreisen auf Staatskosten und der korrupten Vergabe öffentlicher Aufträge beschäftigt.

Präsident Zuma, der einstmals inhaftierte Kämpfer gegen die Apartheid, wurde im Verlauf seiner Karriere ohnehin von zahlreichen Skandalen begleitet. So war er wegen Korruption, Begünstigung, Steuerhinterziehung und Betrug angeklagt, hatte Provisionen aus Waffengeschäften eingesteckt und verdeckte Spenden angenommen. Doch im September 2008 wurde die Anklage überraschend fallen gelassen. Überdies war ihm die Vergewaltigung der aidskranken Tochter eines Genossen zur Last gelegt worden. Auch dieses Verfahren gegen den 20-fachen Vater und überzeugten Anhänger der Polygamie, der privat in einem festungsartigen Komplex in Johannesburg residiert, endete mit der gerichtlichen Feststellung, dass der Geschlechtsverkehr einvernehmlich stattgefunden habe. Der südafrikanische Bischof Desmond Tutu, der für seinen Kampf gegen die Apartheid den Friedensnobelpreis erhielt, meinte kürzlich ernüchtert: „Die jetzige Regierung hat unser Land schlimmer gemacht, als es zur Zeit der Apartheid war."

Nun fühlt sich die Opposition umso mehr gedrängt, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, bevor auch sie eliminiert wird. *J. Feyerabend*



Lindiwe Mazibuko (l.): Zusammen mit der deutschstämmigen Helen Zille (r.) will die 31-jährige Mazibuko die korrupte Zuma-Regierung stürzen Bild: imago

Immer öfter Essen vom Staat

46,2 Millionen US-Bürger sind auf Lebensmittelhilfen angewiesen

Während offizielle Daten eine leichte Erholung auf dem US-Arbeitsmarkt suggerieren und einige Medien sogar „Lichtblicke" bei der US-Konjunktur erkennen wollen, sieht für immer mehr US-Amerikaner die Realität anders aus. Immer größere Teile der Gesellschaft rutschen in die Armut ab. Auf Lebensmittelhilfen durch das staatliche SNA-Programm (Supplemental Nutrition Assistance Program) sind mittlerweile immer mehr Amerikaner angewiesen. Nach jetzt veröffentlichten Daten des zuständigen US-Landwirtschaftsministeriums ist im September die Zahl der Bezieher von Lebensmittelhilfen gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent gestiegen.

Wie es um die „leichte Erholung" der US-Wirtschaft bestellt ist, lässt sich auch daran erkennen, wie schnell die Zahl der Hilfsbedürftigen zunimmt: Von Juli zum August stieg die Zahl der Empfänger von SNAP-Hilfen um über 492 000, von August zum September kamen nochmals 430 000 hinzu. Die Zahlen bedeuten nichts anderes, als dass Monat für Monat mehrere Hunderttausend Amerikaner unter die Armutsgrenze fallen. Durchschnittlich beträgt das gesamte Einkommen eines Haushaltes (Durchschnittsgröße 2,2 Personen), der SNAP-Hilfe empfängt, 731 Dollar Brutto. Per elektronischer Zahlkarte erhalten die Empfänger pro Kopf und Monat Lebensmittel im Wert von 135,35 Dollar. Ausgeschlossen vom Kauf sind Alkohol, Tabakwaren, Tiernahrung, Kosmetikartikel und selbst Medikamente.

Erstmals eingeführt wurde die staatliche Lebensmittelhilfe im Jahr 1939 als vorübergehende Maßnahme zur Linderung der Massenarmut. Bereits 1960 wurde das Programm allerdings wieder aktiviert und verzeichnet nun mit dem aktuell erreichten Stand von Empfängern traurige Rekorde. Allerdings bildet die für September veröffentlichte Zahl von über 46 Millionen Empfängern nur einen Teil der Realität ab: zum einen ist der Kreis der Bezugsberechtigten eng begrenzt – arbeitsfähige Antragssteller im Alter zwischen 16 und 60 müssen nachweisen, dass sie auf der Suche nach Arbeit sind. Wer im Alter zwischen 18 und 50 Jahren und kinderlos ist, erhält in einem Zeitraum von 36 Monaten sogar nur maximal drei Monate Lebensmittelhilfen. Selbst Vertreter des Landwirtschaftsministeriums gehen davon aus, dass ein Drittel der eigentlich Bezugsberechtigten keine Hilfen aus dem SNA-Programm erhält. Das inzwischen auf ein Volumen von 70 Milliarden Dollar angewachsene Programm wird durch die US-Bundesstaaten mitfinanziert. Diese haben angesichts eigener Probleme kaum ein Interesse an zusätzlichen Kosten, so dass Empfangsberechtigte immer öfter abgewimmelt oder hingehalten werden, bis sie resignieren: Für Schlagzeilen sorgte ein Fall in Laredo/Texas, bei dem eine verzweifelte Mutter in einer öffentlichen Behörde zunächst ihre beiden Kinder tötete und anschließend Suizid beging. Vorangegangen war ein monatelanger Streit mit der SNAP-Antragsstelle, die zusätzlich zu dem in Texas geforderten 18-seitigen Antragsformular immer wieder weitere Belege anforderte, aber Hilfe ablehnte.

Antragsformulare führten zu Kindsmord und Suizid

Die vom US-Landwirtschaftsministerium gemeldeten Rekordzahlen von Lebensmittelhilfe-Empfängern passen in das Bild, das die erst kürzlich veröffentlichte US-Armutsstatistik für das Jahr 2010 bietet: Demnach lebten im vergangenen Jahr 46,2 Millionen US-Bürger unterhalb der Armutsgrenze. Ein Wert, der letztmalig 1993 verzeichnet wurde. *Norman Hanert*

Kampf den Korrupten

Brasilien: Große »Säuberung« in Behörden und Regierung

Seit einiger Zeit gibt es in Brasilien eine anwachsende Protestwelle gegen die grassierende Korruption im Lande. Alleine in Brasilia zogen bis zu 25 000 Menschen unter dem Motto „Gegen Korruption und für das Land" durch die Straßen. Die Demonstrationen zeigen die immer breiter werdende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Situation der Veruntreuung von Steuergeldern in Brasilien. Brasiliens Wutbürger werden dabei von ihrer amtierenden Präsidentin Dilma Rousseff unterstützt, die das Land seit Beginn des Jahres regiert und in der Korruptionsbekämpfung einen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit sieht. Deshalb hat sie eine tiefgreifende „Säuberung" in den staatlichen Behörden angekündigt.

Im September musste bereits der fünfte Minister aus ihrem Kabinett seinen Hut nehmen. Der 81-jährige Tourismusminister Pedro Novais hatte sein Amt nach Korruptionsvorwürfen niedergelegt. Zuvor hatte die brasilianische Tageszeitung „Folha de São Paulo" berichtet, Novais habe einen persönlichen Mitarbeiter über sieben Jahre hinweg aus öffentlichen Mitteln bezahlt. Im August musste bereits Agrarminister Wagner Rossi nach Korruptionsvorwürfen zurücktreten, ebenso wie zuvor Verkehrsminister Alfredo Nascimento von der kleinen „Partei der Republik" (PR). Sie sollen in ihren Ministerien Dutzende Familienangehörige von Parteikollegen untergebracht haben. Den schwersten Schlag mussten Rousseff und ihre „Arbeiterpartei" (PT) im Juni mit dem Abgang ihres Parteigenossen, Wahlkampfmanagers und Kabinettschefs Antonio Palocci hinnehmen, der nicht hinreichend erklären konnte, wieso sich sein Vermögen in den letzten vier Jahren auf ebenso wundersame wie verdächtige Weise um das 20-fache vermehrt hat. Der 50-jährige Arzt und frühere Finanzminister war die zweitmächtigste Figur in der brasilianischen Regierung. Der Präsidentin wurde vorgeworfen, ihre eigenen Minister nicht gründlich genug ausgewählt zu haben. Palocci zum Beispiel war schon unter Lula Finanzminister und von diesem Posten entfernt worden, nachdem sich die Korruptionsvorwürfe gegen ihn bestätigt hatten.

Bürger demonstrieren wütend gegen den Sumpf

Renommierte Medien wie die Tageszeitungen „Folha de São Paulo" und „Estado de São Paulo" sowie das Wochenmagazin „Veja" haben gewichtigen Anteil an der Aufdeckung der Skandale. Deshalb steht Roussef, die während der brasilianischen Militärdiktatur (1964–1985) Widerstandskämpferin war, anders als ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva nicht auf Dauerkriegsfuß mit den Medien. Für Korruption gibt es kein Pardon, hat sie mehrmals betont. Die resolute Staatschefin weiß, dass das Image des Boom-Landes Brasilien, dem Ausrichter der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 in Rio, durch die Korruptionsfälle angekratzt werden kann. Laut einer Umfrage des Magazins „VEJA" verbinden 72 Prozent aller Brasilianer die WM mit dem Wort „Korruption" und zwölf Prozent mit „Enttäuschung".

Ihr werde die Hand nicht zittern bei der Bekämpfung von Korruption, egal welche Partei davon betroffen sei, verkündete die Staatschefin noch im Sommer. Doch gerade ihre Koalitionspartner sind von den Skandalen betroffen, deshalb läuten bei ihnen die Alarmglocken – insbesondere beim wichtigsten, der „Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens", die mit Michel Temer auch den Vize-Staatspräsidenten stellt. Außer Kabinettsminister Palocci stammen alle von Korruption betroffenen Minister aus ihren Reihen. *Bodo Bost*

Nur ein Urknall könnte helfen

Griechenland braucht einen völligen Neustart, um wieder Fuß zu fassen, doch das gilt nicht nur für Athen

Nach dem letzten Euro-Gipfel steht Deutschland wie der hartherzige Zuchtmeister da und darf für das schlechte Image auch noch zahlen. Zudem gilt stabiles Geld für viele Europäer als eine Marotte der Deutschen.

Der Bericht der OECD zu Griechenland, der fast zeitgleich mit dem Brüsseler Euro-Gipfel an die Öffentlichkeit gelangte, malt ein katastrophales Bild: Die Verwaltung des Landes verharrt demnach in einem Zustand von Chaos, Lethargie und unvorstellbarer Inkompetenz. Sie sei nicht einmal in der Lage, Akten zu führen oder anzulegen, die Abteilungen der Ministerien – es gibt im Vergleich zu funktionierenden Ländern eine Unzahl davon – verständigten sich nicht untereinander, eine Kontrolle ihrer Arbeit finde nicht statt.

Niemand könne sagen, wie viele Mitarbeiter der öffentliche Dienst überhaupt habe, die Schätzungen schwanken zwischen 1,1 und 1,5 Millionen Menschen, schon bei 1,1 Millionen wäre jeder vierte erwerbstätige Grieche beim Staat angestellt, mehr als irgendwo sonst in der EU.

Die OECD-Experten kommen nach ihrer Untersuchung zu einem dramatischen Schluss: Nur eine „Big-Bang-Reform“ könne das Land noch retten. „Big Bang“ ist die englische Vokabel für Urknall. Mit anderen Worten: Nur ein totaler Neuaufbau des gesamten Staates brächte die Aussicht auf Genesung.

Vor diesem Hintergrund werden die verhaltenen Stimmen auf Angela Merkels unbestreitbaren Verhandlungserfolg beim Brüsseler Euro-Gipfel verständlich: Um weiter Geld zu bekommen aus einem dauerhaften Rettungsschirm, müssten die Nehmerländer strenge Haushaltsdisziplin üben. Wenn sie dagegen verstoßen, drohten ihnen „automatische Strafen“.

Im Lichte des OECD-Berichts indes erscheint Hellas wie ein „gescheiterter Staat“, ein Etikett, das bislang Ländern wie Somalia oder Afghanistan vorbehalten war. Wie Haushaltsdisziplin in einem Gemeinwesen funktionieren soll, in dem eine ordnungsgemäße Aktenführung unbekannt ist und niemand darüber wacht, wofür Ministerialbürokraten wie viel Geld ausgeben, bleibt schleierhaft.

Muss Athen dann also die angedrohten „automatischen Strafen“ fürchten? Hier gibt es mindestens zwei Haken: Zunächst sollen die Strafen per qualifizierter Mehrheit gestoppt werden. Jüngste Abstimmungen in der Führung der Europäischen Zentralbank, dem EZB-Rat, haben gezeigt, dass in der Euro-Zone jene Länder die Macht übernommen haben, welche Haushaltsdisziplin für konjunkturschädigend halten und das Festhalten an stabilem Geld für eine deutsche Marotte.

Zudem hätten sie sogar einen einleuchtenden Grund, Strafen für Haushaltssünder zu vereiteln. Sie werden fragen: Was soll es bringen, ein Land, das so schon nicht zurechtkommt mit seinem Geld, mit zusätzlichen Zahlungen oder Zuschusskürzungen noch mehr zu belasten? Deutschland stünde abermals als der kalte, egoistische Zuchtmeister da, der Partnern in Not sadistisch in den Rücken fällt, statt ihnen beizustehen.

> Im Gegensatz zu Deutschen profitieren Spanier von Inflation

Der zweite Haken lauert in den Verfassungen, auch dem Grundgesetz. Das Haushaltsrecht ist das vornehmste Recht demokratischer Volksvertretungen. Der Veteran der Linksliberalen, Burkhard Hirsch, stellte auf dem Euro-Parteitag der FDP im November die entscheidende Frage: Wollen wir ein Europa, in dem nicht mehr die frei gewählten Parlamente, sondern demokratisch kaum oder gar nicht gewählte und ebenso wenig demokratisch kontrollierte Bürokraten und „Apparate“ entscheiden? In dem die Volkssouveränität zur leeren Hülle verkommt?

Juristen bezweifeln, dass diese Entrechtung der Völker rechtlich möglich ist, oder fragen, ob sie nicht gar an den Verfassungsgerichten der Staaten scheitern muss. Das wird sich in den kommenden Monaten erweisen.

In jedem Falle wird die jetzt erreichte Einigung für die Deutschen sehr teuer. Für ihr Entgegenkommen in der Frage der Haushaltsdisziplin verlangen die Nehmerländer nun deutliche Zugeständnisse von Berlin. Im Hintergrund wabert erneut die Vergemeinschaftung der Schulden über sogenannte Euro-Bonds. Dabei würde Deutschland für die Schulden anderer mit haften.

Zudem wird die EZB aller Voraussicht nach weit mehr Geld drucken, um es den notleidenden Staaten zu leihen, als bislang. Dies ist ein Treibsatz für Inflation.

Die Furcht vor Inflation ist keine historisch bedingte Macke der Deutschen, sie hat reale Hintergründe. Denn Geldentwertung trifft die Deutschen weit härter als etwa die Spanier. Letztere haben ihr Vermögen weit stärker in inflationsfesten Werten wie Immobilien investiert. Mehr als 80 Prozent der Spanier leben in den eigenen vier Wänden, in Deutschland ist es nicht einmal die Hälfte.

Stattdessen haben die Deutschen weit mehr gespart und ihr Vermögen in Lebens- und privaten Rentenversicherungen oder anderen Geldwerten investiert, die per Inflation entwertet würden. In Spanien hingegen haben sich die Privathaushalte in Schulden gestürzt, nicht zuletzt um ihre Häuser zu finanzieren. Diese Schulden würden durch dieselbe Inflation im Wert stark reduziert. Übrigens ist ein beträchtlicher Teil der deutschen Ersparnisse über den Kapitalmarkt in diese Kredite geflossen. Eine starke Inflation bringt somit eine erhebliche Umverteilung von Reichtum zulasten der deutschen Sparer und Kreditgeber.

Zu guter Letzt ist überhaupt fraglich, ob die den Nehmerländern abverhandelten Auflagen zur Haushaltsdisziplin das letzte Wort waren. Die deutsche „Wirtschaftsweise“ Beatrice Weder di Mauro zweifelt daran, „dass das schon alles war“. Sie fürchtet, dass Berlin schon bald mit neuen Forderungen konfrontiert würde. Dies könnten erneut Euro-Bonds sein oder eine Lockerung der „Strafmechanismen“. *Hans Heckel*



Nicht nur auf der Straße, sondern auch in Umfragen: Kommunisten (siehe Seite 6) können immer mehr Griechen von ihren Positionen überzeugen beziehungsweise lassen „Taten sprechen“ Bild: laif

KURZ NOTIERT

Portugal greift in die Rentenkasse: Um eine Begrenzung des staatlichen Defizits auf 5,9 Prozent des Bruttosozialprodukts im laufenden Jahr einhalten zu können, hat Portugals Regierung beschlossen, 5,6 Milliarden Euro aus Pensionsfonds, die bisher bei Banken des Landes geführt worden waren, als „Brückenfinanzierung“ für den Staatshaushalt zu verwenden. Bereits 2010 waren zur Defizitbegrenzung drei Pensionsfonds der portugiesischen Telekom in das staatliche Sozialversicherungssystem integriert worden. *N.H.*

Spanien blockiert EU-Patentrecht: Im jahrzehntelangen Streit um ein gemeinsames EU-Patentrecht behalten Italien und Spanien ihren Widerstand gegen Pläne bei, Patentanträge zur Kostenminderung zukünftig nur noch in Deutsch, Französisch und Englisch einreichen zu lassen. Während Italiens neue Regierung zumindest die Rechtsprechung eines geplanten EU-Patentgerichts anerkennen will, beharrt Spanien wegen des Sprachenstreits auf einer vollständige Ablehnung des EU-Patentrechts. *N.H.*

Ein Drittel ist über: Der stellvertretende Bürgermeister von Berlin-Wedding, Stephan von Dassel, ist überzeugt davon, dass es in Berlin im öffentlichen Sektor mit 105 840 Vollzeitbeschäftigten zu viele Mitarbeiter gibt. „Ein Drittel der Beschäftigten könnte man nach Hause schicken, ohne dass es jemand merkt“, so der Grünen-Politiker. *Bel*

Russland fürchtet Zusammenbruch des Ölmarktes: Russische Experten warnen die EU eindringlich davor, ein Importverbot für iranisches Öl durchzusetzen. Denn der Iran hat neue Abnehmer in Asien, hier vor allem China, Afrika und Lateinamerika. Einnahmeverluste könnten die Iraner zudem zu militärischen Angriffen auf saudische Öltanker veranlassen. Ein Ölpreis von 250 bis 300 US-Dollar sei möglich, doch ab 150 Dollar würde der Ölmarkt zusam-menbrechen, weil die Nutzung von Öl zur Energiegewinnung unrentabel würde. *MRK*

China: Athen ist überall

Statt Griechenland zu helfen, sollte Peking seine Provinzen retten

Was bereits seit einigen Jahren befürchtet wurde, scheint Realität zu werden. Auf Chinas Immobilienmarkt beginnen auf breiter Front die Preise zu fallen: Wie Chinas staatliches Statistik-Büro im November mitteilte, wurden im Oktober bereits aus 34 von 70 wichtigen Städten Chinas fallende Immobilienpreise gemeldet, darunter auch die vier bisher als „erstklassig“ geltenden Standorte Peking, Shanghai, Guangzhou und Shenzhen.

Welche soziale Sprengkraft in den fallenden Immobilienpreisen steckt, bekam bereits ein Immobilienunternehmen in Shanghai zu spüren. Nachdem Preisnachlässe von zehn Prozent für Neukunden bekannt wurden, stürmten aufgebrachte Käufer, denen in der Vergangenheit zu höheren Preisen Wohnungen vermittelt worden waren, die Verkaufsräume des Unternehmens. Verständlich wird die Reaktion der Käufer angesichts der Praxis, Anzahlungen, die über die Familien oder über Kredithaie zusammengebracht werden, von bis zu 50 Prozent zu leisten.

Die Auswirkungen des Preisverfalls sind aber tiefgreifender: Nach Schätzungen hatten Immobilien- und Infrastrukturprojekte in den letzten Jahren einen direkten und indirekten Anteil von bis 50 Prozent am chinesischen Bruttosozialprodukt (BSP). Auch wenn einige westliche Beobachter das Wirtschaftsmodell Pekings als Beispiel für die Zukunft hochgejubelt haben, war klar, dass eine derartige Fehllenkung von Kapital nicht langfristig aufrechterhalten werden kann. Vorausgesehen hat das der an der „New York University“ lehrende Nouriel Roubini: „Das Problem ist natürlich, dass kein Land so produktiv sein kann, dass es 50 Prozent vom BIP in neues Grundkapital investieren kann, ohne es irgendwann mit enormen Überkapazitäten und einem erschütternden Problem mit faulen Krediten zu tun zu bekommen.“

> Immobilienblase: 50 Prozent des BIP im Bau erzielt

Die errichteten Überkapazitäten waren in den letzten Jahren allerdings das Rezept des vermeintlichen chinesischen Wirtschaftswunders. Die Resultate sind mittlerweile über ganz China verteilt zu sehen: Geisterstädte mit 65 Millionen leerstehenden Wohnungen, Dutzende hochmoderne Flughäfen, die von keinem Flieger angeflogen werden, Autobahnen, die ins Nichts führen und nagelneuen Fabriken, die nicht in Betrieb genommen werden, damit durch Überproduktion kein Preisverfall ausgelöst wird.

Weniger offensichtlich ist, wer außer den privaten Immobilienkäufern und Projektentwicklern vom Platzen der Investitionsblase betroffen sein wird. Neben den chinesischen Banken dürften vor allem die unzähligen Zweckgesellschaften der Provinzregierungen in den nächsten Jahren für manche Überraschung sorgen. Schätzungen über die Schulden, die von den 22 Provinzen und diversen Kommunen aufgetürmt wurden, reichen von 822 Milliarden bis zu 1,6 Billionen Dollar. Eine Entwicklung, die den renommierten Wirtschaftsprofessor Lang Xianping bereits im September dazu gebracht hat, die Versuche der chinesische Regierung, sich international als Retter zu profilieren, heftig zu kritisieren: „Unsere Regierung redet noch davon, Griechenland zu helfen – jede Provinz von China ist ein Griechenland.“ *N.H.*

Zurück aus der Unterwelt

Die guten Seiten des angeblichen »Klimakillers« CO_2

Die selbsternannten Klimaschützer proben den Dreifachsalto rückwärts: Während fern im südafrikanischen Durban außer Spesen und feierlich-unverbindlichen Absichtserklärungen nichts gewesen ist, wurde in heimischen Landen das Milliardenprojekt der unterirdischen CO_2-Einlagerung unfeierlich beerdigt. Und dann erdreisten sich auch noch Wissenschaftler wie Bernhard Rieger von der Uni München, dem unisono verteufelten "Klimakiller" gute Seiten abzugewinnen – Kohlendioxid sei nicht nur ein Grundbaustein des Lebens, sondern auch ein wertvoller Rohstoff.

Seit die Rettung des Weltklimas als gigantisches Geschäft entdeckt wurde, gilt das harmlose und ungiftige Kohlendioxid als Treibhausgas und Hauptursache allen demnächst zu erwartenden Übels, muss also irgendwie aus dieser Welt geschafft werden. Dabei haben die Klimaschützer vor allem das durch menschliche Einwirkung, sprich Verbrennung zwecks Energiegewinnung, freigesetzte CO_2 im Visier. Dass ungleich größere Mengen auf natürliche Weise, etwa durch Vulkanausbrüche, in die Atmosphäre gelangen, bleibt unerwähnt, da es die Einheitsmeinung stört.

Aber wohin mit dem „Klimakiller“? Eine Idee, für die sich auch Angela Merkel, die Physikerin im Kanzleramt, erwärmen konnte, war die Abscheidung von CO_2 in der Abluft von Kohlekraftwerken und deren Speicherung. Auf Englisch („Carbon Capture and Storage“/CCS) klang der Vorgang noch bedeutender und überzeugte auch Vattenfall, einen der vier deutschen Stromgiganten.

> Baustein des Lebens und zugleich auch Rohstoff

Der schwedische Konzern wollte 1,5 Milliarden Euro investieren, um ein Braunkohlekraftwerk in Brandenburg mit einer Demonstrationsanlage zur Abscheidung und unterirdischen Lagerung von CO_2 auszustatten. Doch daraus wird nichts: Ausgerechnet am Namenstag der Heiligen Barbara, der Schutzheiligen der Bergleute, verkündete Vattenfall-Vorstand Tuomo Hatakka das Aus. Begründung: Die deutsche Politik sei leider nicht „zu substanziellen Verbesserungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen“ fähig. So kehrt der vermeintliche „Klimakiller“ zurück aus der Unterwelt, bevor er noch richtig dort angekommen ist.

Aber wohin dann mit dem Gas, das angeblich unsere Erde (eher aber die Gemüter) erhitzt? Bernhard Rieger, Chemieprofessor in München, hat da ganz eigene Vorstellungen. Er erforscht die guten Seiten des angeblich bösen CO_2, das er als wertvollen Rohstoff sieht. Aus Kohlendioxid lassen sich, wie seine Experimente beweisen, vielseitig verwendbare Kunststoffe herstellen, deren Eigenschaften sich äußerst präzise steuern und den individuellen Anwendungen anpassen lassen. In Randgebieten der Chemie geschieht das heute schon, etwa bei Kosmetika, Düngemitteln und Medikamenten.

Sollten die Konferenzpleite von Durban, der CCS-Ausstieg von Vattenfall und die unerwünscht guten Thesen aus München den Treibhausgas-Fans Kopfschmerzen bereiten, empfiehlt sich Aspirin. Hergestellt wird der Pillenklassiker übrigens seit eh und je aus CO_2. *H.-J. Mahlitz*

Im Zwielicht

Von Jan Heitmann

In Umfragen, bei denen nach dem Vertrauen der Bürger in bestimmte Berufsgruppen gefragt wird, landen Politiker stets auf dem allerletzten Platz. Eine Ausnahme innerhalb dieser vom Volke so gering geschätzten Kaste bildete bislang der Bundespräsident. Als einziges Verfassungsorgan, das aus nur einer Person besteht, ist das Amt in besonderer Weise von der Persönlichkeit des Amtsinhabers geprägt. Integrität, Seriosität sowie partei- und tagespolitische Neutralität zeichnen ihn aus. Als oberste moralische Instanz der Politik muss er selbst über jeden Zweifel erhaben sein. Bislang ist die Bundesrepublik in dieser Hinsicht mit ihren Staatsoberhäuptern recht gut gefahren. Der von Merkel ins Schloß Bellevue weggelobte Christian Wulff dagegen ist ein Bundespräsident im moralischen Zwielicht. Erst die Vorteilsnahme beim Ferienflug, dann das gestellte Urlaubsinterview und nun auch noch ein gewährter Privatkredit, über den er den niedersächsischen Landtag getäuscht hat. Strafrechtlich mag ihm vielleicht nichts vorzuwerfen sein, aber rein ist seine Weste damit nicht. Er ist auf dem besten Wege, das Ansehen des höchsten Staatsamtes zu beschädigen. Der Richtige war er dafür ohnehin nie.

Vorverurteilung

Von Rebecca Bellano

Es ist erst wenige Tage her, da lautete die Antwort auf eine Rechercheanfrage bei der Landeskoordinierungsstelle Beratungsnetzwerk Hamburg gegen Rechtsextremismus „Sehr geehrte Frau Bellano, aufgrund des Profils Ihrer Zeitung möchten wir von einer Zusammenarbeit absehen“. Die betreffende Person hatte wohl zuerst den wikipedia-Eintrag der *PAZ* gelesen, und, ohne sich ein eigenes Urteil zu bilden, die dortigen Behauptungen (siehe Seite 4) geglaubt. Abgesehen davon, dass dieses Verhalten bei einer mit Steuergeldern finanzierten Behörde nicht tragbar ist, kann man den wikipedia-Autoren nur gratulieren, denn der ihnen wiederum von *PAZ*-Seite unterstellte Plan, die *PAZ* ins Abseits zu stellen, funktioniert.

Erfreulicherweise gibt es immer noch Leute, die sich nicht auf einen wikipedia-Eintrag allein verlassen und sich ein eigenes Urteil bilden, in dem sie sich die Zeitung anschauen. Trotzdem ist der wikipedia-Eintrag geschäftsschädigend, zumal nicht nachvollziehbar ist, wie viele potenzielle Abonnenten und Werbekunden von dem Eintrag abgeschreckt werden. Versuche der *PAZ*, ihren Ruf wiederherzustellen, wurden von wikipedia mit dem Kommentar abgebügelt, es sei normal, dass Unternehmen ihren Eintrag nicht immer „goutieren“.

Wobei, wollen jene, die Rechtsextremismus bekämpfen, nicht eigentlich eine auf Vorurteilen beruhende Diskriminierung verhindern? CSU-Chef Horst Seehofer nannte die *PAZ* mal „klar und kantig, in gut preußisch-konservativer-aufklärerischer Tradition“. Doch da das nicht ins Klischee vieler wikipedia-Autoren passt, dominiert dort die andere, falsche Sichtweise.

Tödliche Verachtung

Von Hans Heckel

Die Reaktionen in der FDP schwankten zwischen Wut, Fassungslosigkeit und hilflosen Erklärungsversuchen: Wenige Tage vor Ablauf des Mitgliederreferendums über den dauerhaften Euro-„Rettungsschirm“ ESM verkündete FDP-Chef Philipp Rösler, dass wohl nicht genügend Liberale an der Abstimmung teilgenommen hätten, damit das Abstimmungsergebnis den Rang eines Parteitagsbeschlusses erringen könne. Rösler wertete dies als Sieg der Parteiführung.

Man traut seinen Ohren nicht: Ein Parteichef heftet es sich als Sieg ans Revers, dass seine Mitglieder allem Anschein nach zu frustriert, zu lethargisch oder zu desinteressiert sind, um sich an einer Abstimmung zu beteiligen, die eine Frage zum Gegenstand hat, welche die Deutschen seit mehr als anderthalb Jahren zu Recht nicht zur Ruhe kommen lässt. Ist das wirklich nur Dummheit? In der FDP-Spitze senken nach dieser Auslassung die ersten den Daumen über den rundum glücklos agierenden Rösler: „Er kann es nicht.“

Das stimmt wohl, Rösler hat sich seit Beginn seiner Amtszeit als krasse Fehlbesetzung erwiesen. Doch was er da ausgeplaudert hat, wirft nicht bloß ein grelles Licht auf seine eigene Inkompetenz. In der Geringschätzung der eigenen Parteibasis spiegelt sich eine Verachtung des Volkes, die einen Typus von Politiker zu kennzeichnen scheint, der sich und seine Linie für „alternativlos“ hält und die Bürger bestenfalls für dumm und lästig.

Röslers voreiliger Triumph lässt tief blicken

Die Bürger spüren die Verachtung und quittieren sie mit wachsender Distanz, mit Wahlenthaltung und Parteienabstinenz. Letztere hat dramatische Ausmaße angenommen: Die SPD sammelte Ende der 70er Jahr noch über eine Million Genossen, heute sind es nicht einmal mehr 500 000. Ebenso wenig Mitglieder verzeichnet die CDU, abgefallen von einst fast 740 000.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass beide Parteien ihre Höchststände bei der Mitgliederzahl vor der deutschen Vereinigung feierten, also allein in Westdeutschland und West-Berlin. Zöge man die Landesverbände in den neuen Bundesländern ab, ergäbe sich ein noch dramatischerer Abfall.

Zudem sind die Parteimitglieder im Durchschnitt deutlich älter geworden. Viele bleiben nicht aus Überzeugung, sondern aus Gewohnheit oder wegen privater Bindungen bei der Stange. Die träge Beteiligung am FDP-Mitgliederentscheid hat aufgedeckt, wie wenig Feuer noch in der verbleibenden Kernanhängerschaft zumindest dieser Partei lodert. Es spricht einiges dafür, dass es zumindest an der Basis von Union und SPD kaum besser aussieht. Für die FDP jedoch geht es mittlerweile um die nackte Existenz. In dieser Lage die eigenen Mitglieder dermaßen zu entmutigen, wie es Rösler getan hat, kann tödlich enden.



Geringe Resonanz: Obwohl viele der Regionalkonferenzen, auf denen die FDP über den Mitgliederentscheid und den Euro informierte, gut besucht waren, nahmen weniger Mitglieder als erwartet an der Befragung teil

Foto: Jens Schlueter/dapd

Moment mal!

Pflichtjahr für Rentner? Nein danke!

Von Klaus Rainer Röhl

Stellen Sie sich Folgendes vor: Sie leben in einem geschlossenen Raum, in einer Art Blackbox oder Raumkapsel, haben keinen Kontakt zur Umwelt und werden nur durch unsere öffentlichen Fernseh- und Rundfunksender und die am Kiosk erhältlichen Tageszeitungen und Zeitschriften informiert. Nach kurzer Zeit haben Sie das Gefühl, Sie lebten in einer anderen Welt, denn alle anderen Bewohner unseres Landes fühlen sich anscheinend pudelwohl, sind mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden und finden es ganz in Ordnung, dass Deutschland jetzt für die Schulden von zirka eine Billion Euro für die übrigen 16 Länder in Europa bürgt, glauben daran, dass wir langsam mal unsere Identität ablegen müssen wie ein abgetragenes Hemd und ganz in Europa aufgehen sollen. Dafür werden wir Deutschen von allen geliebt, und alles endet wie ein Film von Rosemarie Pilcher.

Wenn Sie aber die Tür von Ihrer „Raumkapsel“ aufstoßen und die ersten Worte von Mitmenschen und Nachbarn unterschiedlichsten Alters und Berufs hören, werden Sie feststellen, dass Sie gar nicht alleinstehen mit Ihrer Meinung: Es ist etwas faul im Staat und seiner Regierung. Wir werden so schlecht und fahrlässig regiert, wie noch nie zuvor, und noch schlechtere Zeiten sind angesagt. Noch wartet nach der Ausbildung unserer Kinder und Enkel ein Arbeitsplatz auf sie wie früher, noch zahlen Sie Beiträge zu Ihrer Rente ein, damit Sie am Ende ihres Arbeitslebens mal ausspannen dürfen wie an einem Feiertag, „von der Last des Lebens einmal ruhn“. Pustekuchen. Mit der CDU nicht und auch nicht, wenn die dann wieder zusammen mit den drei SPD-Oldtimern Steinmeier, Steinbrück und Gabriel regiert. Sekundärtugenden sind längst abgeschafft. Selbstverständlichkeiten wie Patriotismus, Pflichten dem eigenen Volk gegenüber, Gemeinschaftsdenken oder Waffendienst für die Gemeinschaft – der Deutschen – zu erbringen, verstehen sich längst nicht mehr von selbst. So war es nur eine Frage der Zeit und der forsch ergriffenen Gelegenheit, die Wehrpflicht zu kippen und ohne Änderung des Grundgesetzes eine „effiziente Berufsarmee“ – also, auf Deutsch gesagt, eine Söldnertruppe, aufzustellen. Die Wehrpflicht war von Jahr zu Jahr mehr zu einer Farce geworden, die zuletzt noch von 19 Prozent aller Jugendlichen, vorwiegend aus bildungsfernen Schichten, aus ländlichen Gebieten und der ehemaligen DDR, erfüllt wurde, während viele Söhne der gebildeten Bürger missmutig und maulend den Ersatzdienst als Hilfskräfte in Krankenhäusern und Altersheimen abdienten. Der große Rest verzichtete jedoch auf jede Art von Pflicht und widmete sich ganz der Vorbereitung auf das Geldverdienen. „Pflicht“ gab es in Deutschland nur noch in Sonntagsreden des Bundespräsidenten und als viel belachten Scherz im „Senftöpfchen“ und bei Dieter Hildebrandts Nachfolgern in der „Anstalt“.

Sozialdienst für junge Männer und Frauen scheint tabu zu sein

Der Vorstoß von Karl-Theodor zu Guttenberg, eine Dienstpflicht statt der Wehrpflicht einzuführen, einen sogenannten „Gesellschaftsdienst“, oder sogar eine Dienstpflicht zur Verteidigung der Umwelt, klingt interessant. Das müsste eigentlich sogar den Grünen gefallen. Bereits ab 2008 wird darüber diskutiert, diesen „Sozialdienst“ einzuführen, bei dem alle männlichen Jugendlichen wenigstens einmal im Leben etwas für die Gemeinschaft tun sollten. Warum nicht auch die Frauen? Der Jahrtausende alte Grund, Frauen vom Kriegsdienst freizustellen, ist in unserer modernen Gesellschaft weitgehend entfallen, denn noch nicht einmal die Hälfte der Frauen im wehrpflichtigen Alter ist mit dem Kinderkriegen oder der Betreuung des Nachwuchses beschäftigt. Warum also keinen Dienst im Deutschen Roten Kreuz und in Krankenhäusern?

Bekanntlich gibt es bei uns im Land Frauen und Männer, Deutsche, Nichtdeutsche und Gutmenschen. Die letzteren würden sich am liebsten umbringen vor Sorge um die Menschheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Klimawandel, die Atomkatastrophe, die Artenvielfalt und die nachwachsenden Energien. Man möchte meinen, dass die Gutmenschen aus lauter Idealismus ziemlich arme Schlucker geworden sind, die nichts auf der Hacke haben und eigentlich zu bedauern sind.

Weit gefehlt, die meisten sind im Staatsdienst – die meisten von ihnen sind Lehrer oder Sozialpädagogen, also ganz gut abgesichert und leiden keinen Mangel, und einige von ihnen sind ganz oben in der Gesellschaft wie der Bestseller-Autor und „Pop-Philosoph“ Richard David Precht, dessen Gesicht so leicht keiner vergessen kann, weil er wöchentlich in jeder Talkshow auftaucht und predigt. Meistens Binsenwahrheiten („All you need is love“) und Allerweltsfragen („Warum gibt es alles und nicht nichts?“). In seinem bekanntesten Buch „Wer bin ich und wenn ja, wie viele?“ beantwortet er auch die selbst gestellte Frage: „Warum soll ich gut sein?“ Für ihn die Frage aller Fragen.

Precht (Jahrgang 64) ist sozusagen geborener Gutmensch. Seine der DKP nahestehenden Eltern adoptierten zu ihren drei Kindern noch zwei vietnamesische Babys aus Protest gegen den Vietnamkrieg der USA. Noch „guter“ ging es nicht. Trotzdem oder vielleicht deshalb machte er Karriere. Nach einer Universitäts-Laufbahn in Deutschland und USA schreibt er seit Jahren Sachbücher, Romane und „Spiegel“-Artikel und gibt Interviews. Alle freuen sich über seine gut verständlichen Ratschläge und stimmen ihm fast immer zu. Nur in den letzten Wochen hat er sich böse vertan. Schon im „Stern“ vom 5. November, dann gleich darauf in der Talkshow von Anne Will forderte er ein Pflichtjahr für Rentner. Das war neu, kam aber nicht so gut an. Zwangsarbeit nach Eintritt des Rentenalters, 15 Stunden wöchentlich. Das „Pflichtjahr“ soll in der Altenbetreuung und bei der Jugendarbeit abgeleistet werden. Precht gab auch schon zu verstehen, in welcher Rolle er die „fitten“ Omas und Opas am liebsten sieht: als Nachhilfe-Lehrer für „Migrantenkinder“.

»Fitte« Omas und Opas sollen Achmed und Kevin Nachhilfe geben

Machen wir aus Achmed und Kevin wertvolle Mitglieder der Gesellschaft, schrieb Precht, das ist die Antwort auf die Sarrazin-Debatte. Sarrazin, der das ausgesprochen hat, was die große Mehrheit der Deutschen befürchtet, empfindet unser Philosoph zu Recht als Gegenpol und versucht ihn kleinzureden: Sarrazins Buch sei „rückschrittlich“.

Wir verstehen jetzt: Das Pflichtjahr soll auch Strafe sein für die vielen allzu „fitten“ Omas und Opas, die seit den goldenen 60ern 40 Jahre und mehr gearbeitet und wenig gestreikt haben und keine ordentlichen Gutmenschen geworden sind. Denn was heißt Dienstpflicht? Wer der Pflicht nicht nachkommt, was geschieht mit dem? Er erhält seine Rente erst ein Jahr später? Mit anderen Worten: Der Eintritt in das Rentenalter soll noch ein weiteres Jahr hinausgeschoben werden. Das bedeutet eine Herabsetzung des in Jahrzehnten erarbeiteten Rentenanspruchs. Kein Irrtum, keine Satire, sondern einfach nur eine Frechheit.

Um einen von Prechts Buchtitel nur leicht zu variieren: Warum schreibt er das alles und nicht nichts?

Röhls Buch „Höre Deutschland – Wir schaffen uns nicht ab“ ist über den PMD zu beziehen.

Mit der Schere auf Ton schneiden

Orgelbauer im Dom zu Bardowick: Millimeterarbeit und gespitzte Ohren

In einer Welt rasanten Wandels ist das Berufsbild des Orgelbauers seit Jahrhunderten praktisch unverändert. Die *PAZ* hat Fachleuten bei der Arbeit über die Schulter geschaut und einen Blick hinter den Orgelprospekt geworfen.

Der Klang ist warm und vertraut. „O komm, o komm, Emmanuel, nach dir sehnt sich dein Israel!“ Kräftig füllen die Töne das halbdunkle Kirchenschiff. Probeweise spielt Orgelbauer Rolf Pietrusky eine Melodie. Es ist bereits spät am Abend, doch im Dom zu Bardowick brennt noch Licht. Die dreischiffige gotische Hallenkirche in dem Ort zwischen Hamburg und Lüneburg erhält eine neue Orgel. Auf der erleuchteten Empore von St. Peter und Paul sind zwei Orgelbauer ruhig und konzentriert bei der Sache. Die Fachleute des weithin bekannten Potsdamer Orgelbaubetriebs Alexander Schuke geben dem Instrument den letzten Schliff.

Die Hauptarbeit ist schon getan: Das Instrument mit 45 Registern, drei Manualwerken und Pedal ist in der Werkstatt erdacht, geplant und bis ins Detail konstruiert worden. Tausende von Einzelteilen, teils lose, teils vormontiert, wurden ab dem Spätsommer in den historischen Furtwängler-Prospekt von 1867 eingebaut. Äußerlich wirkt die Bardowicker Orgel komplett. Nach dem technischen Aufbau folgt der musikalische Teil. Nicht jeder Orgelbauer muss in jedem Arbeitsbereich Spezialist sein: Jetzt schlägt die Stunde der Mitarbeiter mit dem ganz feinen Gehör.

„In Sünd' und Elend weinen wir und flehn und flehn hinauf zu dir.“ Rolf Pietrusky setzt sich an den Spieltisch und lässt die Finger über die Tasten gleiten. Eine Elektro-Heizung verhindert, dass sie klamm werden. „Ein absolutes Gehör ist nicht notwendig, es genügt ein relatives“, sagt der Mittdreißiger. „Musikalität ist für den Beruf natürlich Voraussetzung.“ Er und sein Kollege Hartmut Beyer kümmern sich um die Intonation der rund 2500 Pfeifen. Klangcharakter und Lautstärke der einzelnen Pfeifen und Register müssen gestimmt und ausgeglichen und zu einem harmonischen Ganzen gefügt werden. Insgesamt 45 Pfeifenreihen, die in Variation mit 54 Tasten und 30 Pedalen gespielt werden, werden gestimmt – ganz ohne elektronisches Stimmgerät. „Das geht alles nach Gehör“, sagt Intonateur Beyer. 45 Register – ein großer Auftrag. 665 000 Euro kostet die Orgel. Das Geld kommt von der Klosterkammer Hannover.



Im Dom zu Bardowick: der historische Orgelprospekt Bild: Arnoldius/Wikipedia

Aus dem Inneren, zwischen den Orgelpfeifen hindurch, dringt das Baulicht. An der Seite eine Tür. Der Raum hinter dem Orgelprospekt ist hell ausgestrahlt. Eine warme Atmosphäre empfängt den Neugierigen, das Kiefernholz duftet und schafft unwillkürlich Gemütlichkeit. Über Treppchen geht es über drei Ebenen in die Höhe, der Blick nach oben ist verstellt durch Balken, Böden, Pfeifen und Streben, Züge, Trakturen – die Registermechanik. Man steht im Herz der Orgel. Hier entsteht der schöne, volle, jubilierende Klang, der die Gottesdienste erst feierlich macht. Das Auge sucht Halt, muss sich zurechtfinden. Auf denjenigen Windladen, die noch nicht mit Pfeifen bestückt sind, liegen Arbeitsdecken, zum Schutz vor Staub. Darauf die Werkzeuge der Intonateure: Feilen, Hohlbeitel, Metallscheren, Messerchen, Hämmer, Stimmhörner.

Ganz an der Westwand der gotischen Kirche stehen die hölzernen Pfeifen, Stämmen eines Waldes gleich, dicht an dicht aufgereiht. Sie sind viereckig, deren größte überragt alle anderen und kratzt beinahe am Gewölbe. Pietrusky ruft seinem Kollegen draußen zu: „Kannst du mal den Principalbass anspielen?“ Der tiefste Ton der Orgel dröhnt dunkel, seine Schallwellen von 30 Hertz bewegen nicht nur das Trommelfell, sondern sind auch deutlich in der Magengegend spürbar.

„Die Orgel ist ein Neubau, nach historischem Vorbild“, erklärt Pietrusky. „An thüringische Barockorgeln angelehnt, eignet sie sich besonders für Bach.“ Seit Jahrhunderten sei der Orgelbau im Prinzip unverändert. Einzig der Elektromotor erleichterte den Betrieb der Königin der Instrumente. Pietrusky zeigt das Windwerk hinter der Mauer: Die Balganlage aus dem 19. Jahrhundert ist erhalten, die historischen Kastenbälge heben und senken sich gemächlich. Früher war das Orgelspiel eine „personalintensive“ Angelegenheit: Je nach Größe des Instruments mussten bis zu einem Dutzend Balgtreter – Bauern- oder Handwerksburschen, Schuljungen – die Luft für die Pfeifen erzeugen, indem sie mit Füßen oder Händen die Blasebälge betätigten. Mal eben schnell zum Üben in die Kirche – so einfach war das nicht. Seit Einführung elektrisch betriebener Gebläse ist solch schweißtreibendes Tun nicht mehr nötig.

Vorbei an den Pfeifen aus Metall erklimmt Pietrusky die Stiegen bis auf die oberste Ebene. Man steht direkt unter dem gotischen Gewölbe, kann über den Orgelprospekt hinweg bis ans entgegengesetzte Ende des Domes sehen und den geschnitzten Flügelaltar von 1430 im Halbdunkel erahnen. „Hier ist die Spielzeugabteilung“, lächelt er verschmitzt und deutet auf eine Holzkonstruktion, das mechanische Spielwerk. Zwei Holzpfeifen, zwei Miniaturblasebälge, ein Luftrohr und eine Art Windrad sowie zwei blinkende, klitzekleine umgedrehte Pfeifchen, die in einem wassergefüllten Schälchen enden. Ein Kollege aus dem Betrieb hat sich für das Oberwerk etwas Spezielles ausgedacht, um die Orgel auch für besondere klangliche Aufgaben zu rüsten und ihr das Barocktypische, Spielerische zu geben. „Das hier ist der Zimbelstern, da der Kuckuck und hier das Vogelgeschrei.“ Kollege Beyer unten am Spieltisch hat mitgehört und zieht den zugehörigen Registerzug. Wind fährt durch die Pfeifchen, erzeugt ein Tirilieren und helles Wasserplätschern. „Wenn dann in der Pfingstzeit ‚Geh aus mein Herz‘ gespielt wird, kann man den Vogel dazu machen“, lacht Pietrusky mit sichtlicher Freude.

Hat schon in Königsberg gearbeitet: Hartmut Beyer Bild: Rudolf

„O komm, o komm, Emmanuel, befrei dein armes Israel!“ Pietrusky hat sich an die Tasten gesetzt, Beyer ist ins Orgelgehäuse gestiegen. Die beiden Intonateure arbeiten seit vielen Jahren zusammen und sind ein eingespieltes Team. Gemeinsam haben sie 2007 die neue große Orgel im Königsberger Dom gestimmt. Heute wird im Bardowicker Dom das Waldflöten-Register fertig intoniert. An die zwölf Wochen dauert der Prozess der Feinabstimmung. „Bergfest“ konnten sie schon feiern.

Beyer hat sich dünne weiße Stoffhandschuhe übergestreift, denn der Handschweiß wirkt leicht ätzend auf das Metall. Er streckt den linken Arm und reicht mit den Fingern an das offene Ende einer Pfeife. Kollege Pietrusky spielt im selben Moment draußen dieselbe Pfeife an. Beyer hält im Abstand von einem Zentimeter zwei Finger über die Öffnung, lauscht auf den Ton und variiert den Abstand. Sodann greift er mit der Linken nach der Pfeife und mit der Rechten nach einer Spezialschere. Mit schlafwandlerischer Sicherheit schneidet er ringsum vielleicht zwei Millimeter des Metalls ab. Die sich formende Spirale fällt in eine Schachtel. „Durch Wärme verändert sich der Ton. Bereits die Berührung der Pfeife genügt. Das muss man berücksichtigen“, erklärt Beyer. „Weiter“ hat er dem Kollegen zugerufen. Pietrusky spielt die nächste Pfeife an, wieder prüft und lauscht der Intonateur. „Wir Orgelbauer sagen ‚auf Ton schneiden‘ dazu“, erläutert er. „Weiter!“

„Die Sünde schloss die Himmelstür, du öffnest sie, wir jubeln dir!“ Pietrusky verrät, es sei mit sein Lieblings-Adventslied. Auf der hölzernen Balustrade der Orgelempore zeugen Termoskanne, Orangenschalen, Joghurtbecher und Brötchentüten von einem temporären Zuhausesein. „‚Auf Montage‘, wie wir sagen.“ Als Orgelbauer ist man viel unterwegs und oft wochenlang von zu Hause weg. Die Arbeitszeiten reichen von früh morgens bis in den späten Abend. In einer Pension am Ort sind die beiden Kollegen untergekommen. Christliche Kirchen gibt es auf allen Kontinenten, und der Ruf der Schuke-Orgeln hat sich weltweit verbreitet. Pietrusky war dienstlich bereits in vielen europäischen Ländern, allein in diesem Jahr für Aufträge in Russland und in Georgien; sogar im fernen Mexiko hat er eine Orgel mitgebaut. Seine Frau und seine Kinder vermissen ihn oft – und er sie. Doch er winkt ab: „Bardowick ist ja günstig gelegen, Freitag nachmittags geht's wieder nach Potsdam.“

„Freue dich, freue dich, o Israel, bald kommt, bald kommt Emmanuel!“ Über Weihnachten werden die Kollegen Pietrusky und Beyer Schere und Stimmhorn ruhen lassen und bei ihren Familien sein.

Christian Rudolf

Ein Wunder, das wirklich geschieht

»Weihnachten mit K. G. Chesterton« – Auf den Mittelpunkt des Lebens zugehen – Lesung mit Alexander Kissler und Uwe Postl

Der bekannte Kulturjournalist und „Focus“-Redakteur Alexander Kissler präsentierte am Donnerstag vor dem dritten Advent mit Uwe Postl (Sprecher, Literat, Vortragskünstler und Schriftsteller) „Weihnachten mit Chesterton“. Der literarische Abend in der Reihe „Domspatz-Soirée“ (Movimento München) unter der Leitung von Micheal Ragg, Chefredakteur des katholischen Fernsehsenders K-TV, war ein Adventsabend besonderer Art.

Bei Kerzenlicht, einem Glas Wein und Bier las Uwe Postl Chestertons scharfsinnige und humorvolle Texte. Alexander Kissler kommentierte die Textpassagen, setzte sie in den aktuellen Kontext unserer Zeit und ermöglichte dem Zuhörer einen nachdenklich-vergnügten Abend.

Gilbert Keith Chesterton (1874–1936), der englische Essayist, Romancier und Erfinder von „Pater Brown“, hat den katholischen Glauben in vielen pointierten und originellen Schriften offensiv bezeugt. Papst Pius XI. verlieh dem Konvertiten den Ehrentitel „Defensor Fidei“ (Verteidiger des Glaubens). In der englischsprachigen Welt gilt der berühmte Autor als bedeutendster Apologet des römischen Christentums und der Rechtgläubigkeit.

Konventionen brechen, Gebote halten

Wer war Chesterton und was kann er uns heute noch sagen? Kissler umschrieb den Schriftsteller mit den Worten „ein Mensch, ein Mann, ein Brite, ein Engländer, ein Anglikaner, ein Katholik, ein Gourmet mit einer sehr ausladenden Erscheinung. Ein Mann, dem die Sinnesfreude auf und in den Leib geschrieben war.“

Besonders oft hat sich Chesterton mit dem Weihnachtsfest beschäftigt, für ihn ein „unsterbliches Abenteuer“ und ein Fest ausgelassener Freude. „Focus“-Redakteur Kissler untermauerte Chestertons Aussage mit einem Zitat von Reinhard Kardinal Marx: „Ein Glaube, der die Lebenslust nicht mindert, sondern fördert.“

Das Weihnachtsfest ist in Gefahr, von Kommerz und Äußerlichkeiten überdeckt zu werden. Weihnachtsbäume stehen seit Wochen zum Verkauf bereit, Weihnachtsgebäck ist seit Ende September in den Geschäften unübersehbar angerichtet und die Menschen verfallen in einen Einkaufswahn. In der heutigen Gesellschaft wird laut Kissler die Vorbereitung des Weihnachtsfests derart in die Länge gezogen, dass der Mittelpunkt des Geschehens verloren geht. Der Mensch verpasst durch die vermeintliche Zukunftsfreude das eigentliche Geschehen: die Geburt Christi.

Wieso lässt sich der Mensch selbst in der Adventszeit im Konsum treiben und verpasst dabei das Wesentliche? Chesterton sieht eine der Ursachen darin, dass es kein „Ich“ mehr gibt. Der Mensch hat laut Chesterton den Drang, immer ein anderer sein zu wollen, auf der Suche nach „der Freiheit“; eine Freiheit, die den Menschen knechtet. Der Mensch ist im stetigen Fluss, mit dem Blick in die Zukunft gerichtet und ohne grundlegende Prinzipien, welche ihm Halt geben würden. Chesterton sagt, um in der modernen Welt nicht „verrückt“ zu werden, müsse man selbst die Welt ver-rücken. Und um das „ver-rückte Leben“ zu leben, braucht man eine „unverrückbare Moral“. „Break the conventions, keep the commandments“ (Breche aus den Konventionen, aber halte die Gebote). Nur Gott ist laut Chesterton der Mittelpunkt unseres Seins. Ein unendlicher Mittelpunkt, der im Stall von Bethlehem Mensch geworden ist: „Das Wunderbarste an den Wundern ist, dass sie manchmal wirklich geschehen.“



Vergnügt-nachdenklich: Uwe Postl und Alexander Kissler Bild: Ch. Kroll

Eine weihnachtliche Einstimmung der etwas anderen Art, gepaart mit Witz und Charme, machte den Abend zu einer unvergesslichen Einstimmung in den Advent. Die zahlreich erschienenen Zuhörer hatten vor und nach der Veranstaltung die Möglichkeit, mit den Protagonisten ins persönliche Gespräch zu kommen. „Wer dem Kalorienrausch und der Rührseligkeit entgehen will“, sagte Alexander Kissler, „der kann zu Gilbert Keith Chesterton greifen.“

Christopher Kroll

MELDUNGEN

Zweite Einweihung

Berlin – Vor 50 Jahren, am 17. Dezember 1961, wurde die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche durch den damaligen Bischof von Berlin-Brandenburg, Otto Dibelius, eingeweiht. Es war bereits die zweite Einweihung, denn am 1. September 1895 hatte es schon einmal eine gegeben. Dazwischen liegen die Bombardierung des Gotteshauses in der Nacht zum 23. November 1943 bei einem Luftangriff sowie der aus politischen Gründen erst am 9. Mai 1959 begonnene Wiederaufbau in stark veränderter Form. *M.R.*

Marke zum Kirchenjubiläum

Berlin – Der Staat in Form des Bundesfinanzministeriums würdigt den vor 50 Jahren abgeschlossenen Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche mit einer 55-Cent Briefmarke. Das in einer Auflage von 5,3 Millionen Exemplaren hergestellte Sonderpostwertzeichen mit dem Titel „50 Jahre Neue Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche“ wurde von dem aus Kiel stammenden Künstler Ingo Wulff gestaltet. Bei



Sonderbriefmarke Bild: Archiv

der Vorstellung der Marke würdigte der zuständige Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk den markanten Schriftzug: „Die Typographie des Titels passt sich der Form der beiden Türme an. Die um 90 Grad gedrehten Schriftzeichen können in ihrer Anordnung symbolisch das Thema des Wiederaufbaus transportieren. Besser kann man meiner Meinung nach diese Kirche kaum auf einer Briefmarke in Szene setzen.“ *PAZ*

Ein Brite unter Wilhelms II. Enkeln

Kronprinz Wilhelms Sohn Friedrich kehrte während der NS-Zeit der Heimat den Rücken

Viele Hohenzollern sind in Deutschland geboren, viele in Deutschland gestorben und beigesetzt. Doch die wenigsten haben einen Krieg ihres Landes im Feindesland erlebt. Der wohl bekannteste unter ihnen ist Friedrich Prinz von Preußen, Enkel des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen sowie Großonkel des aktuellen Chefs des Hauses Hohenzollern.

Nach seinen Brüdern Wilhelm, Louis Ferdinand und Hubertus kam Friedrich Prinz von Preußen als viertes der insgesamt sechs Kinder des letzten deutschen und preußischen Kronprinzen Wilhelm und dessen Ehefrau Cecilie im Kronprinzenpalais zu Berlin zur Welt. Seine ersten Lebensjahre verbrachte er in Danzig-Langfuhr, wo der Kronprinz bis 1913 Kommandant des 1. Leibhusarenregiments war. Wie seine Brüder studierte er nach dem 1931 in Potsdam abgelegten Abitur Jura und Volkswirtschaft. 1932/33 hielt er sich zu volkswirtschaftlichen Studien in Bremen auf. 1936 legte er sein erstes juristisches Staatsexamen an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität ab.

1937 zog er aus dem elterlichen Cecilienhof bei Potsdam aus und zog nach England. Dort arbeitete er unter dem Namen Mansfield für eine Londoner Bank. Nahe dem Dorfe Albury in Hertshire kaufte er sich ein kleines Landgut.

> Er arbeitete unter falschem Namen für eine Londoner Bank

Nach der britischen Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939 lebte der Deutsche vorerst mit seiner britischen Identität weiter. Dass er nicht zu den „Home Forces“ eingezogen wurde, erregte jedoch Verdacht und sein Inkognito flog auf. Der Deutsche wurde interniert und nach Kanada deportiert. Da kamen ihm jedoch seine verwandtschaftlichen Bande mit dem britischen Herrscherhaus zugute. Er gewann eine Fürsprecherin in der Königinmutter und vormaligen Königin Mary. Die Tochter von Herzog Franz von Teck und Ururenkelin des 14. Herzogs von Württemberg war deutscher Abstammung. Ihr 1936 verstorbener Mann, König Georg V. Patenonkel des Preußenprinzen. Dank ihrer Fürsprache durfte Friedrich bereits während des Krieges 1941 nach England zurückkehren. Statt in einer Bank arbeitete er nun auf einem Bauernhof.

Nach dem Ende des Krieges heiratete der Prinz reich. Am 30. Juli 1945 ehelichte er im Dorf Little Hadham bei Albury Lady Brigid Guiness, deren Vater, dem 2. Earl of Iveagh, die Guiness-Brauerei gehörte. Er nahm die britische Staatsangehörigkeit an und arbeitete auf seinem bei Albury gelegenen Gut Patmore Hall. Als britischer Staatsbürger, der er nun war, stellte er einen Antrag auf Entschädigung für seine Besitzungen in Schlesien bei dem Entschädigungsfonds, den die britische Regierung für den durch die Polen enteigneten Besitz englischer Bürger eingerichtet hatte. Statt der geforderten 7,5 Millionen D-Mark erhielt er jedoch nur 6500 Pfund, was ungefähr 720000 D-Mark entsprach.

> Schwiegersohn des Besitzers der Guiness-Brauerei

Wie sein Bruder Hubertus versuchte auch Friedrich 1950 sein Glück in dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet Südwestafrika, wo das Haus Hohenzollern mehrere Krongüter besessen hatte. Friedrich kaufte die Farmen „Dickdorn“ und „Kosis“ bei Mariental zurück. Sein Bruder starb jedoch bereits am 8. April 1950 in Windhoek und Friedrich kehrte nach Patmore Hall zurück.

Ab 1951 trug Friedrich wieder den Namen Prinz von Preußen, 1953 erhielt er auch die Staatsangehörigkeit zurück, zusätzlich zur britischen. In seiner Wahlheimat betätigte er sich nun als Hotelier. So übernahm er die Leitung einiger renommierter Hotels, darunter auch ein deutsches, das Schlosshotel Reinhartshausen. Das von Clemens August von Westphalen im hessischen Rheingau, am westlichen Ortsrand von Erbach in seiner heutigen Form erbaute Schloss hatte Prinzessin Marianne von Preußen, eine Enkelin König Friedrich Wilhelm II. sowie Schwiegertochter König Friedrich Wilhelm III und seiner Frau Königin Louise, 1855 erworben, nachdem sie sich von ihrem Ehemann, Prinz Albrecht von Preußen, am 28. März 1849 als Folge eines Seitensprunges getrennt hatte. Das Schloss blieb in Familienbesitz und 1947 hatte Prinz Hubertus die Bewirtschaftung des Schlosses und des dazugehörigen Weingutes übernommen. Nach Hubertus' Tod ist dann Friedrich in die Fussstapfen seines älteren Bruders getreten. In dieser Eigenschaft bewirtete er 1965 seine Nichte Anastasia von Preußen, das älteste Kind seines Bruders Hubertus und dessen zweiter Ehefrau Magdalene Pauline Prinzessin Reuß, als diese 1965 Alois Konstantin Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg heiratete. Er ist der letzte adelige Alleinherr. Seine Söhne führten es nämlich in Erbengemeinschaft als Administration des Prinzen Friedrich von Preußen weiter, bis es 1987 von dem Bürgerlichen Willi Leibbrand übernommen wurde.



Die Söhne des letzten deutschen und preußischen Kronprinzen: Friedrich mit seinen Brüdern Wilhelm, Louis Ferdinand und Hubertus Bild: Interfoto

> Letzter adeliger Alleinherr von Reinhardshausen

Unweit des Schlosses Reinhartshausen fand Friedrich den Tod. Am späten Abend des 19. April 1966 erhielt der Schlossherr einen Anruf von Prinzessin Charlotte von Croy. Der Inhalt des Gespräches mit der Ehefrau des Chefs des Hauses Hohenlohe-Langenburg, Kraft Prinz zu Hohenlohe-Langenburg, ist den Behörden bekannt, bietet jedoch keine Erklärung für das, was dann geschah. Kurz vor Mitternacht verließ Friedrich mit der Begründung, frische Luft schnappen zu wollen, das Schloss. Das war das letzte Mal, dass er lebend gesehen wurde. Etliche Tage später wurde seine Leiche gefunden. Am 1. Mai wurde sie bei Bingen aus dem Rhein geborgen. Die Kriminalinspektion Wiesbaden schloss nach dem Obduktionsbefund ein Verbrechen aus und kam zu dem Schluss, dass ein Unglück den Prinzen zum Verhängnis geworden sein muss oder er aber den Freitod gewählt hat.

Ein mögliches Motiv könnte seine gescheiterte Ehe sein. Nachdem die Scheidung wegen der 1946, 1947, 1952, 1953 und 1955 geborenen Kinder Friedrich Nikolaus, Andreas, Victoria, Antonia und Rupert immer wieder hinausgezögert worden war, sollte sie Anfang Mai nun endlich vor dem Landgericht Frankfurt verhandelt werden. Hierzu war Friedrich am 18. April aus dem Vereinigten Königreich angereist. Nur Stunden vor seinem rätselhaften Verschwinden am darauffolgenden Tag hatte er sich bei der Frankfurter Polizei mit einem zweiten Wohnsitz in das Melderegister eintragen lassen. Die Situation hat ihn möglicherweise überfordert. Nach Informationen aus der Familie Hohenzollern war der Prinz schon seit geraumer Zeit wegen seiner seit Jahren geplanten und nun unmittelbar bevorstehenden Scheidung völlig verwirrt.

> War es Selbstmord oder ein Unfall?

Im Land seiner Geburt und seines Ablebens fand der Deutsch-engländer auch seine letzte Ruhestätte. Seine sterblichen Überreste liegen in der St.-Michaels-Bastei auf der Burg Hohenzollern, wo auch seine Brüder mit Ausnahme des ältesten beigesetzt sind. *Manuel Ruoff*

Der rote Welfe

Hinrich Wilhelm Kopf gehörte zu den westdeutschen SPD-Landesvätern, die eher Pragmatiker als Ideologen waren

Wie seine Zeit- und Amtsgenossen in den nordwestdeutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen Max Brauer und Wilhelm Kaisen war Hinrich Wilhelm Kopf eher vom Typus Landesvater als Arbeiterführer. Der „Rote Welfe“ wurde er genannt, und er hörte es ganz gerne, entsprach es doch seinem Selbstverständnis. Mit einer Mischung aus Respekt gegenüber dem politischen Instinkt und Missachtung ob des Fehlens einer Ideologie, die den Intellektuellen zu faszinieren vermag, spricht der „Spiegel“ seinerseits von einem „Bonhomme der Vernunft“.

Der am 6. Mai 1893 zur Welt gekommene bauernschlaue Bauernsohn aus Neuenkirchen (Land Hadeln) bei Cuxhaven brach mit 16 die Schulausbildung ab, um in Amerika sein Glück zu suchen. Das fand er dort jedoch nicht. Stattdessen erkrankte er am Blinddarm und kehrte bereits ein Jahr nach seiner Auswanderung in die Heimat zurück, wo er das Abitur nachholte, eine landwirtschaftliche Lehre absolvierte und Jura studierte.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldete Kopf sich als Freiwilliger. In der Novemberrevolution wurde der Angehörige der Marineartillerie Soldatenratsmitglied in Cuxhaven. Eben noch selber Soldatenrat, trat Kopf kurze Zeit später dem Freikorps Landesjäger bei, das unter Generalmajor Georg Ludwig Rudolf Maercker auch gegen Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzt wurde. Dort diente er als Presseoffizier.



Hinrich Wilhelm Kopf Bild: Archiv

1919 wechselte er in analoger Funktion ins Zivilleben. In Bielefeld richtete er ein Städtisches Presseamt ein. Dabei lernte er führende Sozialdemokraten kennen, darunter Carl Severing, mit dem er sich anfreundete und in dessen Partei er eintrat. Kaum SPD-Mitglied wurde er noch 1919 persönlicher Referent des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Eduard David. 1920 holte ihn Severing ins preußische Innenministerium, von wo aus er schon bald nach Thüringen wechselte, wo er als Regierungsrat die dortige Landespolizei aufbaute.

Nach der Inflation wechselte Kopf in die Banken- und Versicherungsbranche, kehrte jedoch bereits 1928 wieder als Landrat seines Heimatkreises in den Dienst am Staate zurück. Abgesehen von einer kurzen Unterbrechung infolge des sogenannten Preußenschlages verblieb Kopf im Staatsdienst, bis die Nationalsozialisten nach ihrer „Machtergreifung“ den Sozialdemokraten entließen. Kopf kehrte in seinen vor 1928 ausgeübten Beruf zurück.

Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete Kopf als Vermögensverwalter für die Haupttreuhandstelle Ost. Da diese Behörde im Generalgouvernement Beschlagnahmungen polnischen Vermögens veranlasste, verlangte 1948 die polnische Regierung von den Briten Kopfs Auslieferung. Doch der hatte unter der Obhut der britischen Besatzungsmacht längst Karriere gemacht.

> Niedersachsen ist zu einem Gutteil sein Projekt

1945 machten die Engländer Kopf zum Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hannover. Nachdem die Siegermächte den preußischen Staat für aufgelöst erklärt hatten, wurde Kopf Ministerpräsident des Landes Hannover. Dem nordwestdeutschen Politiker, dem die Reichsreformpläne der 20er Jahre sehr wohl vertraut waren, nutzte die Umbruchsituation, um das Projekt Niedersachsen voranzutreiben, bei dem es sich um einen Zusammenschluss seines Landes mit den kleineren Territorien Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe handelte. Nachdem sein Ziel erreicht, das Land gegründet war, wurde Kopf dessen erster Ministerpräsident. In dieser Eigenschaft nahm er auch maßgeblich auf die niedersächsische Verfassung Einfluss. Legendär ist sein Besuch der damals noch zu Niedersachsen gehörenden Insel Neuwerk, wo er sich 1947 auf dem noch legendäreren Neuwerker Leuchtturm seine Gedanken über das 1951 verabschiedete Verfassungswerk machte.

1955 wurde Kopfs Dienst am Allgemeinwesen ein weiteres Mal unterbrochen. Nach der vorausgegangenen Landtagswahl wurde seine Allparteienkoalition durch eine bürgerliche unter Führung Heinrich Hellweges von der Deutschen Partei (DP) abgelöst. Ähnlich wie SPD-Bürgermeister Brauer 1953 in Hamburg zog sich auch Kopf nach dem Amtsverlust kurzfristig aus der Politik zurück. Das Drücken der Oppositionsbank war beider Ding nicht.

Doch anders als Brauer kehrte Kopf noch während der Legislaturperiode als Innenminister und wenigstens stellvertretender Ministerpräsident zurück. Möglich wurde dieses durch die Erweiterung der Regierungskoalition um die SPD im Jahre 1957. Nach der dritten Landtagswahl von 1959 gelang es der SPD, den Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und die FDP für eine von ihr geführte Regierungskoalition zu gewinnen. Kopf übernahm erneut das Amt des Ministerpräsidenten. Schon seit Jahren von Kreislaufstörungen und Leberbeschwerden geplagt, verstarb der in Preußen geborene Niedersachse im Amt am 21. Dezember 1961. *M.R.*

Wie die Welt am Abgrund stand

»Prinz Eugen« spiegelt den eskalierenden Kalten Krieg mit dem Damoklesschwert der Selbstvernichtung

Ein sperriger Titel und ein Thema, das unter die Haut geht. Ingo Bauernfeind verbindet in „Radioaktiv bis in alle Ewigkeit. Das Schicksal der ‚Prinz Eugen‘“ Schifffahrtsgeschichte mit der Entwicklung der Atomwaffen und zeigt, wie nah die Welt am Abgrund stand.

Zunächst wird das Schlachtschiff „Prinz Eugen“ vorgestellt, ein Schwerer Kreuzer der „Admiral Hipper“-Klasse, der am 1. August 1940 den Dienst aufnimmt. Bekannt wird „Prinz Eugen“ zusammen mit der „Bismarck“ durch die Versenkung des britischen Großkampfschiffs „Hood“. Danach gibt es keine Schlachten mehr für die großen deutschen Kriegsschiffe, die „Prinz Eugen“ kehrt nach einem gelungenen Kanaldurchbruch in die Ostsee zurück, wo sie ab August 1944 durch Landzielbeschuss das deutsche Heer unterstützt und 1945 als Eskorte von Flüchtlingsschiffen am „Unternehmen Rettung“ teilnimmt. Das Kriegsende erlebt die „Prinz Eugen“ in Kopenhagen, wo sie den Engländern übergeben wird.

1946 fällt der Kreuzer per Losentscheid an die USA und wird als „USS Prinz Eugen“ nach Boston überführt. Die Amerikaner zeigen sich beeindruckt von der deutschen Katapult-Technik mit dem Bordflugzeug Arado Ar 196, das noch heute in amerikanischen Museen zu besichtigen ist, und der Unterwasserhorchanlage.

Nachdem 1945 die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki die verheerende Zerstörungskraft dieser Waffe gezeigt hatten, sollten nun auch die Auswirkungen der Atombombe auf Kriegsschiffe und militärische Ausrüstungsgegenstände geprüft werden. Dafür hatten sich die USA das Bikini-Atoll inmitten des Pazifiks ausgesucht, eine Gegend mit stabilem Klima, weit entfernt von stark befahrenen Seewegen. Die „Operation Crossroads“, der Scheideweg zwischen konventioneller und nuklearer Kriegführung, beginnt. Dabei werden über 90 Kriegsschiffe, nicht nur deutsche und japanische Kriegsbeute, sondern auch veraltete Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Zerstörer und U-Boote aus US-amerikanischen Beständen als Testschiffe eingesetzt. An Bord werden unterschiedliche Waffen, Fahrzeuge, Kleidung, Lebensmittel, elektronische Anlagen sowie Versuchstiere positioniert, um die Überlebensfähigkeit nach dem Kernwaffeneinsatz zu überprüfen. Die 167 Bikinianer werden „zum Wohle der Menschheit“, wie man ihnen weismacht, evakuiert und verlieren damit für immer ihre Lebensgrundlage.

In verschiedenen Versuchen werden Luft- und Wasserexplosionen mit Kernwaffen ausgelöst, die Fotos der „Atompilze“ sind ein furchteinflößender Anblick. Als Fazit stellt sich heraus, dass die Flotte zwar physisch überleben kann, aber niemand der Radioaktivität entkommt. Daraus folgt die Entscheidung, Atombomben als abschreckende Offensivwaffen einzusetzen, wodurch die Welt in den Kalten Krieg geführt wird.

Die Schiffe, die nicht gleich durch die Druckwelle gekentert sind, werden durch Marineangehörige teilweise dekontaminiert, ohne ausreichende Schutzausrüstung und zuverlässige Messgeräte. Der größte Teil wird danach versenkt, der Rest verschrottet.

Die „Prinz Eugen“ kentert als Spätschaden einer Explosion kopfüber, das Wrack ist bis heute noch sichtbar und ein interessantes Ziel für Taucher aus aller Welt. Es ist als einziges Zielschiff der „Operation Crossroads“ noch nicht von der Wasseroberfläche verschwunden und damit ein Mahnmal für das Atomzeitalter und den verantwortlichen Umgang mit Kernenergie.

Beim „Tauchgang in die Vergangenheit“ werden aktuelle Fotos vom gesunkenen Schiff den entsprechenden zeitgenössischen Fotos gegenübergestellt, auch 65 Jahre nach dem Untergang sind die Strukturen der Waffen, Aufbauten und Räumlichkeiten klar erkennbar. Als Bonusmaterial ist der Zugang zu einem Film auf der Internetseite des Mittler-Verlages freigeschaltet.

Das dort dieses Jahr erschienene Buch ist durchgängig spannend geschrieben und durch viele unveröffentlichte historische Fotos ausgezeichnet illustriert. Es finden sich detaillierte Beschreibungen, Zeichnungen und Abbildungen aus allen Lebenszeiten des Schiffes, dazu unglaubliche Fotos von den atomaren Explosionen. Der sorglose Umgang mit der Radioaktivität lässt den Leser mit seiner heutigen Kenntnis um deren Gefährlichkeit schaudern. Die Risiken von Atombomben, aber auch von Unfällen bei Atom-U-Booten oder Atomkraftwerken sind bis heute präsent. Das 176 Seiten starke Buch möchte Denkanstöße zum kritischen Umgang mit dieser Thematik geben – das ist vollkommen gelungen. Für 24,95 Euro erhält sein Käufer ein absolut empfehlenswertes Leseerlebnis, das noch lange in einem nachklingt.

Britta Heitmann

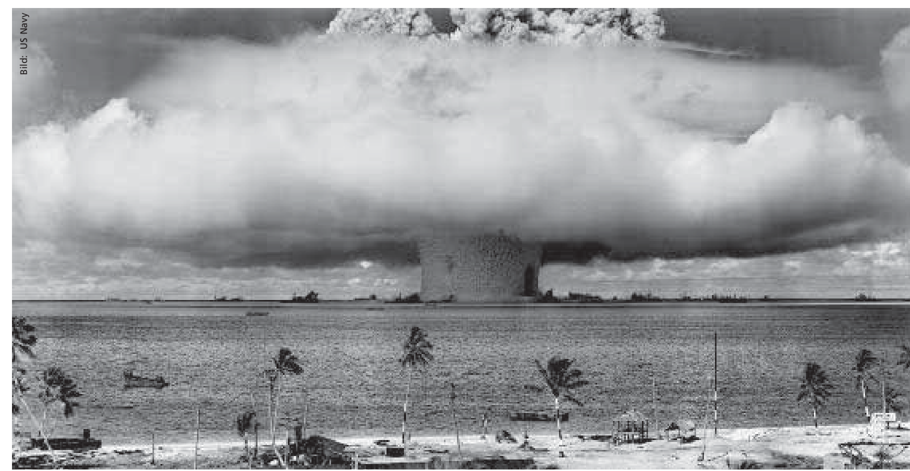


Bild: US Navy

„Operation Crossroads“: US-amerikanischer Atombombenversuch mit der „Prinz Eugen“ und anderen Kriegsschiffen

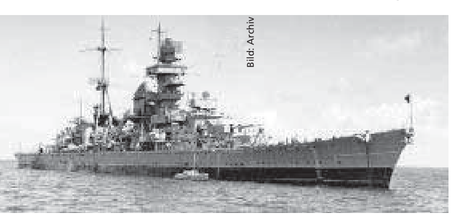


Bild: Archiv

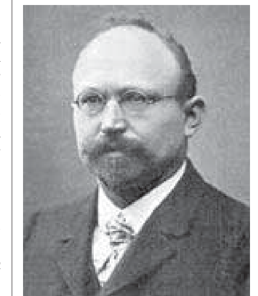
In besseren Tagen: Der Schwere Kreuzer „Prinz Eugen“

Pionier des Spielzeugs

Zumindest die Vertreter des starken Geschlechts werden aus ihrer Kindheit noch Märklin kennen, auch heute noch Marktführer der europäischen Modelleisenbahnbranche. Hinter der Premiummarke verbirgt sich die Gebr. Märklin & Cie. GmbH. Einer der Gebrüder war Karl, der andere Eugen.

Die beiden Brüder konnten auf die Vorarbeit ihrer Eltern zurückgreifen. 1859 hatte sich ihr Vater als Blechermeister selbstständig gemacht. In seiner Werkstatt in Göppingen stellte er neben anderen Blechwaren auch Blechspielzeug her. In seiner Ehefrau Caroline Hettich hatte er eine gute kaufmännische Unterstützung. Nach dem frühen Unfalltod ihres damals erst im 50. Lebensjahr stehenden Mannes im Jahre 1866 führte die Witwe den Betrieb ihres Mannes fort. Sie heiratete ein weiteres Mal. Ihr neuer Mann war ihr in beruflicher Hinsicht zwar nur eine schwache Stütze, doch übergab sie erst nach dessen Tod 1888 die Führung des Unternehmens ihren Söhnen.

Mehr noch als darin, dass sie die Offene Handelsgesellschaft Gebrüder Märklin gründeten, die sie 1920 in die heutige Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandelten, liegt die Bedeutung der Märklin-Brüder darin begründet, dass sie die Produktpalette um Spielzeugeisenbahnen erweiterten. Im Jahre 1891 präsentierten sie auf der Leipziger Frühjahrsmesse erstmalig eine Uhrwerkbahn mit Schienenanlage.



Eugen Märklin Bild: Archiv

Sechs Jahre später erhielt die Märklin-Eisenbahn mit E-Motoren ihren heutigen Antrieb.

Über ihr Unternehmen und dessen Produkte hinaus machten sich die Brüder um die kleinen wie die großen Modelleisenbahnfreunde dadurch verdient, dass sie sich auf einen einheitlichen Maßstab festlegten. Sie wählten das Größenverhältnis 1:32, Freunden des Metiers als „Spur I“ bekannt. Durch diese anfänglich noch auf die Firma beschränkte Normierung war es möglich, unterschiedliche Produkte aus dem Eisenbahnsegment des Hauses miteinander zu verbinden. Andere Anbieter folgten und boten nun ebenfalls Produkte in diesem Maßstab an. Inzwischen ist die Nenngröße I eine in den Normen Europäischer Modellbahnen (NEM) und den Normen der National Model Railroad Association (NMRA) geregelte Baugröße für Modelleisenbahnen.

1914 wurde die Angebotspalette um Metallbaukästen erweitert. Sie haben mittlerweile der wachsenden Konkurrenz durch Plastikspielzeug wie Lego oder Fischertechnik sowie der elektronischen Spielzeuge weichen müssen, doch viele Angehörige der heutigen (Ur-)Großvätergeneration verbinden mit Märklin-Metallbaukästen noch lebhafteste Kindheitserinnerungen.

1930 verlor Eugen Märklin seinen Bruder Karl; 1935 übergab er die Geschäfte seinem Sohn Fritz; und am 21. Dezember 1947, einen Tag vor seinem 86. Geburtstag, verstarb er selbst. *Manuel Ruoff*

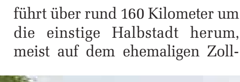
Pakete voller »Falschgeld«

Inzwischen spekuliert man bereits über das Ende des Euro. Dabei ist es am heutigen Sonnabend gerade einmal ein Jahrzehnt her, dass wir ihn erstmals buchstäblich in die Hände bekamen. Am 22. Dezember 2001 nahmen Sparkassen und Banken in Deutschland den Vertrieb sogenannter Starterkits auf. Zum Preis von 20 D-Mark bekam der Kunde eine durchsichtige Plastiktüte mit 20 Münzen im Nennwert von 10,23 Euro. Die Deutschen sollten damit in die Lage versetzt werden, bereits am ersten Tag des Euro, dem 1. Januar 2002, kleinere Ausgaben tätigen zu können.

Damals schrieb Hans Heckel in dieser Zeitung: „Wie ein häßlicher Verräter fühle ich mich, als ich mein „Start-Paket“ (die Bankfiliale war wenigstens so taktvoll, den idiotisch klingenden englischen Namen ins Deutsche zu übersetzen) abhole. ‚Zwei Tüten von dem Falschgeld hätt’ ich gern.‘ Ein letzter, hilfloser Protest – und natürlich Selbstrechtfertigung, warum ich meine Neugier nicht zügeln konnte und gleich Montag mittag los musste. ‚Journalisten müssen neugierig sein‘, lüge ich mir – buchstäblich – in die eigene Tasche. Das miese Gefühl bleibt. Die Markstücke im Portemonnaie klagen an wie ein schnöde im Stich gelassener, treuer Freund.“ Die Überschrift der damaligen Meldung bestand aus nur einem Wort: „Traurig“. *PAZ*

Wo die Mauer noch sichtbar ist

Vier Jahrzehnte nach dem Baubeginn kann ein Führer bei der Spurensuche helfen



Das dunkle Jubiläumsjahr „50 Jahre Mauerbau“ neigt sich dem Ende zu. Grund genug sich noch einmal mit dem schändlichen Bauwerk zu befassen. Publikationen zur Berliner Mauer liegen mittlerweile zwar recht zahlreich vor, desgleichen wurden Internetseiten dazu eingerichtet. Hervorzuheben ist dabei das Werk „Mauerreste – Mauerspuren. Der umfassende Führer zur Berliner Mauer“. Hunderte von Resten und Spuren der innerstädtischen Grenze von 1961 bis 1989 sind in dem im Berlin-Bonner Westkreuz Verlag erschienenen Band auf insgesamt 287 Seiten aufgelistet, abgebildet und kartiert. Die Dokumentation wird durch historische Fotos ergänzt. Im Auftrag der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) hatten die Autoren Axel Klausmeier, Leiter der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, und Leo Schmidt, Inhaber des Lehrstuhls für Denkmalpflege an der BTU, von 2001 bis 2003 unter Mitwirkung von Studenten die noch vorhandenen Fragmente der ehemaligen Grenzanlage lokalisiert und inventarisiert.

Von dem sogenannten antifaschistischen Schutzwall und den Beobachtungstürmen ist zwar fast nichts mehr vorhanden. Aber auch heute noch zieht sich eine städtebauliche Schneise von Norden nach Süden durch die deutsche Hauptstadt. Die Autoren sprechen von einer Erinnerungslandschaft, die mit ihren überwiegend materiellen Relikten der einstigen technischen Infrastruktur der Grenzanlage und der Grenzübergänge ein Zeugnis des Kalten Krieges sei, aber auch der überwundenen Teilung Berlins.

Der heutige Mauerweg kennzeichnet den Verlauf der ehemaligen DDR-Grenzanlagen zu West-Berlin. Die Rad- und Wanderroute führt über rund 160 Kilometer um die einstige Halbstadt herum, meist auf dem ehemaligen Zollweg im Westteil der Stadt und dem sogenannten Kolonnenweg im Ostteil, den die DDR-Grenztruppen für ihre Kontrollfahrten angelegt hatten.

Fast unüberwindlich für fluchtwillige Bürger der DDR war die 3,75 Meter hohe Mauer an der Grenze zum Westteil Berlins. Sie war aber nur das letzte Hindernis hinter der Sperrzone, einer tief gestaffelten Folge von Annäherungshindernissen, die auf östlicher Seite ebenfalls abgeriegelt war, und zwar von der sogenannten Hinterlandmauer von zwei bis drei Metern Höhe. Das Sperrgebiet, bestehend aus dem Todesstreifen und dem Kolonnenweg, war durch Signallaternen und Wachtürme gesichert. Dahinter verliefen der übermannshohe Grenzsignalzaun und die Hinterlandmauer.

Ab 1990 wurde der Abriss der Berliner Mauer auf Beschluss der damaligen Bundesregierung nach der Wiedervereinigung rasch und ziemlich konsequent durchgeführt. Die Einsicht, dass Teile dieses in der Weltgeschichte einzigartigen Bauwerks erhalten werden müssen, folgte dem Abriss postwendend. Von der Grenzmauer sind nur wenige, jeweils mehrere hundert Meter lange Abschnitte stehen geblieben und bereits saniert worden. Die in der Bestandsaufnahme zusammengestellten Reste und Spuren der ehemaligen Grenzanlage sind Mauern, die in die Begrenzungswände integriert waren, seinerzeit als „Vorfeldsicherung“ bezeichnete Mauerabschnitte der Hinterlandsicherung, Türme, leere oder mit Büschen bewachsene Grenzstreifen, Kolonnenweg, Brandmauern, Lichtmasten, Metallzäune sowie Grenzmarkierungen. *Dagmar Jestrzemski*



Gedenkstätte Berliner Mauer: Nur noch an wenigen Stellen Berlins werden die Bewohner und ihre Gäste an den „antifaschistischen Schutzwall“ der DDR erinnert Bild: Gedenkstätte Berliner Mauer

Wo ist das Motiv für den Terror?

Zu: „Vom Staat gedeckt?" (Nr. 48)

Das Thema „Zwickauer Mord-Trio" erschöpft sich bisher in den Fragen, ob und inwieweit der Verfassungsschutz involviert ist und welche rechtlichen Aussichten ein neues NPD-Verbot hat.

Da die Tötungsdelikte offenbar politisch motiviert sind, ist dieser Diskussionsumfang bedauerlich armselig.

Zunächst ist jedes Töten von Menschen – aus welchen Gründen auch immer – verwerflich. Dies muss man gar nicht erst erörtern. Da aber bei jedem Raub- oder Sexualmord die Täterseite gewissenhaft erforscht wird – was richtig ist –, muss dies auch für politische Delikte gelten.

Wo also ist das Motiv, wie ist es politisch einzuordnen und wer trägt dafür Verantwortung? Vernünftige Menschen haben bereits vor Jahrzehnten vor einer Überbelastung durch ungebremsten Zuzug gewarnt. Dafür wurden sie beschimpft. Und in der politischen Praxis wurde mehrheitsfeindlich der diktatorische Befehl „Integration" ausgegeben. Dagegen meinten die Zwickauer Täter anscheinend, nur noch mit Gewalt vorgehen zu können.

An dieser kritikwürdigen Auffassung sind die verantwortlichen Politiker, die heute so vehement wehklagen, nicht ganz unschuldig.

Vor Jahren sagte einmal ein bekannter CDU-Politiker, dass man sich mit Rechtsextremen überhaupt nicht unterhalten dürfe, womit auch alle diejenigen gemeint waren, die ohne Parteibindung etwas anders dachten als die verordnete öffentliche Meinung.

Wer aber politische Diskussion so versteht, braucht sich über die eindeutig bedauerlichen und von niemandem gewollten Folgen nicht zu wundern.

Dr. Klaus Joachim Schneider-Haßloff, Berlin

Ein böses Erwachen für Spanien

Zu: „Sprengsatz für Sparprogramm" (Nr. 48)

Die spanische konservative Volkspartei Partido Popular (PP) hat zwar die absolute Mehrheit der Sitze (nicht der Stimmen!) erreicht, jedoch nur gut eine halbe Million Stimmen mehr als 2008 bekommen, während die Sozialisten (PSOE) von José Rodríguez Zapatero gut 4,5 Millionen Stimmen verloren haben, die an die Kommunisten (Vereinigte Linke, IU), den PSOE-Ableger UPyD (Union Fortschritt und Demokratie) und verschiedene andere Parteien gingen, in Katalonien auch sehr stark an die konservativen Nationalisten von Convergencia y Unión (10 plus 6 Sitze). Der Sieg der Partido Popular ist also, wenn auch mit großem Abstand, weniger als man hätte erwarten dürfen, was nicht zuletzt an ihrem profillosen Spitzenkandidaten Mariano Rajoy liegt.

Das böse Erwachen kommt dann erst noch, wenn endlich die Regierung wechselt (am 22. Dezember) und diese dann die Löcher entdecken wird, die die Sozialisten hinterlassen haben (so wie in Kastilien-La Mancha, wo die PP im Juni über zwei Milliarden Euro unbezahlte Rechnungen und einen Pleitehaushalt wie in Griechenland vorgefunden hat).

Pedro Schwenzer, Madrid, Spanien

Zweierlei Maß

Zu: „Dämpfer für Inge Viett" (Nr. 48)

Politiker der Linkspartei rechtfertigen Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge; in Berlin werden im November 2011 bei einem linken Aufmarsch 87 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt; in Gorleben werden etwa 100 Beamte Opfer von Angriffen der Gutmenschen mit Nagelkeulen, schraubengespickten Golfbällen und Brandsätzen.

Und das ist nur ein flüchtiger Blick auf den allgegenwärtigen, täglichen Terror von links, denn Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in besonders schweren Fällen (Einsatz von Waffen und Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung), Strafgesetzbuch (StGB) Paragraf 113, fortgesetzter schwerer Landfriedensbruch, StGB Paragraf 125a, Bildung bewaffneter Gruppen, StGB Paragraf 127, Gefährliche Körperverletzung, StGB Paragraf 224, systematische Zerstörung von Bauwerken, StGB Paragraf 305, Gefährliche Eingriffe in den Bahn- und Straßenverkehr, StGB Paragraf 315a und 315b, und das alles bandenmäßig betrieben, wird man mit Fug und Recht als Terror bezeichnen dürfen.

Wo bleibt da der Aufschrei der Medien und die übliche Entrüstung der Volksvertreter? Es wird eben mit zweierlei Maß gemessen.

Hätten Anhänger einer rechten Partei in solchem Maß ihre Missachtung der Gesetze kundgetan, wäre die Partei bereits verboten. Darum sind auch Überlegungen zum Verbot jener Parteien längst überfällig, die sich dem Verdacht aussetzen, durch Billigung und/oder Unterstützung der oben genannten Straftaten unsere demokratische Rechtsordnung zu untergraben.

Adolf Frerk, Geldern

Nicht entschädigt

Zum Leserbrief: „Gedenktag und Entschädigung sind überfällig" (Nr. 48)

Der Schreiber dieses Leserbriefes hat vollkommen recht. Die Bundesregierung hat eine Obhutspflicht für alle Deutschen, somit auch für uns Vertriebene, die Haus und Hof, Hab und Gut verloren. Sie zahlten mit ihrem Eigentum ungewollt Reparationen für Deutschland. Somit haben wir ein Recht auf Entschädigung!

Meine Mutter, 1945 32 Jahre alt, hat fast zwei Jahre Zwangsarbeit für die Rote Armee in Ostpreußen geleistet, ohne Entschädigung. Auch für uns Kinder war das eine grausame Zeit.

Bezüglich des Lastenausgleichs für die, die im Osten Rest-Deutschlands eine neue Bleibe fanden, ist der Schreiber im Irrtum. Nach der Wende 1989 gab es 4000 D-Mark für jeden ehemaligen DDR-Bürger, der vertrieben worden war.

Doris Richter, Berlin



Brennendes Auto, hier in Hamburg: Bei Terror von links wird der Ball flachgehalten Bild: Marius Roeer/ddp

Kugel oder Schlag

Zu: „Bis zum Hals" (Nr. 48)

Den Artikel von Hans Heckel – den zum Schluss – lese ich immer als ersten, weil man ja sonst nichts zu lachen hat.

Das mit den Waschkörben kenne ich aus den Erzählungen meiner Mutter (Beamtin, Lehrerin, Jahrgang 1896). Alle zwei Tage gab es einen Korb voll, der dann gleich ausgegeben wurde. So hat meine Tochter ein Service ihrer Großmutter geerbt – es hat den Krieg überlebt –, das eine Million Mark gekostet hat. Sie hält es in Ehren. Rudolf Havenstein soll, als man ihn fragte, ob man die Notenpressen denn anwerfen könne, gesagt haben: „Meine Herren, uns gehören fünf Papierfabriken."

Als der Irrtum dann offensichtlich wurde, soll er sich eine Kugel durch den Kopf geschossen haben (oder war es tatsächlich der Schlag, der ihn traf?).

Ingrid Tillmann, Edertal

Nach der Wahl Linksruck

Zu: „Trauriges Beispiel bürgerlicher Feigheit" (Nr. 49)

Ich kenne zwei Strömungen von CDU-Leuten: zum einen die, die schon immer Mitglied waren und sich nach einem Austritt fragen würden, wofür sie die letzten Jahrzehnte „gekämpft" haben, beziehungsweise Ansehensverlust fürchten. Und zum anderen die, welche die CDU noch immer für das „kleinere Übel" halten.

Nur durch den Verbleib aller Kritiker und Zweifler, durch ihre Mitgliedsbeiträge und investierte Kraft, konnte diese CDU zu dem werden, was sie ist. Es scheint so, als hätte die CDU-Führung den Realitätssinn verloren, oder Frau Merkel steuert diese einst konservative Partei gezielt in den Abgrund?

Denn eines steht fest: Sollte diese Regierung bis zur nächsten Bundestagswahl existieren, wird die CDU nach der Wahl nicht mehr regieren. Man wird den Zusammenbruch des Euro mit Merkels Namen verbinden und die SPD hat mit drei möglichen Koalitionspartnern (Linke, Grüne, Piraten) alle Optionen. Was das für Christen, Landsmannschaften, BdV, Studentenverbindungen und andere „nicht-linke" Menschen und Organisationen bedeutet, entscheide jeder Leser selbst ...

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

... und in kurzer Zeit gehen wir alle pleite

Zu: Euro-Krise

Vorab: Ich freue mich immer auf die Beiträge der *PAZ*, besonders auf die von Hans Heckel und Jan Heitmann.

Ja, wir brauchen eine neue konservative Partei. Problem: Die Bundeskanzlerin hat wie ihr Lehrmeister Kohl fast alle fähigen CDU-Politiker „herausgemerkelt". Es gilt aber noch, Patrioten zu aktivieren und zu gewinnen, zum Beispiel Friedrich Merz, Wolfgang Bosbach, Thilo Sarrazin und die mächtige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach.

Ein paar Kämpfer von der CSU könnte man gewinnen.

Die FDP sollte, bevor sie untergeht, in die neue Partei integriert werden.

Nochmals Merkel: Kann es sein, dass sie aufgrund ihrer Vergangenheit das sozialistische Modell in ganz Deutschland und in Europa installieren will?

Und dann gibt es noch eine Vision, die bisher in den Medien an keiner Stelle diskutiert wurde. Wir haben ja auch in Deutschland die unglaubliche Verschuldung von zwei Billionen Euro (ohne Einberechnung der Pensionsansprüche der Beamten), was einer Verschuldung von 25.000 Euro pro Kopf entspricht. Unsere Kinder und Enkel werden das nie zurückzahlen können. Und nun klopft sich Finanzminister Schäuble auf die Schulter, dass er bei guter Konjunktur ein paar Millionen Euro Mehrschulden für den nächsten Haushalt „eingespart" hat.

Fazit: Der schlaue Fuchs Schäuble hat sicher eine andere Vision. Wir zahlen für die südeuropäischen Verschwender und in kurzer Zeit gehen wir alle pleite. Und dann werden alle Europäer zustimmen: einzige Rettung ist eine Währungsreform („Reform" klingt immer gut) und dann haben wir und alle anderen Euro-Länder fast keine Schulden mehr nach deutschem Vorbild der Vergangenheit.

Dr. Helmut Klimmek, Krefeld

Es erstaunt

Zu: „Pionier der Pressefreiheit" (Nr. 48)

Zu ergänzen wäre allenfalls noch, dass im 19. Jahrhundert die preußische Zensur lediglich dazu diente, dass der König nicht alles zu lesen bekam (Fischer-Fabian).

Auch bedenke man, dass Friedrichs Toleranz bis ins Kaiserreich wirkte. Wenn man sich die alten „Simplicissimus"-Hefte mit ihrer bissigen Kritik an Kaiser, Kanzler, Regierung und Gesellschaft so anschaut, dann erstaunt es, dass Wilhelm II. den Karikaturisten Bruno Paul zum Leiter der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums Berlin berufen hat.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf

Schikanen gegen die Opposition – Demokratie in der Defensive

Zu: „Trauriges Beispiel bürgerlicher Feigheit" (Nr. 49)

Im Deutschen Bundestag saßen oder sitzen Volksvertreter, die schworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und die gewissermaßen im gleichen Atemzug erklärten: „Das Deutschtum gehört in die Mottenkiste" (Gerhard Schröder, SPD), „Deutschland muss von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden" (Joschka Fischer, Grüne), „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr und das finde ich einfach großartig" (Jürgen Trittin, Grüne), „Wir brauchen mehr Moscheen in diesem Land, aber nicht in Hinterhöfen, sondern deutlich sichtbar" (Jürgen Rüttgers, CDU), „Moscheen werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein" (Angela Merkel, CDU).

Sämtliche Volksvertreter, von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben diese deutschfeindliche Einstellung und verfolgen dieselben Ziele. Sie fördern die Bildung einer multiethnischen Gesellschaft und übertragen Souveränitätsrechte an die EU. Im Parlament gibt es keinen Widerspruch zur deutschfeindlichen, antinationalen Politik. Eine nationale Opposition, die grundgesetzgemäß deutsche Interessen vertreten könnte, ist nicht vorhanden.

Die Ursachen für diesen Missstand sind vielfältig. Nationalgesinnte Parteien werden ausnahmslos von Medien und politischen Gegnern diskreditiert. Ihnen wird immer wieder vorsätzlich die Wahrnehmung ihrer Grundrechte verwehrt. Insbesondere die Möglichkeit zur Wahrnehmung des Versammlungsrechts muss regelmäßig erst durch Gerichtsverfahren erstritten werden. Weitere Schikanen sind die Kündigung von Bankkonten, die Verweigerung von Räumen für Parteiveranstaltungen, die Sperrung von öffentlichen Geldern nach dem Parteiengesetz, um sie „finanziell auszutrocknen".

Nationale Parteien werden grundsätzlich alle als radikal, ausländerfeindlich oder neonazistisch verunglimpft. Es half den Republikanern (REP) nicht, dass ihr Gründer, Franz Schönhuber fast auf Knien beteuerte: "Ich bin nicht ausländerfeindlich, ich bin deutschfreundlich."

Alle Parteien mit nationaler Ausrichtung wurden und werden in gleicher Weise schikaniert und terrorisiert. Auch der liberalkonservative „Bund freier Bürger", vom ehemaligen FDP-Mitglied Manfred Brunner gegründet, dem namhafte Persönlichkeiten beitraten wie Karl Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty und die ehemaligen Diplomaten Erwin Wickert und Hans Schauer, wurde als rechtspopulistisch diffamiert und erfuhr die gleiche „Behandlung" wie andere nationale Parteien. Auch diese Partei musste Parteiversammlungen abbrechen, weil gewaltbereite Demonstranten Gastwirten drohten, ihre Gaststätte zu „entglasen", wenn die dort stattfindende Parteiveranstaltung nicht abgebrochen würde. Manfred Brunner musste erkennen, dass nationale Politik in Deutschland zurzeit nicht möglich ist und gab auf.

Ein anderer Grund für die Abwesenheit einer Opposition zur antinationalen Politik im Bundestag ist die Fünf-Prozent-Sperrklausel im Wahlgesetz. Versuche, diese Sperrklausel über das Bundesverfassungsgericht (BVG) zu beseitigen, scheiterten. Das BVG, das die Sperrklausel für Europawahlen für grundgesetzwidrig erklärte, hält sie für nationale Wahlen dagegen für grundgesetzkonform. Zweckmäßigkeitsüberlegungen führten zu dieser kuriosen Auslegung des Grundgesetzes, die auch als Rechtsbeugung betrachtet werden kann. Bundesregierungen sollen mit Hilfe der Sperrklausel zu stabilen Mehrheiten kommen. Viele kleine Parteien könnten diese verhindern. Mit einer stabilen Mehrheit kann eine Regierung alle ihre Gesetzesvorhaben verwirklichen. Muss das aber so sein?

Gesetzesvorhaben, für die es in einem Parlament, dem auch mehrere kleine Parteien angehören, keine Mehrheit gibt, sind eben demokratisch nicht zu realisieren oder sollten mit Hilfe eines Vermittlungsausschusses so modifiziert werden, dass sie eine Mehrheit finden, so wie es auch bei Gesetzesvorlagen gehandhabt wird, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

Um in Deutschland Demokratie zu verwirklichen, sollten die Sperrklausel im Wahlgesetz und der Fraktionszwang aufgehoben werden. Deutsche, deren gewählte Vertreter bisher von der Mitwirkung bei der Gesetzgebung ausgeschlossen werden, hätten dann keinen Grund mehr, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch zu machen.

Dieter Bliesener, Hamburg

Genugtuung

Zu: Über die *PAZ*

Als Abonnent und Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erfahre ich mit dieser außergewöhnlichen Zeitung sehr viel Freude und politische Genugtuung. Was ich an Ihrer Zeitung besonders schätze ist, dass sich ihre Macher und Redakteure nicht der „Political Correctness" unseres Staates unterworfen haben und stets bei den diversen, sehr informativen Artikeln „das Kind beim Namen nennen".

Hans-Willi Jachmann, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 17. Dezember 2011

MELDUNGEN

Friedhof geschändet

Tilsit – In Tilsit hat mit ersten Erschließungsarbeiten der Bau einer Wohnsiedlung für die Beschäftigten des Kernkraftwerks im Osten der Stadt begonnen. Ausgerechnet auf dem Gelände des früheren Brackschen Friedhofs soll eine Pumpstation für die Trinkwasserversorgung entstehen. Die Bagger haben eine große Menge menschlicher Gebeine und Totenköpfe zu Tage gefördert, die bei den Passanten tagelang blankes Entsetzen hervorriefen. Eine russische Bürgerinitiative mit dem Namen „Unsere Stadt" hat ihren Abscheu über den Vandalismus in einem Offenen Brief an Gouverneur Zukanow und an den Bürgermeister zum Ausdruck gebracht. In dem Schreiben heißt es, Achtung und Ehrfurcht sei geboten gegenüber jenen, die einst in dieser Stadt lebten und ihr ein einmaliges Antlitz verliehen haben. Der Umgang mit der Vergangenheit sei ein Prüfstein für die Moral der Gesellschaft, er sei die Voraussetzung für eine verheißungsvolle Zukunft der Stadt. Gefordert wird der Erhalt der Begräbnisstätte und die Errichtung eines Gedenksteins. Der offene Brief trägt die Unterschriften von 39 Bürgern. *H.Dz.*

Keine billigen Flüge mehr

Königsberg/Moskau – Die russische Luftfahrtaufsichtsbehörde hat der überschuldeten Fluggesellschaft „SkyExpress" die Betriebserlaubnis entzogen. Zu den Leidtragenden gehören nicht zuletzt die Russen im Königsberger Gebiet, die nun keine Möglichkeit mehr haben, billig nach Moskau zu fliegen. Nur 500 Rubel (weniger als zwölf Euro) hatte der russische Billigflieger für einen einfachen Flug zwischen Königsberg und Moskau verlangt. Im März 2007 hatte die Fluglinie die Verbindung aufgenommen. Seitdem hatte sie in über 3000 Flügen mehr als 578 000 Fluggäste befördert. Allein während der ersten drei Quartale dieses Jahres hatten sich über 74 000 Reisende für Sky Express entschieden. Kuban Airlines, das einen Teil der Flugzeuge und des Streckennetzes übernommen hat, hat kein Interesse an dieser Verbindung. *PAZ*

Kommunistischer Sieg in Königsberg

Russlands frühere rote Machthaber schnitten besser ab als die Regierungspartei »Einiges Russland«

Mit der Wahl zur Staatsduma wurde am 4. Dezember der große Wahlkampf 2011/2012 eröffnet. Dass sich das Königsberger Gebiet erheblich von Russland unterscheidet, wurde einmal mehr bei der Parlamentswahl deutlich.



Unberechenbar: Königsberger bei der Neuwahl der Staatsduma der Russischen Föderation am 2. Advent *Bild: Tschernyschew*

Der Wahlkampf selbst war diesmal zwar äußerst langweilig und für einen Außenstehenden kaum zu bemerken. In der Stadt hingen große Plakate vom Führer der Liberaldemokratischen Partei Wladimir Schirinowski, der mit dem Slogan „Wir für die Russen" warb sowie Poster der Regierungspartei „Einiges Russland" mit Fotos des russischen Vize-Premiers Alexander Schukow, des Gouverneurs Nikolaj Zukanow und des Vorsitzenden des Direktorenrats der Königsberger Fischindustrie Andrej Kolesnik. Alle anderen politischen Kräfte beschränkten sich darauf, Flugblätter zu verteilen und kostenlose Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften zu schalten, wie es ihnen gesetzlich zusteht.

Der Verlauf der Wahl rief allerdings Emotionen hervor. Das Königsberger Gebiet und im Besonderen die Stadt Königsberg, in der fast die Hälfte der Bevölkerung des Gebiets lebt, übertrafen dabei alle Erwartungen und Prognosen. Die allgemeine Tendenz in Russland, dass die Zustimmung zur Regierungspartei abnimmt und die Protesthaltung zunimmt, zeichnet sich auch im Königsberger Gebiet ab. Das Ausmaß dieser Erscheinung war jedoch selbst für die Oppositionsparteien überraschend. Niemand hatte damit gerechnet, dass die Menschen im Gebiet so enthusiastisch die Kommunisten unterstützen würden, die normalerweise hier weniger Anhänger haben als durchschnittlich in Russland.

Laut Umfragen hätte „Einiges Russland" 50 Prozent der Stimmen erhalten müssen. Doch in allen drei Königsberger Rajons erreichte die Partei nur den zweiten Platz hinter den Kommunisten. In keiner anderen Großstadt konnten die Kommunisten einen solchen Sieg über „Einiges Russland" erlangen. Dabei ist es nicht etwa so, dass die Königsberger brennende Anhänger der kommunistischen Ideologie wären, die meisten, die sie gewählt haben, teilen die Ansichten der Kommunisten nicht einmal. Der Protest gegen „Einiges Russland" wurde durch verschiedene Faktoren hervorgerufen. Wer in großen Fabriken oder staatlichen Einrichtungen arbeitet, wurde gezwungen, an der Wahl teilzunehmen und für eine – nämlich die eine – der Parteien auf der Liste zu stimmen. Andernfalls drohten Probleme auf der Arbeit oder sogar der Verlust des Arbeitsplatzes. Da aber die Abstimmung in Einzelkabinen stattfand, um den Schein einer geheimen Wahl zu wahren, setzten die Zwangsverpflichteten ihr Kreuzchen einfach nicht dorthin, wo sie es setzen sollten.

Ein anderer Aspekt ist die Praxis, eine „Lokomotive" einzusetzen, das heißt die Liste wird von Kandidaten angeführt, die im Prinzip gar nicht Abgeordnete werden wollen. Die Wähler stimmen also für Leute, die sie kennen, aber ins Parlament gelangen solche, die sie kein einziges Mal gesehen haben und die nur teilweise etwas mit Königsberg zu tun haben. Das enttäuscht die Wähler. Als empörend wird auch empfunden, dass reiche Unternehmer, auch wenn sie im Ausland tätig sind, Abgeordnetenposten kaufen. Ein weiterer Grund für die Absage an „Einiges Russland" ist die Rochade von Wladimir Putin und Dmitrij Medwedjew. Ihre Ankündigung, die Ämter zu tauschen, erweckt bei den Menschen den Eindruck, dass ohnehin schon alles entschieden sei und ihre Meinung unwichtig.

Das Land wählte Putin-freundlicher

In Königsberg erhielten die Kommunisten 31,2 Prozent der Stimmen und „Einiges Russland" nur 25,38. Wie in den vergangenen Jahren, war auf dem Land die Zustimmung für die Regierungspartei am höchsten, in Heiligenbeil erhielt sie sogar 75 Prozent.

Bei dieser Wahl gab es viele ungewöhnliche Wahlpraktiken. Normalerweise gibt das örtliche Wahlkomitee schon im Lauf des Abends vorläufige Ergebnisse bekannt, doch diesmal erklärte der Komitee-Vorsitzende Michail Pljuchin, dass es die ersten Ergebnisse erst am nächsten Morgen geben würde. Das passierte, nachdem das elektronische Wahlsystem plötzlich ausgefallen war, sodass aus den Regionen keine Daten mehr übermittelt wurden.

Viele Journalisten fühlten sich von der Wahlkommission in ihrer Arbeit behindert. Zunächst hieß es, dass keine besondere Akkreditierung für Journalisten vonnöten sei. Doch plötzlich verlangten die Sekretäre des Komitees doch eine Akkreditierung. Die Mitarbeiter des Wahlkomitees reagierten zum Teil panisch auf Kameras. Sie fuchtelten nervös mit den Händen und verlangten, nicht fotografiert zu werden, so, als hätten sie etwas zu verbergen. Damit die Journalisten dennoch am Wahlgeschehen teilnehmen konnten, mussten sie eine langwierige Prozedur über sich ergehen lassen. Der Presseausweis allein reichte nicht mehr aus, nun sollte eine Bescheinigung der Redaktionsleitung vorgelegt werden und der Journalist musste ein Formular ausfüllen, in dem er sich verpflichtete, keine Fotos aus der Nähe und keine Dokumente aufzunehmen.

Gouverneur Nikolaj Zukanow gab zu, dass er mit einem Sieg seiner Partei gerechnet hatte und sagte, dass nun die Arbeit der Regionalpartei analysiert werden müsse. Wie alle Gouverneure, in deren Gebiet „Einiges Russland" die Mehrheit verloren hat, wurde Zukanow zu Gesprächen in den Kreml zitiert. Unmittelbar nach der Wahl hatte Präsident Dmitrij Medwedjew personelle Konsequenzen bei den Gouverneuren angekündigt, doch vor der Präsidentenwahl werden wohl keine Köpfe rollen. *Jurij Tschernyschew*

Armin Müller-Stahl zum Ehrenbürger Tilsits ernannt

Erstmals wurde ein Deutscher auf diese Art durch die russische Verwaltung des Königsberger Gebietes ausgezeichnet

Armin Müller-Stahl ist zum Ehrenbürger seiner Heimastadt Tilsit ernannt worden. Die Auszeichnung erfolgte im Rahmen eines Festaktes in der Musikschule der kreisfreien Stadt an der Memel. Tilsits Bürgermeister Nikolaj Wischtschew würdigte Müller-Stahl als einen berühmten Künstler, Weltbürger und Kulturbotschafter. Es erfülle die Einwohner mit Stolz, dass er aus ihrer Stadt komme.

In seiner Dankesrede sagte der so Geehrte, der seit 1938 noch nie wieder nach Ostpreußen zurückgekehrt war, er habe Tilsit immer im Innersten bei sich getragen. Bewusst sei ihm das allerdings erst geworden, als er von der geplanten Ehrung erfahren habe. „Man blickt auf sein Leben von hinten aus zurück, doch man lebt es von seinem Anfang aus." Er wünsche „Sowjetsk jenen ewigen Frieden, der Tilsit nicht vergönnt war".



Bei dem Festakt: Armin Müller-Stahl (Mitte) *Bild: Rosenblum*

Müller-Stahl ist der erste Deutsche, den die russische Verwaltung des Königsberger Gebietes mit einer Ehrenbürgerschaft ehrt. Und die freundlichen Worte des Bürgermeisters beim Festakt sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ernennung alles andere als ein Selbstgänger war. Anschelika Schpiljowa, die Chefin des Stadtmuseums und Initiatorin der Ehrung, hat darum hart kämpfen müssen. Probleme bereitete dabei weniger der jetzige erst 42 Jahre alte Bürgermeister als die Kommunisten. Sie ließen sich schließlich durch eine Kompensationsleistung, eine Paketlösung für die deutschfreundliche Geste gewinnen. Zum Ausgleich für ihre Einwilligung wurde den Kommunisten ihre Demonstration zum Jubiläum der Oktoberrevolution genehmigt und beim Neuanstrich des Lenindenkmals im Stadtzentrum geholfen. *PAZ*

Der Geehrte

Armin Mueller-Stahl kam am 17. Dezember 1930 in Tilsit zur Welt. 1938 übersiedelte seine Familie nach Prenzlau. In der DDR machte er als Schauspieler Karriere. Er unterzeichnete den offenen Brief gegen Wolf Biermanns Ausbürgerung und reiste 1980 in den Westen aus. Dort begann Müller-Stahls internationale Karriere. *M.R.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wer als Kind wie ich noch zu Friedenszeiten in Königsberg aufwuchs, hatte das Glück, in einer Großstadt zu leben, die damals als eine der grünsten und schönsten Städte Deutschlands galt, dank der Schleifung des starren Festungsgürtels, der die wachsende Stadt wie ein zu eng geschnürtes Korsett eingeengt hatte. In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte sie neue Lungen bekommen: Die Anlagen des Mitte des 19. Jahrhunderts errichteten Festungsringes wurden zu einem Erholungsgebiet rund um die Innenstadt mit Spazierwegen und Rasenflächen, Baumgruppen und Wassergräben umgestaltet. Die aus ihrer Enge befreiten Stadttore wurden zu markanten Wegmalen und sind heute noch Fixpunkte auf der Suche nach vertrauten Stätten, die durch Bomben, Granaten und mutwillige Zerstörung vernichtet wurden. Besonders markant sind die im Tudorstil mit Backstein und gelbem Sandstein erbauten Tore, von denen vielleicht das Königstor das bekannteste ist, da es im Rahmen der 750-Jahr-Feier Königsbergs restauriert wurde und sich auch heute noch für Besichtigungswillige öffnet. Einer Gruppe von besonders interessierten Besuchern aber wurden die Tore weit aufgetan, als sie im April 2010 die ehemaligen Festungsanlagen der Stadt besichtigte: Es waren Teilnehmer an der Fortifikatorischen Studientour, die im Rahmen der „Baltischen Kultur- und Tourismusroute“, einem EU-Projekt für diesen Ostsee-Raum, in die Stadt am Pregel führte. Nun legt der Initiator der Studienreise, Dr. Ing. **Hans Rudolf Neumann**, einen umfassenden Exkursionsbericht vor, als neue Publikation der Schriftenreihe „Beiträge zur internationalen Festungsforschung“, für die er bereits mehrere Bände verfasst hat. Mit 22 Teilnehmern aus den Niederlanden, Deutschland und der Schweiz international besetzt, wurde diese von russischer Seite durch die staatliche Denkmalpflege und die Immanuel-Kant-Universität unterstützte einwöchige Reise ein voller Erfolg. Herr Dr. Neumann hat uns ein Exemplar seiner Publikation „Königsberg-Kaliningrad, Fortifikatorischer Exkursionsbericht einer Studienreise“ übersandt, die wir im Rahmen unserer Kolumne leider nicht ausgiebig behandeln können – das wird an anderer Stelle der *PAZ* mit fachlicher Kompetenz geschehen –, aber wir wollen und müssen auf diesen Sachbericht eingehen, weil er mit Sicherheit einige Leserinnen und Leser interessieren wird. Nicht nur, weil diese auf einem Königsbergbesuch die noch bestehenden und teilweise auch genutzten Bauten der Festungsanlagen besucht haben oder als Orientierungshilfe für die Reise in die Vergangenheit benutzen, sondern auch weil der Bericht zu jenen Plätzen führt, an denen manch einer unserer älteren Leser das bittere Ende des Krieges miterlebte, ob als Zivilist oder als Verteidiger der Festung Königsberg in einem der Forts und Bunker.



In Königsbergs Festungsgürtel: Spuren der Erbauer Bild: privat

Dieser Bericht stellt keine Baugeschichte der Festung dar – die wurde den Teilnehmern in Form einer Informations-DVD vorab übermittelt, sondern belegt fast minutiös die einzelnen Stationen der Tour, sodass sich der Leser an die Hand genommen fühlt und so im Nachhinein zum Teilnehmer wird. Allerdings hat das für diejenigen, die Königsberg nicht kennen, auch einige Schwierigkeiten, denn dem Buch liegt kein Kartenmaterial bei. Als einziger Lageplan ist eine Übersichtsskizze des östlichen Festungsgürtels vom Sackheimer Tor bis zum Dohna-Turm vorhanden. Allein die Lage der neun Forts, die besichtigt wurden, ist ohne Stadtplan schwer zu erklären. Den sollte man also zur Hand haben, wenn man in dem Buch auf Erkundungsreise geht, das schon aufgrund der Fülle von Informationen eine intensive Beschäftigung mit dem Thema verlangt. Diese wird erleichtert durch die ungewöhnlich reiche Bebilderung, mit der vor allem der aktuelle Zustand jener Anlagen, zu denen man als Tourist bisher keinen Zugang hatte, dokumentiert wird. Die Studienreise mit Besichtigung der alten Festungsanlagen stellt eben ein Novum dar, war es doch seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht möglich, als Besucher diese zu betreten oder gar zu fotografieren. So wirken viele der über 250 (!) Aufnahmen mit ihrem bröckelnden Mauerwerk, den toten Fensterhöhlen und den verfallenen Kasematten fast gespenstisch. Der Bericht liefert Kurzinfos zu den einzelnen Verteidigungsanlagen und orientiert darüber, wann und wie sie im Kampf um Königsberg fielen. Dies dürfte für ältere Leser zur Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte oder Familienchronik interessant sein. Auch für diejenigen, die zuletzt im Raum Pillau kämpften, denn im Rahmen der Reise fand eine eintägige Exkursion zu den dortigen Festungsanlagen statt. Über die Spurensuche in Pillau und auf der Frischen Nehrung berichtet **Jürgen Wedemeyer**, Berlin, in dem 170 Seiten starken Bericht, der im S. Roderer Verlag Regensburg erschienen ist.

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Auf die Frische Nehrung führt die Frage von **Ulrike Imhäuser** aus Wuppertal. Sie hofft, dass unsere Leser ihr helfen können, die Frage zu klären, die sie noch immer quält: „Wo liegt mein Vater begraben?“ Sie selber hat versucht, das Grab oder wenigstens den Friedhof zu finden, auf dem er begraben wurde, leider bisher vergeblich. Die Tochter hat ihren Vater nie gekannt, er selber hat sein Kind auch nicht mehr sehen können, denn als Ulrike im Oktober 1944 geboren wurde. befand sich ihr Vater als Soldat südlich von Königsberg im so genannten „Heiligenbeiler Kessel“. Am 26. März 1945 wurde er auf der Frischen Nehrung verwundet und verstarb auf dem Verbandsplatz Kaddighaken. Er wurde auf dem Gemeindefriedhof von Möwenhaken beerdigt – so steht es in der amtlichen Mitteilung, die ihre Mutter im Jahr 1947 bekam. Der Wunsch der Tochter, einmal am Grab ihres Vaters stehen zu können, schien sich 1996 zu erfüllen. Frau Imhäuser und ihrem Mann gelang es unter großen Schwierigkeiten und mit Hilfe von russischen Begleitern, auf die Frische Nehrung zu reisen und nach dem Friedhof zu suchen. Möwenhaken lag ja, durch das Tief getrennt, nur sechs Kilometer von Pillau entfernt auf der Haffseite der Frischen Nehrung. Allerdings konnten die Suchenden weder den Ort noch den Friedhof finden. „Es war absolut nichts vorhanden, weder Mauerreste noch Grabanlagen“, schreibt Frau Imhäuser. Im vergangenen Jahr war das Ehepaar in Pillau, um an den Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen des dortigen Soldatenfriedhofs teilzunehmen – auch im Gedenken an die gefallenen Soldaten auf der Frischen Nehrung. Anscheinend konnte ihnen aber auch dort niemand Auskunft geben, deshalb nun die Bitte von Ulrike Imhäuser an unsere Ostpreußische Familie: „Erinnert sich jemand an den Ort Möwenhaken und weiß, wo der Friedhof gelegen hat?“ Um einen Gemeindefriedhof kann es sich wohl nicht handeln, denn Möwenhaken bestand ja nur aus einem Forsthaus, das zum Kirchspiel Pillau gehörte. Gab es da überhaupt einen Friedhof oder handelt es sich um eine während der Kämpfe errichtete Begräbnisstätte für die Gefallenen? Diese Frage dürfte sich mit Sicherheit durch unsere Leser klären lassen, damit Frau Imhäuser das Kapitel „Suche nach meinem Vater“ abschließen kann. (Ulrike Imhäuser, Graf-Adolf-Straße 41 in 42119 Wuppertal, Telefon 0202/4783765, E-Mail: gu.imhaeuser@web.de)

Und da wir schon am Frischen Haff sind, kommt mir das Schreiben von Frau **Ute Eichler** aus Hamburg gerade recht. Sie entdeckte nämlich, dass Hafffischer aus Alt-Passarge vor dem Ersten Weltkrieg an die deutsche Nordseeküste abwanderten und sich in Dithmarschen ansiedelten. Das konnte sie einem Buch entnehmen, als sie – die für Archiv, Heimatmuseum und Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen verantwortlich ist – mal etwas „Nichtostpreußisches“ lesen wollte und sich dafür den neuen Roman von **Jörgen Bracker** „Hinter der Nebelwand“ auswählte. Aber es nützte nuscht, Ostpreußen holt sie eben immer ein! Denn in dem historischen Kriminalroman, der in den Fischerorten Schleswig-Holsteins spielt, stieß sie schon bald auf eine der Hauptgestalten, die „Nebelbraut“, die sich dann als Elsbeth Mandrukeit, Fischertochter aus Ostpreußen entpuppte, „die das Watt vor unserer Haustür besser kennt als all die, die sich vor den Kurgästen als Wattführer aufspielen“. Die Geschehnisse aus dem Jahr 1911 sind sorgfältig recherchiert, die Handlung fesselt durch die gezeichneten Charaktere wie die der Mandrukeit'schen. Deren Herkunft näher erklärt wird in dem für dieses Genre ungewöhnlichen Nachwort: „Für die Entwicklung der Fischerei, deren Entwicklung sich **Kurt Winter** in Büsum mit großer Sorgfalt angenommen hat, war der Zuzug ostpreußischer Fischer aus Alt-Passage von entscheidender Bedeutung. Ihnen gehörte um 1910 nahezu die Hälfte aller Büsumer Kutter.“ Frau Eichler interessiert natürlich nun die Frage, warum damals Fischer vom Frischen Haff an die Nordseeküste gingen und ob es nur Familien aus dem an der Mündung der Passarge in das Haff gelegenen Ort waren. Mich übrigens auch, deshalb wäre ich für Zuschriften dankbar.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Unsere Ostpreußische Familie erweist sich immer mehr als Fundgrube. Eine ganz besondere Entdeckung machte unser Landsmann **Heinz Csallner** aus Frankfurt am Main, als ihm zufällig das Buch „Aus altpreußischen Tagen“ in die Hände fiel. Geschrieben von **Adelheid von Veith**, die als Tochter eines preußischen Offiziers auch zeitweilig in Königsberg lebte und ihre Erinnerung an diese Jahre – etwa 1850 bis 1856 – in diesem Buch festhielt. Dadurch erhält man ein genaues Bild der Königsberger Gesellschaft, die mit besonderen Persönlichkeiten gut bestückt war. „Königsberg, überhaupt das alte Preußen, war ein Land der Originale“, schreibt die Autorin, und führt genüsslich ein paar Hochkarätige auf wie jenen Professor **Hartnaken**, der sich seinen Lebenstraum erfüllen wollte: Er pilgerte nach Rom – vielmehr wollte er es, denn als er schon vor den Toren der Stadt stand, sagte er zu sich selbst: „Der Mensch muss sich beherrschen können“ und kehrte nach Königsberg zurück, ohne einen Fuß in die ewige Stadt gesetzt zu haben. Die Geschichte ist als Anekdote in die Annalen der Stadt eingegangen, aber es gibt weitere, gänzlich unbekannte Histörchen. Auch tragische, die heute allerdings eher tragikomisch wirken, wie die von den beiden Generälen, die sich als Zwillingsbrüder so liebten, dass sie beide auf die von ihnen begehrte Gräfin verzichteten, um den jeweils anderen nicht zu kränken. Die Angebetete zog sich enttäuscht in ein Kloster zurück und starb bald an gebrochenem Herzen. Die Herren Generäle pflegten gemeinsam ihren Liebesschmerz und selbst im ebenfalls gemeinsam verlebten Ruhestand küssten sie allabendlich die Hände der Verstorbenen – aus Marmor gemeißelt! Und das im nüchternen Preußen! Ich freue mich darauf, die schönsten Geschichten aus der mir überlassenen Kopie dieses Buches herauszufiltern und sie für unsere Leserinnen und Leser aufzubereiten. Zuerst einmal ein sehr herzliches Dankeschön nach Frankfurt!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Neuer Drehorgelspieler

Königsberg hat wieder einen – und er zieht die Leute an

Königsberg hat neuerdings einen Drehorgelspieler. Wladimir Jartym, so sein Name, ist tagsüber in der Nähe des Hansaplatzes anzutreffen. Der vielseitige Musiker hat schon bei vielen kulturellen Ereignissen in der Stadt mitgewirkt, so auch bei der Eröffnung des Friedrichsburger Tors.

Eigentlich stammt der Künstler aus der ukrainischen Stadt Lemberg [Lwiw], doch als er einmal Urlaub im Königsberger Gebiet gemacht hat, gefiel es ihm so gut, dass er beschloss zu bleiben. Jartym ist Absolvent einer Musikhochschule und spielt neben Trompete auch Akkordeon. Und seit neuestem die Drehorgel. Er hat dieses ungewöhnliche Instrument nicht zufällig gewählt, denn er wollte sich von den übrigen Straßenmusikanten unterscheiden.

Da das Instrument in der Anschaffung recht teuer ist, half der Inhaber des Restaurants „Zöller Bier“, in dem der Musiker allabendlich die Gäste unterhält, finanziell aus. Den Passanten gefällt das Drehorgelspiel offensichtlich so gut, dass der Gastronomiebetrieb zusätzliche Gäste verbuchen konnte, die Investition des Inhabers sich bezahlt macht. Aber auch viele Vorübergehende bleiben stehen, um dem Drehorgelspieler fasziniert zuzuhören. *Jurij Tschernyschew*



Bild: Tschernyschew

Wladimir Jartym: Attraktion des Restaurants „Zöller Bier“

»Gedächtnis im Lied«

Festival der Chöre und Gesangsgruppen der Deutschen Minderheit

Zum Festival der Chöre und Gesangsgruppen der Deutschen Minderheit in Walzen trafen sich im dortigen Gemeindekulturzentrum Chöre und Ensembles der deutschen Volksgruppe zum gemeinsamen Singen. Insgesamt 26 Ensembles und vier Chöre präsentierten sich auf der Bühne. Den ersten Preis errangen der Chor Canthabiles aus Konty und die Gesangsgruppe Ariam aus Schelitz. Den Sonderpreis des Walzener Gemeindekulturhauses erhielt Weronika Haberecht.

Obwohl auch bei dieser 20. Austragung des Wettbewerbs der Gesang und die Musik im Vordergrund standen, hatten die Organisatoren dem runden Jubiläum durch eine Überraschung Rechnung getragen. „Jeder Teilnehmer sowie alle eingeladenen Gäste erhielten ein Publikation ‚Gedächtnis im Lied aufbewahrt‘, die durch die Gemeinde Walzen extra anlässlich der Jubiläumsausgabe herausgegeben wurde und an die Geschichte des Festivals erinnert“, erläuterte der Direktor des Walzener Gemeindekulturzentrums Grzegorz Cebula, der die Broschüre auch verfasst hat.

In Walzen gab es für jeden ein Überraschungspräsent

Anlässlich des Jubiläums hatten die Anwesenden die Gelegenheit, die 1999 in Forst in der Lausitz geborene Künstlerin Michelle Boenisch zu hören, die vergangenes Jahr in der „Krone der Volksmusik“ in Chemnitz ihren ersten Fernsehauftritt hatte. Durch das Programm führte wie in den vergangenen Jahren Leonard Malcharczyk. Im Korridor des Gemeindekulturzentrums waren Bilder der vorangegangenen Wettbewerbe ausgestellt.

Allen ist gemein, dass sie im Gemeindekulturzentrum in Walzen stattgefunden haben, das nicht nur Gastgeber war, sondern auch die Organisation übernommen hat. „In den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit dem Schlesischen Selbstverwaltungsverband in Leschnitz“, so Cebula, „zur Gewinnung von Zuschüssen für die Veranstaltung.“

Der diesjährigen Veranstaltung wohnten unter anderem der deutsche Konsul in Oppeln, Peter Eck, der Landrat von Groß Strehlitz und Vorstandsvorsitzende des Schlesischen Selbstverwaltungsverbandes in Leschnitz, Józef Swaczyna, sowie der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, Norbert Rasch, bei. *PAZ*

Wir gratulieren …

ZUM 103. GEBURTSTAG

Kuhr, Charlotte, geb. **Gulbis**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 23. Dezember

ZUM 102. GEBURTSTAG

Pustan, Charlotte, geb. **Rockel**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 25. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Greszik, Helene, aus Lötzen, am 23. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Koch, Erna, geb. **Oldach**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Otto, Heinrich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Hillgruber, Erika, geb. **Lorenz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Dezember
Iwanowski, Marie, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 25. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hartel, Helene, geb. **Kutz**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Helm, Luise, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Laskowitzki, Frieda, geb. **Wischnewski**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Dezember
Schink, Christel, geb. **Walendy**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 14, am 24. Dezember



ZUM 93. GEBURTSTAG

Brettschneider, Emil, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. Dezember
König, Martha, geb. **Modregger**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 25. Dezember
Mirbach, Christel, aus Lyck, am 25. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Eckhardt, Frieda Anna, geb. **Pawlowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 19. Dezember
Erwin, Wilhelm, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 24. Dezember

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Moneten, Kreis Treuburg, und Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember
Költsch, Waltraut, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. Dezember
Massar, Liesbeth, geb. **Poschmann**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstraße 5, am 19. Dezember
Prank, Eugen, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 24. Dezember
Wagner, Willi, aus Ebenrode, am 22. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boersch, Hildegard, geb. **Koßmann**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Dezember
Grisard, Alfred, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Horn, Christa, aus Elbing, am 20. Dezember
Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio**, aus Lyck, am 19. Dezember
Motikat, Arno, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Nobel, Hildegard, geb. **Karpowski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. Dezember
Schenk, Erna, geb. **Pikarski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Schimkus, Helmut, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 24. Dezember
Schölzel, Elfriede, geb. **Meyer**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 20. Dezember
Waldhauer, Martha, geb. **Hennig**, aus Sacherau, Kreis Samland, am 19. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bondzio, Luise, geb. **Bendix**, aus Lyck, am 22. Dezember
Hoffmann, Christel, geb. **Seesko**, aus Treuburg, am 19. Dezember
Karger, Erna, geb. **Herrmann**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember
Möhlmann, Frieda, geb. **Radau**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 23. Dezember
Naujok, Gertrud, geb. **Störmer**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 25. Dezember
Negele, Dora, geb. **Grunwald**, aus Dowiaten, Kreis Angerburg, am 20. Dezember
Noetzel, Bruno, aus Lauknen, Kreis Labiau, am 9. Dezember
Olschewski, Berta, geb. **Moskwa**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 23. Dezember
Paykowski, Friedrich, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember
Reichert, Christel, geb. **Wolf**, aus Wangnicken, Kreis Samland, am 24. Dezember
Rompf, Elfriede, geb. **Wark**, aus Warnien, Kreis Samland, am 22. Dezember
Schnell, Erika, geb. **Zakobielski**, aus Waldbeek, Kreis Neidenburg, am 21. Dezember
Schulz, Erna, geb. **Nagat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember
Stief, Ilse, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballin-Hoelger, Waltraud, geb. **Ballin**, aus Bremen, am 22. Dezember
Böhnke, Hubertus, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember
Budweg, Waldemar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Dezember
Charkiw, Christel **von**, geb. **Masuch**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Dezember
Chilla, Christoph, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 23. Dezember
Gortat, Herta, geb. **Mosdzinski**, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 23. Dezember
Grabka, Ruth, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Gutzeit, Hedwig, geb. **Makowka**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. Dezember
Hachmeister, Gertrud, geb. **Paleikat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember
Hafener, Hanna, geb. **Kosemund**, aus Pillau, Kreis Samland, am 22. Dezember
Holz, Erna, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 19. Dezember
Hornschu, Edith, aus Johannisburg, am 20. Dezember
Jockel, Georg, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Dezember
Johannesmann, Dorothea, geb. **Sander**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Kalinowski, Georg, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 25. Dezember
Kohlhaase, Irmgard, geb. **Jankowski**, aus Löbenau, Kreis Schlossberg, am 18. Dezember
Latza, Kurt, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 21. Dezember
Lehmann, Bruno, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Dezember
Lumma, Herta, geb. **Klein**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 21. Dezember
Malessa, Kurt, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember
Manzig, Berta, geb. **Broschk**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 24. Dezember
Pelzer, Christa, geb. **Jurgeit**, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 25. Dezember
Petschuleit, Christel, aus Alknikken, Kreis Samland, am 25. Dezember
Poetsch, Frieda, geb. **Knizia**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 24. Dezember
Schoen, Wolfgang, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Dezember
Simanek, Fritz, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 20. Dezember
Stellmacher, Christel, geb. **Klettke**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Surian, Christel, geb. **Stepke**, aus Heiligenbeil, Dietrich-Eckart-Straße 25, am 20. Dezember
Thoele, Liesbeth, geb. **Sentek**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 19. Dezember
Vollmer, Klara, geb. **Schwarz**, aus Königsberg-Rothenstein, am 24. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Finke, Christa-Maria, geb. **Olias**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Gennat, Arno, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 25. Dezember
Grams, Arthur, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, am 23. Dezember
Gritschke, Christa, geb. **Huwe**, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 23. Dezember

Hansbauer, Hildegard, geb. **Gerlach**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Höfner, Herta, geb. **Jeworrek**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 24. Dezember
Hopfe, Gisela, geb. **Sbresny**, aus Lötzen, am 25. Dezember
Hunger, Christa, geb. **Geneit**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 19. Dezember
Köhler, Erika, geb. **Merten**, aus Heiligenbeil, Dreßler-Straße 17, am 20. Dezember
Köhne, Charlotte, geb. **Krumat**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Klein, Christel, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Klewitz, Heinz, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember
Kujehl, Christa, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Löbel, Lieselotte, geb. **Broscheit**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember
Melinat, Knut, aus Königsberg (Pr.), Schiefer Berg, am 22. Dezember
Obentheuer, Käthe, geb. **Guse**, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Palleit, Bruno, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. Dezember
Rauch, Hildegard, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember
Rohloff, Christfried, aus Rewellen, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Rückheim, Irmgard, geb. **Grabowski**, aus Roggen Abbau, Kreis Neidenburg, am 22. Dezember
Rusch, Herta, geb. **Ebner**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. Dezember
Sadzio, Liesbeth, geb. **Menka**, aus Neidenburg, am 19. Dezember
Schiller, Christel, geb. **Orlowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 17. Dezember, 14.15 Uhr, Phoenix: Die Schönen des Ostens (1-3).
Sonnabend, 17. Dezember, 20.15 Uhr, BR: Doktor Schiwago.
Sonnabend, 17. Dezember, 21.15 Uhr, N24: Hiroshima. Der Tag danach.
Sonntag, 18. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 18. Dezember, 16.30 Uhr, Arte: Michail Gorbatschow – Offene Worte.
Sonntag, 18. Dezember, 17.15 Uhr, Arte: Yourope. Europamagazin. Überforderte Kinder – verlorene Kindheit?
Sonntag, 18. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Hungerwinter – Überleben nach dem Krieg.
Sonntag, 18. Dezember, 23.40 Uhr, MDR: Putin und der Westen.
Montag, 19. Dezember, 13.15 Uhr, 3sat: Wege aus der Finsternis – Europa im Mittelalter.
Montag, 19. Dezember, 14.15 Uhr, HR: Rominter Heide.
Montag, 19. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen – Preußens Friedrich und die Kaiserin.
Dienstag, 20. Dezember, 15.30 Uhr, SWR: Weihnachten im Böhmerwald.
Dienstag, 20. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Napoleon und die Deutschen.
Dienstag, 20. Dezember, 21 Uhr, RBB: Weihnachten im Memelland.
Dienstag, 20. Dezember, 22.10 Uhr, Arte: Mosfilm – Russlands legendäre Traumfabrik.
Mittwoch, 21. Dezember, 18.30 Uhr, Phoenix: Himmelsstürmerinnen. Deutsche Fliegerinnen.
Mittwoch, 21. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Nicolas Sarkozy. Ein Porträt.
Donnerstag, 22. Dezember, 15 Uhr, SWR: Weihnachten in Ostpreußen.
Donnerstag, 22. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Der steinerne Zeuge. „Der Stephansdom erzählt Geschichte“.
Freitag, 23. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen: Wilhelm und die Welt.
Freitag, 23. Dezember, 20.15 Uhr, NDR: Landpartie – Weihnachtszeit im Harz.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Sentkowski, Ernst, aus Lyck, am 23. Dezember
Sosiak, Brigitte, geb. **Hube**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. November
Tietz, Eva, geb. **Westphal**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Wedrich, Christa, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 23. Dezember
Wichmann, Paul, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 21. Dezember
Zielke, Alfred, aus Tenkitten, Kreis Samland, am 23. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Krüger, Siegfried, aus Ebenrode, am 13. Dezember
Sander, Gert, aus Ebenrode, am 6. Dezember
Wolker, Siegfried, aus Ebenrode, Kirchspiel Rodebach, am 20. Dezember



Bitschkowski, Günter, und Frau Ingrid, geb. **Janowski**, aus Hohenstein, am 16. Dezember
Claret Abadal, Francisco, und Frau Heidrun, geb. **Schemmerling**, aus Heiligenbeil, Feyerabend-Platz 3, am 22. Dezember
Herrmann, Hans, und Frau Ruth, geb. **Wellm**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 21. Dezember

Klaus Weigelt ausgezeichnet – Wie die PAZ erfuhr, erhielt Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg, am 24. Oktober das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für seine jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadtgemeinschaft und in weiteren heimatpolitischen und kulturellen Organisationen. *PAZ*

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Wimpina-Saal (neben dem Rathaus): **Weihnachtsfeier.** Es wird wieder musiziert, gesungen mit Gesangs-Solo-Einlagen und ein Laienspiel aufgeführt. Der Weihnachtsmann verteilt die Krabbelsack-Päckchen und an den Verkaufstischen wird viel Weihnachtliches angeboten. Der Bus holt die Besucher von auswärts ab. Informationen erteilt Rosemarie Winkler unter Telefon (06281) 8137.

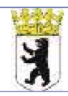


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

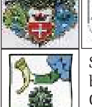
Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: **Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen.** Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen, der Chor Alexander Diehl begleitet die Veranstaltung. Pfarrer Gehlke spricht Worte zum Advent. Jeder Gast erhält eine weihnachtliche Leckerei. Die Gruppe freut sich über Gäste, auch aus anderen Landsmannschaften.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



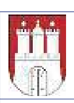
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Heimattreffen. Auskunft erteilt Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Landesgruppe – Ostdeutsche Kulturtage 2011: Die ostdeutschen Kulturtage in Berlin haben eine lange Tradition. Sie gehören als feste Bausteine zu den Höhepunkten des Vereinslebens der Landsmannschaften. Mit ihrem unverwechselbaren Programm sind sie ein Leuchtturm, der Signale für die verschiedenartigen Aktivitäten der Berliner Heimatkreise aussendet und vor allem ein Kompass für deren inhaltliche Ausrichtung. Als am 19. November der diesjährige Kulturtag im Schöneberger Rathaus, mit einem gemeinsamen Gottesdienst eröffnet wurde, stellten die anwesenden Mitglieder fest, dass die Veranstaltung noch nichts von ihrer Ausstrahlung und Anziehungskraft verloren hat. Helge Klassohn, Kirchenpräsident i. R. ging in seiner Predigt auf die schicksalbestimmende Flucht ein, die Millionen Menschen entwurzelte. Er betonte die Anstrengungen des Neuanfangs, der die Flüchtlinge zusammenrücken ließ. Rüdiger Jakesch, Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen (BLV), der sich engagiert um die Veranstaltung gekümmert hatte, betonte in seinen einleitenden Worten die Wichtigkeit dieser engen Zusammenarbeit aller Landsmannschaften. Wenn man nicht mehr von einem Wachstum der Mitgliederzahlen ausgehen kann, wird es in Zukunft darum gehen, durch eine vielseitige und zeitgemäße Programmgestaltung die Arbeit der Landsmannschaften für weitere Zielgruppen attraktiv zu machen. Die Leitlinie „Herkunft und Wurzeln – Auftrag an die Jugend“ gibt die Richtung vor. Der Beifall der Besucher zeigte, dass seine Arbeit für den BLV hohe Anerkennung findet. Dem Berliner Polizeichor, dessen Repertoire schon in den Jahren zuvor die Besucher des Kulturtages auf einen interessanten Tag einstimmte, gelang es dann auch, die Besucher im Willy-Brandt-Saal des Schöneberger Rathauses zum Mitsingen zu bringen, darunter auch die Zeitgenossen, die sonst nur noch die altbekannten Melodien aus der „Distanz der neuen Medien“ kannten. Wie auch bei den Treffen davor, bei dem die Vertriebenen ihre Verwandten, ihre Freunde und Partner aus allen Teilen Berlins eingeladen hatten, stand der Blick zurück im Vordergrund. Die Heimatkreise zeigten auf ihren Ständen Erinnerungsstücke der unterschiedlichsten Art: Postkarten, Bildbände, Landkarten, Urkunden, Fahnen, Bücher und Broschüren. Selbst Spielsachen und Handarbeiten erzählten Geschichten aus der verlorenen Heimat. Wie bei einem großen Adventskalender öffneten sich die Erinnerungsfenster: Fenster, die viele Aspekte des heimatlichen Lebens zeigten und zum Anstoß für den Austausch von Informationen und Erinnerungen wurden. Schnell bildeten sich dort kleine Gruppen, in denen Veteranen der Erlebnisgeneration über Heimat, Flucht und Gefahren sprachen. Aber auch Anekdoten, Begebnisse und Schnurren machten unter dem Titel „Weißt du noch“ ihre Runden. Einem Museum schienen die Trachtengruppen entsprungen zu sein. Die in liebevoller Handarbeit gefertigten Trachten, die bei den Volkstänzen ihre eigenwillige Schönheit entfalteten, brachten so manchen zum Staunen. Dr. Wolfgang Schulz, der wie immer die abschließende Leserunde organisiert hatte, stellte die Texte und die Sprecher der einzelnen Landsmannschaften vor. Die Besucher hatten einen nicht alltäglichen Hörgenuss, den sie mit einem wohlverdienten Beifall honorierten.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Freitag, 30. Dezember, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3, Station Rödingsmarkt): **Brauchtumsstunde der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.** Es wird über Bräuche und Traditionen vor und nach der Jahreswende vom Memelland bis zum Sudetenland berichtet.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

KREISGRUPPE

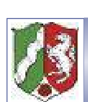


Insterburg – Ein großes Dankeschön an Landsmann Herbert Tennigkeit, der die Gruppe zu ihrer Adventsfeier im Hotel „Zum Zeppelin“ heimatlich eingestimmt hat. Ein Meister des Vortrags, der es wieder verstanden hat, mit seinen Vorträgen das ostpreußische Kulturgut in einem besinnlichen und einem fröhlichen Teil in die Stuben der Gruppe zu bringen. Die Insterburger Heimatkreisgruppe wünscht allen Mitgliedern, Gästen und Freunden eine besinnliche Weihnachtszeit und einen „guten Rutsch“ ins Jahr 2012. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Die Gruppe Göttingen e.V. bietet im Sommer 2012 eine Fahrt in das Ermland und nach Masuren an. Die Fahrt findet voraussichtlich vom 16. bis 24. Juni 2012 statt und beinhaltet zwei Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise sowie sechs Übernachtungen in Sensburg, jeweils mit Halbpension. Bedingung für das Stattfinden der Fahrt ist allerdings eine ausreichende Mindestteilnehmerzahl. Der Preis der Fahrt ist ebenfalls abhängig von der tatsächlichen Teilnehmerzahl. Bei mehr Anmeldungen kann der Preis demnach sinken. Bei 40 Personen beläuft sich der Preis für die Teilnahme an der Fahrt auf zirka 450 Euro.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 21. Dezember, 17.30 Uhr, Stadthalle: Stammtisch.

Detmold – Mittwoch, 21. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle, Kleiner Festsaal: **Adventsveranstaltung** der Kreisgruppe Lippe der LO. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen: Ansprache zum Advent von Gerhard Mörchel, Pfarrer i.R. und weihnachtliche Geschichten, ausgewählt und in Hoch- und Plattdeutsch vorgetragen von Bruno Romeiks und Christel Schrei. Musikalische Vorträge von Ehepaar Schüngmann. Alle Ostpreußen und auch Gäste sind herzlich willkommen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Schönwalde – Donnerstag, 5. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Hubertus Hilgendorff hat die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten – Am 8. Dezember hat Bundespräsident Christian Wulff auf Vorschlag des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen Hubertus Hilgendorff diese hohe Auszeichnung verliehen. Hilgendorff wurde wegen seiner Verdienste um die Kreisgemeinschaft Rastenburg, die er seit 1979 leitet und wegen seiner Bemühungen um den Brückenschlag zur Heimat geehrt. In der Begründung hieß es, Hilgendorff halte mit seinem Einsatz für die Erinnerung an die Heimat ein Mahnmal gegen die Vertreibung aufrecht. 2002 wurde er Ehrenbürger von Rastenburg [Ketrzyn]. In den 1980er Jahren wirkte Hilgendorff als Vorsitzender des Vereins „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.“ mit sowie an der Gründung der Ostpreußischen Kulturstiftung, der Trägerin des Ostpreußischen Landesmuseums und des Kulturzentrums Ellingen. *PAZ*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

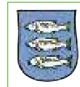
Der Allensteiner Heimatbrief mit der beachtlichen Nummer 252 ist wieder rechtzeitig vor Weihnachten zum Versand und in den Besitz von 2500 Allensteinern gekommen, ehemalige und jetzige Bürger, Nachkommen und Freunde. Sie freuen sich über weihnachtliche Geschichten ebenso wie über aktuelle Berichte und Erinnerungen an das alte Allenstein. Hierzu gehören ein Beitrag von Dr. Ernst Vogelsang über „Die Regierung", ein stattliches Gebäude, Berichte über die Dienstwohnung des Regierungspräsidenten im Schloss, das Alte Rathaus, den Allensteiner Ruderverein und ein paar Verse von Dr. Ernst Jahnke über das „Nachtleben in Allenstein", das sich natürlich bescheiden auf Kleinkunst in Hotelgaststätten beschränkte. Berichte über den Allensteiner Bildhauer Siegfried Erdmann, die auch am „Treudank" tätig gewesene Kammersängerin Elisabeth Rose, über den Allensteiner Besuch der Urenkelin von Erich Mendelsohn sowie Gedanken des Pastors i.R. Horst Kolberg über ein Bild von Paula Modersohn-Becker zeigen die Verbindung Allensteins mit dem weiten Feld der Kunst. Der Heimatbrief bringt aber auch Aufsätze und Gedichte bedeutender ostpreußischer Autoren wie von Ernst Wiechert „Als der Urahn das Jesuskind fuhr", Alfred Lau „Der Einkauf" und Arno Surminski „Der rosarote Kakadu". Es fehlen natürlich auch nicht aktuelle Berichte wie insbesondere über das Jahrestreffen im September mit großem Bilderteil und über das 20-jährige Bestehen der AGDM über Geburtstage, Todesfälle, Klassentreffen und Spender. In diesem Artikel darf aber zum Schluss nicht der Dank der vielen Leser fehlen für die gelungene Arbeit der Redakteure Gottfried Hufenbach, Christel Becker, Hanna Bleck und Bruno Mischke.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2012 – Eine zehntägige Busreise nach Königsberg mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Gromada-Rodlo. Weiterfahrt nach Braunsberg. Doet kommt die russische Reiseleiterin Nadja zur Abfertigung. Weiter zum Hotel Kaliningrad, da bleiben die Teilnehmer sieben Nächte. Am ersten Tag findet eine Tagesfahrt nach Pillau statt. Die nächsten Tage geht es nach Arnau-Waldau-Heiligenwalde, dann nach Tilstit-Insterburg-Gestüt Georgenburg. Der 31. Juli steht zur freien Verfügung. Am 1. August geht es nach Rauschen über Palmnicken, am 2. August zur Kurischen Nehrung. Am 3. August fährt die Gruppe dann zur Grenze Braunsberg in Richtung Stettin, dort ist eine Übernachtung im Hotel Panorama vorgesehen. Am 4. August fährt die Reisegruppe nach Deutschland zurück. Programmänderung vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

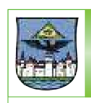
Busreise nach Lötzen aus Anlass des 400jährigen Stadtjubiläums! – Die Reise beginnt am 22. Mai 2012. Sie dauert bis zum 2. Juni 2012. Vom Ausgangspunkt Nortorf fährt der Bus über Hamburg und Hannover nach Stettin, dort eine Zwischenübernachtung. Durch Kaschubien und über Danzig (zwei Übernachtungen) geht es nach Lötzen (dort fünf Übernachtungen). Gelegenheit zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums „400 Jahre Stadt" am 25. und 26. Mai in Lötzen [Gizycko]. Die Rückreise führt über Kolberg (2 Übernachtungen) und Stettin (eine Übernachtung und Besuch des großen Polenmarktes) zurück nach Nortorf. Auskunft erteilt allen Interessierten: Paul Trinker, Kl. Mühlenstraße 3 in 24589 Nortorf Telefon/Fax (04392) 43 51 oder Horst Trinker, Op de Höh 4 in 24594 Tappendorf Telefon/Fax (04871) 49 04 02.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Der Weihnachtsbrief 2011 ist inzwischen fertiggestellt und zum Versand gebracht worden. Er ist wieder sehr umfangreich und enthält neben interessanten Themen auch einen Bericht über unser diesjähriges Heimattreffen am 11. September in Bochum. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber haben möchte, teile seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugesandt. Eine bedeutende Anzahl der Pfingstausgabe konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Bezieher geändert haben. Alle Landsleute werden deshalb dringend gebeten, Adressenänderungen und sonstige Personenstandsmeldungen dem Verwalter der Mitgliederdatei Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwändige Nachforschungen und Nachsendungen. – **Drei neue DVDs.** Nachdem die erste Auflage von 300 DVDs vergriffen ist, wurde eine Nachbestellung getätigt. Es gib eine DVD mit sämtlichen Heimatbriefen ab 1947 bis Pfingsten 2011, eine zweite mit den beiden bereits vor Jahren vergriffenen Kreisbüchern und eine dritte mit den ebenfalls längst nicht mehr erhältlichen zwei Bildbänden des Kreises. Zum Selbstkostenpreis von 15 Euro pro Stück oder 40 Euro für alle drei sind diese beim Kreisvertreter zu erhalten.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Würdigung für Hans Dzieran – Es gilt heute, einen Mann zu würdigen, der jedem aufmerksamen Leser des *Ostpreußenblattes* nicht unbekannt ist, wenn man sich auch seines Namens nicht unbedingt gewärtig sein muss. Die große Mehrheit aller Artikel nämlich, die wir in den vergangenen Jahren über Tilsit lesen konnten, stammen aus seiner Feder. Es handelte sich dabei gleichermaßen um Ereignisse und Begebenheiten aus deutscher Vergangenheit als auch um Betrachtungen über das Nachkriegs-Tilsit. Der Kreis Tilsit-Ragnit wurde bisweilen ebenfalls berücksichtigt, nachzuvollziehen in einem neueren Bericht über das im Bau befindliche AKW. Die Rede ist von Hans Dzieran, der über viele Jahre unserer Kreisgemeinschaft eng verbunden war. Durch eine Verkettung höchst unglücklicher Umstände ist eine längst fällige Würdigung seiner Tätigkeiten durch die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit bislang leider nicht erfolgt. Diese Zeilen sollen Versäumtes nachholen. Unermüdlich tätig ist Hans Dzieran für seine Heimatstadt Tilsit. Stellvertretend für seine diesbezügliche Aktivität mögen Berichte über folgende Themen stehen: die Verteidigung Tilsits im Endkampf um Ostpreußen; die Entdeckung von kostbaren Wandmalereien und Reliefs bei Renovierungsarbeiten in der Tilsiter Dragonerkaserne; der Verfall der Actienbrauerei; das Wiedererstehen der Manufaktur von Tilsiter Käse durch die schweizerische Tilsiter-Switzerland Gesellschaft; die Einweihung eines Sportzentrums in Tilsit; ganz aktuell: die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Armin Müller-Stahl am 7. Dezember 2011. Dies und noch viel mehr leistet Hans Dzieran für seine Tilsiter, wobei der Vorsitz bei der Schulgemeinschaft Realgymnasium / Oberschule zu Tilsit nicht unerwähnt bleiben darf. Aber auch wir Tilsit-Ragniter profitierten von seinem Engagement. Im Mai 1999 wurde Hans Dzieran in Erfurt als

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung linke Spalte unten

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von oben rechts

Vertreter der Schulgemeinden in den Kreistag unserer Kreisgemeinschaft gewählt. Von 2003 bis zu seinem Ausscheiden im Oktober dieses Jahres war er Mitglied des erweiterten Vorstands – des Kreisausschusses – als stellvertretender Leiter des Kreistages und Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Wir konnten uns glücklich schätzen, einen Mann mit solch reicher Erfahrung in unseren Reihen zu haben. Sein Dolmetscher- und Übersetzerdiplom für Russisch war bei Zusammenkünften mit russischen Offiziellen und Freunden für beide Seiten von großem Vorteil. Nachdem durch den Tod des 1. Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit diese Stelle vakant geworden war und sich niemand fand, die Aufgabe zu übernehmen, stellte Hans Dzieran sich zur Verfügung und wurde in das Amt gewählt. Dem Kreistag der Tilsit-Ragniter ging er damit leider verloren, aus der Welt aber ist er glücklicherweise nicht. Bald werden wir Gelegenheit haben, wieder zusammen zu sein, denn mit Fleiß und Umsicht bereiten er und seine Tilsiter Freunde das Regionaltreffen in Halle/Saale Ende April 2012 vor! Lieber Hans, wir danken dir für deine verantwortungsvolle Mitarbeit in unserer Kreisgemeinschaft. Du hast Dich – natürlich – um Tilsit, aber auch um Tilsit-Ragnit verdient gemacht.

Dieter Neukamm



Großmutters Bernsteinkette

Ein Erbstück aus Ostpreußen rettete die junge Angestellte

Verena schloss erschöpft die Wohnungstür hinter sich. In der Kanzlei ging es kurz vor Weihnachten zu wie in einem Irrenhaus, alle Welt schien Streit zu suchen. Ein langer Arbeitstag mit schwierigen Akten lag hinter ihr, aber sie war froh, nach der langen Krankheit und nachfolgender Arbeitslosigkeit seit kurzem endlich wieder eine feste Anstellung gefunden zu haben. Und finanziell ging es langsam auch bergauf, sie hoffte, schon bald alle Schulden zurückgezahlt zu haben. Außerdem war ihr Chef sehr nett. „Frau Milewski, Sie sind ein Organisationstalent, ich weiß gar nicht mehr, wie ich ohne Sie zurechtgekommen bin", hatte er sie heute gerade gelobt. Verena war ganz rot geworden, und dann blass als er fortfuhr „Und ich freue mich schon darauf, Sie nächste Woche auf der Weihnachtsfeier persönlich näher kennenzulernen."

> Verena wusste nicht, was sie zur Weihnachtsfeier anziehen sollte, da fiel ihr der Schmuck ihrer Oma wieder ein

Die Weihnachtsfeier – einige Kolleginnen redeten schon seit Wochen von nichts anderem, beim Kopierer oder in der Kaffeeküche führten sie endlose Modegespräche. Die Feier fand traditionell bei einem dankbaren Klienten in seinem Sternerestaurant statt. Vornehm ausgehen – für Verena ein Grund zur Panik. Ihre Garderobe war alt und sehr abgetragen, sie hatte sich im Ausverkauf zwei einfache Kostüme mit weißen Blusen gekauft, um in der Kanzlei passend gekleidet zu sein. Jetzt brauchte sie etwas Festliches, schließlich musste sie ja einen guten Eindruck machen.

Auf dem Weg nach Hause kam sie an einem Pfandhaus vorbei. Im Fenster war altmodischer Schmuck ausgestellt. Ihr fiel die alte Bernsteinkette ein, sie stammte noch aus dem Besitz ihrer Großmutter. Zu Hause suchte sie nach der Kette und fand sie in einem alten Kästchen, zusammen mit einem Foto der Großeltern Grete und Hans Milewski, die sie nie kennengelernt hatte. Grete war mit ihrer kleinen Tochter Erika an der Hand aus Preußisch Holland geflohen, sie hatten das Glück, in Gotenhafen auf ein Schiff gen Westen zu kommen und waren sicher in Kiel angekommen. Grete und Hans wurden nie richtig heimisch in Schleswig-Holstein und starben bereits in den 50er Jahren. Erika wollte kein Flüchtlingskind sein und nichts von alten Geschichten wissen. Sie hatte Verena allein groß gezogen und starb vor Jahren an Brustkrebs, der Krankheit, die sie auch Verena vererbt hatte. Aber Verena hatte überlebt.

Im Nachlass ihrer Mutter fand sie das Kästchen mit dem Foto und die Kette. Dann verschwand es tief in ihrem Schrank – bis jetzt. Ob die Kette im Pfandhaus genug bringen würde, um sich passend einzukleiden? Was sollte sie damit, sie lag schon so lange im Schrank. Und irgendwie sah der Bernstein auch altbakken aus, obwohl er zur Grete auf dem Foto passte. Sie trug das Haar locker aufgesteckt, die Kette war im schmalen Ausschnitt gerade noch sichtbar. Verenas Haare waren nachgewachsen, sie konnte sie auch wieder aufstecken. Stumpf sah die Kette aus, unterschiedliche Bernsteinperlen waren in einer Reihe aufgezogen, verziert von schmalen goldenen Ornamenten. Verena nahm ein weiches Tuch und fing an, die Kette aufzupolieren. Schließlich wollte sie doch möglichst viel dafür im Pfandhaus bekommen. Leicht lag die Kette in ihrer Hand und nachdem sie die einzelnen Steine vom Staub der Jahrzehnte befreit hatte, ging ein sanftes Leuchten von ihnen aus. Verena hielt sich die Kette an den Hals, es fühlte sich warm und vertraut an. Aber es waren doch nur „Steine", die seit Jahrzehnten unbeachtet in einer kleinen Schmuckkiste lagen. Morgen würde sie sie in Pfandhaus bringen.

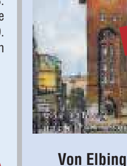
Der langersehnte Tag der Weihnachtsfeier war endlich gekommen, Verena hatte die lange Anreise mit dem Bus auf sich genommen und hoffte, dass sie ihren alten abgetragenen Mantel unauffällig an der Garderobe aufhängen konnte. Danach trat sie vor den Spiegel und zupfte ihre einfache weiße Bluse in Form, die sie für ihre Verhältnisse verwegen weit aufgeknöpft hatte. Ihre Haare waren aufgesteckt und sie trug die Bernsteinkette, die mit sanftem Schimmer zu glühen schien. „Schön, dass Sie da sind, Frau Milewksi, und was für eine wunderbare Kette Sie tragen", begrüßte sie ihr Chef und hob den Arm, sodass die Manschettenknöpfe aus dem Jackett ragten – auch aus Bernstein. „Die habe ich von meinem Großvater geerbt", sagte er. „Die Kette ist mein Talisman", Verena strahlte ihren Chef an, spürte den Bernstein auf der Haut und wusste, sie würde die Kette nie hergeben.

Britta Heitmann

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schüttelt, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14. Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot heraus, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite



€ 12,95




Von Elbing nach Tanneberg
Rundreise durch Ostpreußen, Laufzeit: 30 Min. s/w historische Aufnahmen
Best.-Nr.: 4473, € 19,00



Von Memel nach Trakehnen
Ostpreußen im Zauber seiner Landschaften.
Laufzeit: 30 Min. s/w historische Aufnahmen
Best.-Nr.: 4557, € 19,00

Königin-Luise-Geschenkartikel




Königin-Luise-Schlüsselanhänger mit Eichenlaub
Best.-Nr.: 6958, € 6,95

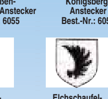
Königin-Luise-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6957, € 5,95

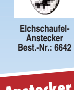
Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt. Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960

€ 8,95

Heimat-Anstecker

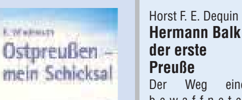






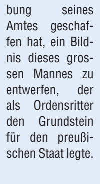

Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen-Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95

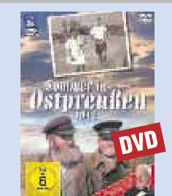


E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.
Kart., 217 Seiten, mit Abbildungen
Best.-Nr.: 2354



statt € 20,00 nur noch € 9,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emailliertem Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Husaren-Manschettenknöpfe



Silbernes Herrschermonogramm „F.W. R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017, € 24,95

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789



statt € 25,80 € 19,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

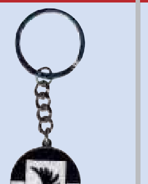
statt € 24,90 € 19,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



€ 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

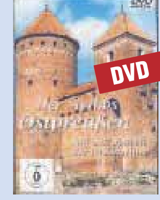
Königsberg-Schlüsselanhänger



Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95

Königsberg-Wappen Nadel

Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr"
Maße des Wappens: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95

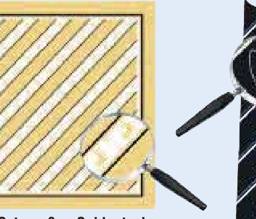


Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfgang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

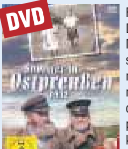
je € 29,95

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann u.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund u.v.a.
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Verteilkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und den gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981



€ 14,95

Ostpreußischer Humor
Ein Stück unvergessene Heimat: Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen, vorgetragen von: Tilsiter, Das Masowia-Trio, Die Königsberger Musikanten, Die Elbinger Spatzen, Solistin: Eva Brunschede, Sprecher: Heinz Wald
Titel: Fröhlicher Auftakt, Wir sind fünf Mädchen, Masurenklänge, Fuhrmannstanz, Hab gedienet, Et weer mol e scheener Friejer, Auf dem Jahrmarkt, Tilsiter Käse, Wehlauer Pferdemarkt, Trakehner Luft, En Wunsch, Die Bärenfang-Polka, Abend am Pregel, Laßt uns all nach Hause gehen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709, € 9,95





statt € 12,90 nur noch € 9,95

Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

Inge Mommert

Ostpreußische Erinnerungen
Lieder, Gedichte, Episoden aus Ostpreußen. Inge Mommert vermittelt in ihren Erinnerungen liebenswerte, zum Schmunzeln anregende Bilder des Lebens in den Orten ihrer Kindheit und Jugend.
Laufzeit: 59 min 08 sec
Best.-Nr.: 1181, € 14,95

Vom ostpreußischen Gemüt
Lieder und Gedichte in ostpreußischer Mundart. Inge Mommert liest eine Auswahl aus „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus" sowie aus „Das Hausbuch des ostpreußischen Humors".
Laufzeit: 59 min 36 sec
Best.-Nr.: 3675, € 14,95

Gutsalltag im östlichen Ostpreußen

Landesmuseum zeigt Ausstellung über die Güter Samonienen und Tollmingkehmen

Bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum „Samonienen und Tollmingkehmen – Gutsalltag im östlichen Ostpreußen“ bekamen fast 100 Teilnehmer Erstaunliches zu hören und mit exklusiven Exponaten Hervorragendes zu sehen.

Museumsdirektor Joachim Mähnert dankte dem Sponsor Dr. Erika Dorff, dem Vorsitzenden des Freundes-Vereins des Ostpreußischen Landesmuseums, allen Helfern und Unterstützern der Ausstellung, besonders dem Kurator, Christoph Hinkelmann, für Konzeption und Gestaltung, sowie Dr. Wolfgang Rothe und seiner Familie für zahlreiche und vielseitige Exponate aus Familienbesitz und das umfangreiche Engagement bei der Beschaffung aus vielen weiteren Quellen sowie bei der Darstellung und Kennzeichnung. Es sei eine exemplarische Ausstellung über die beiden Güter und über das Gestüt hinaus sei die Landwirtschaft auf allen Gütern Ostpreußens thematisiert worden.

Dr. Rothe legte in seiner Einführung Wert auf die Verbundenheit von Besitzern und Belegschaften trotz der großen sozialen Unterschiede. Er verdeutlichte die gegenseitige Abhängigkeit am Beispiel der Erntekrone, die am Ende der Ernte zum Gutshaus gebracht wurde, und des „Bindens“ beim ersten Schnitt des Roggens: Jedes Mitglied der Besitzer-Familie bekam ein kleines Ährenkränzchen über die Hand gestreift – eine symbolische Bindung der Besitzer an die Verpflichtung, für die Belegschaft zu sorgen, und an die Pflicht, den Ackerboden nicht nur als Eigentum, sondern quasi als Leihgabe zu behandeln und an künftige Generationen von Besitzern und Arbeitern weiterzugeben. Die Ausstellung sollte die ländliche Lebenswelt veranschaulichen, die es nicht mehr gibt, auch hier im Westen nicht – und die auch ohne Krieg und Vertreibung die notwendige Mechanisierung nicht mehr zu halten gewesen sei. Er vermittelte zugleich Einblicke in das Leben auf dem Gut, teils fachlich, sachlich über den Tages- und Jahresablauf auf einem Besitz von 750 Hektar, teils durch eigenes Erleben emotional geprägt – eine überholte ländliche Lebenswelt.


Ländliche Lebenswelt: Hofanlage Samonienen Bild: OL

Zahlreiche Exponate stammen aus Familienbesitz

„Wir sind die letzten Zeitzeugen. Unsere Zeit ist dabei zu vergehen“, so beschloss Dr. Rothe seine Einführung – wie wahr. Er bedankte sich bei Mähnert und Hinkelmann durch Übergabe seines rechtzeitig zur Ausstellung erschienenen Buchs über die „Bäuerliche Trakehner-Zucht in und um Tollmingkehmen“.

Der Kurator Hinkelmann führte ein in die Landwirtschaft Ostpreußens im Ganzen und die Landwirtschaft des Gutes und Gestütes Samonienen und Tollmingkehmen im Besonderen, beginnend nach den Agrar-Reformen mit dem Kauf der königlichen Domäne 1821 durch die Familie Kaeswurm, später der Familie Rothe. Eine angebliche „Allmacht“ des Besitzers über Land und Leute seines „Herrschaftsbereichs“ mag überbetont erscheinen. Besonders würdigte er den Ausbau des Trakehner-Gestüts durch Karl Rothe als stabilisierenden Wirtschaftszweig nach der Rezession nach 1929 – bis zum Höhepunkt von drei Olympia-Siegen Samoniener Pferde 1936 in Berlin, und vorher Amsterdam, später nie wieder erreicht von einem Gestüt.

Die Ausstellung selbst ist bestückt mit vielen Exponaten und Modellen, die Gutshaus, Stallungen, Tiere, Landschaft und Wald bis 1944 verdeutlichen. Beachtung verdienen wertvolle Pokale und Silberschalen, eine originale Ernte-Krone (von Frau König) sowie Exponate der 1932 aus den Radstädter Tauern im Salzburger Land eingewanderten Vorfahren der Rothes, der Familie Kaeswurm, bisher nie gezeigte Raritäten. An einer Film-Konsole kann der Besucher eine Auswahl von privaten Filmen von 1935-42 genießen, bebilderte Berichte hören, und den WDR-Film über Tollmingkehmen „Als die Deutschen weg waren“ erleben – ein eindrucksvolles Medien-Angebot.

Dörfliches Leben in allen Facetten und Schönheit gezeigt

Samonienen und Tollmingkehmen, die empfehlenswerte, aufschlussreiche Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, verdient Beachtung, weil sie vor allem für den Nachgeborenen die Schönheit Ostpreußens und das dörfliche Leben in allen Facetten zeigt. Es wäre wünschenswert, wenn es gelänge, Ostpreußen den jungen und jüngeren Menschen nahezubringen, damit die heimatliche Lebenswelt nicht in Vergessenheit gerät.

Die erlebnisreiche Veranstaltung wurde eingerahmt mit Jagdsignalen auf einem Sauerländer Halbmond aus dem Nachlass des OFM Frevert-Nassawen: unter anderem „Fürstengruß“ und „Jagd vorbei – Halali“ (Herr Druckenbrodt).

Die Ausstellung ist noch bis zum 11. März 2012 in Lüneburg zu sehen. *Helmut Wiemer*

Ein Engel im Café

Weihnachten für den einsamen Wilhelm

Opa, bist du der Weihnachtsmann?“ Wilhelm schreckte aus seinen Gedanken auf. Er blickte müde im Café herum. Niemand da, außer der Mutter, die unentwegt in ihr Handy quatschte und dem kleinen Mädchen, das vor seinem Tisch stand. Dann schaute er in die Kaffeetasse: Leer, auch das noch. „Bist du der Weihnachtsmann, Opa?“

Kann man denn nie seine Ruhe haben, dachte Wilhelm, erst das blöde Weihnachtsgedudel aus dem Radio und jetzt noch dieses kleine Mädchen. „Warum soll ich der Weihnachtsmann sein?“ „Weil du einen weißen Bart hast. Und eine Mütze. Die hat aber die falsche Farbe.“ „Papperlapapp! Es gibt keinen Weihnachtsmann.“ „Doooch! Ich hab welche gesehen. Gaaanz viele.“ „Ich nicht.“ Das Mädchen kletterte auf den Stuhl und legte seine Hände auf die Tischplatte. „Du kannst keinen Weihnachtsmann sehen, Opa. Nur Kinder sehen Weihnachtsmänner.“

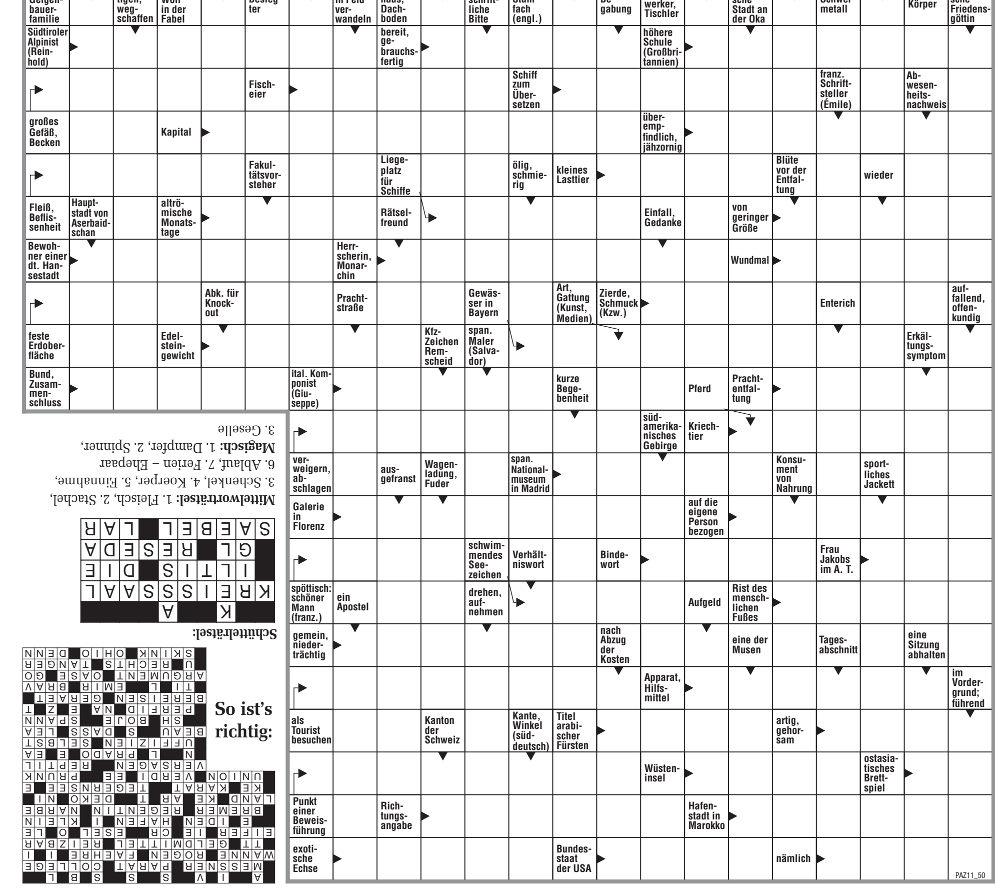
Plötzlich blinkte und funkelte es

Wilhelm blickte hilfesuchend zu der Mutter hinüber. Die nahm das Handy vom Ohr. „Virginia, lass den Mann in Ruhe“, rief sie in einem gelangweilten Tonfall, um sich gleich wieder ihrem Mobiltelefon zuzuwenden. Das Mädchen rückte näher heran. Es blickte verschwörerisch. „Schimpft deine Mami auch immer, wenn du mit fremden Männern sprichst?“ „Ich hab keine Mutter mehr. Und auch keinen Vater.“ Darüber musste das Mädchen erst einmal nachdenken. Es nagte an der Unterlippe und schaute auf Wilhelms Hände mit den Altersflecken. „Dann bekommst du gar keine Geschenke?“ „Ich dachte, die Geschenke kommen vom Weihnachtsmann?“ Das Mädchen setzte sich jetzt sehr gerade hin. Es spitzte die Lippen und blickte Wilhelm strafend an. „Du bist ganz schön dumm, Opa! Der Weihnachtsmann ist doch nur der Kurierfahrer, so wie Papa. Die Geschenke werden im Himmel gebastelt. Von den Engeln.“ „Es gibt keine Engel.“ „Doooch! Papa sagt immer, dass ich ein blonder Engel bin.“ „Ja, ja“, brummte Wilhelm in sich hinein, „heute blonder Engel, aber in zwanzig Jahren muss sie sich Blondinenwitze anhören.“

Wieder nagte das Mädchen an seiner Unterlippe. Es rückte noch näher an Wilhelm heran. „Vielleicht haben deine Kinder was für dich bestellt“, flüsterte es. „Hab keine Kinder.“ „Dann deine Freunde?“ „Hab ich auch nicht. Und lass mich jetzt in Ruhe.“ Wilhelm fuhr mit dem Ärmel unter der Nase entlang, wo sich schon wieder dieser Tropfen gebildet hatte, wie immer im Winter.

„Das macht man nicht“, sagte das Mädchen streng. „Man muss immer das Taschentuch nehmen. Immer!“ „Virginia, komm jetzt herüber, bitte! Und lass den Mann in Ruhe.“ Das Mädchen kletterte vom Stuhl. Es rannte zum Kindertisch in die Spielecke, griff nach den Buntstiften, prüfte gewissenhaft deren Spitze und begann zu malen. Wilhelm wollte gerade wieder mit dem Ärmel unter der Nase entlangfahren, doch dann überlegte er es sich und suchte nach dem Taschentuch. Mit einem Mal stand das Mädchen wieder neben ihm, er hatte es nicht kommen sehen. Es schob vorsichtig ein Blatt Papier zu ihm hin. „Für dich“, sagte es leise, „damit du auch ein Geschenk hast.“

Die Mutter hatte das Telefongespräch beendet. Sie hielt dem Mädchen den Mantel hin. Am Ausgang drehte sich der blonde Engel noch einmal um und winkte Wilhelm zu. Der schaute lange, sehr lange auf den Weihnachtsbaum, den das Mädchen gemalt hatte. Und dort, wo die Tropfen auf das Blatt fielen, blinkte und funkelte es plötzlich in einem überirdischen Glanz. *Jürgen Rath*



Schüttelrätsel

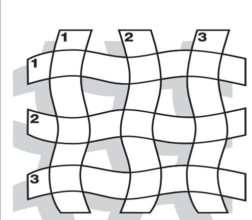
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAEIK LRSSS	AGIR		EEKLL	EIRS		AELSS	ADEL	AADI	AELR
IILST						DEI			
ABEE LS			ADEE RS						
						ALR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für miteinander Vermählte.

1	RIND		WOLF
2	GIFT		SCHWEIN
3	OBER		DRUCK
4	FREMD		SPRACHE
5	STEUER		QUELLE
6	FRIST		RINNE
7	SOMMER		GAST



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Schiffstyp
2 Textilfacharbeiter
3 ausgelernter Handwerker

Goldenes Ehrenzeichen

LO ehrt Irmgard Schareina für ihr umfangreiches Engagement

Irmgard Schareina wurde am 16. Februar 1925 in Popelten im Kreis Labiau geboren.

Nach dem Verlust der Heimat wohnte sie in Bassum im damaligen Kreis Hoya, heute Landkreis Diepholz. Bereits hier arbeitete Irmgard Schareina in den landsmannschaftlichen Gruppen aktiv mit. Unmittelbar nach ihrem Umzug nach Uelzen trat sie am 1. April 1969 der dortigen Gruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen bei. Auch hier stellte sie sich sofort für die aktive Arbeit für Ostpreußen zur Verfügung. So hat Irmgard Schareina zum Beispiel bei verschiedenen landsmannschaftlichen Trachtengruppen mitgearbeitet, die in Niedersachsen und Schleswig-Holstein aufgetreten sind. Zusammen mit anderen ostdeutschen Frauen fertigte sie nach Originalvorlagen oder Bildern ostdeutsche Trachten an.

Aus eigenen Mitteln hat sich Frau Schareina einen großen Bestand an alter und neuer ostdeutscher Literatur, insbesondere Prosa und Poesie, beschafft, die sie seit Jahrzehnten bei örtlichen und auswärtigen Veranstaltungen vorgetragen beziehungsweise für Vorträge zur Verfügung gestellt hat.

Nach der politischen Zeitenwende des Jahres 1989 hat Irmgard Schareina zusammen mit dem inzwischen verstorbenen Wilhelm Hopp die mitteldeutschen Landsleute, besonders in Stendal und Salzwedel, beim Aufbau von Gruppen mit Rat und Tat unterstützt. Beispielsweise überließ sie zahlreiche ostdeutsche Trachten als Vorlagen zur Anfertigung von eigenen Trachten.

In der Gruppe Uelzen ist Irmgard Schareina seit rund drei Jahrzehnten für die Kulturarbeit zuständig. Sie plant und führt die monatlichen Treffen und die Sonderveranstaltungen durch. Hierbei beweist sie großes Geschick bei der Auswahl der dem Anlass entsprechenden Themen. In Uelzen gibt es keine Vertriebenenveranstaltung, an der Irmgard Schareina nicht mitwirkt, sei es durch Programmgestaltung, sei es durch kulturelle Beiträge. Irmgard Schareina gestaltete und betreute auch eine Vitrine im Foyer des Uelzener Kreishauses, die halbjährlich mit neuen ostdeutschen Exponaten bestückt wurde, jetzt aber von der Gruppe der Ost- und Westpreußen aufgegeben werden musste. Daneben ist Irmgard Schareina in der Kreisgruppe Uelzen des Bundes der Vertriebenen tätig, in der sie den größten Teil der kulturellen Arbeit leistet und als stellvertretende Vorsitzende fungiert.

Für ihr umfangreiches Engagement hatte die Landsmannschaft Ostpreußen Irmgard Schareina bereits mit ihrem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet. Vom Bund der Vertriebenen wurde sie mit der Goldenen Ehrennadel geehrt. In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Irmgard Schareina das Goldene Ehrenzeichen.

Peter Wenzel



Ort der Veranstaltung wurde bestätigt: Zum ersten Mal wird die Landsmannschaft Ostpreußen am 16. Juni 2011 ihr Sommerfest im Allensteiner Amphitheater feiern können Bild: Archiv

Zauber der Kindheit

Besinnlichkeit und Geborgenheit zu Hause in Ostpreußen

Immer hat die Zeit vor dem Weihnachtsfest auf mich einen besonderen Reiz ausgeübt. Ich erinnere mich an die stille, beschauliche Adventszeit in meiner Kindheit. Im Küchenherd prasselte das Feuer, und die flackernden Flammen warfen riesige Schatten an die Wand. In meiner Fantasie waren es Riesen und Geister, die in unserer Küche tanzten. Aus dem Backofen duftete es nach Plätzchen und Honigbrot. Die Kerzen auf dem Adventskranz verbreiteten ein wohliges Licht, während meine Geschwister und ich Weihnachtslieder sangen. Eifrig schrieben wir unsere Wünsche auf den Wunschzettel und hofften, dass uns das Christkind wenigstens einen dieser Wünsche erfüllen möge.

In der Stadt gab es kurz nach dem Krieg keine üppige Weihnachtsbeleuchtung. Nur hin und wieder sah man einen kleinen Nikolaus im Schaufenster der Spielwarenhandlung. In der Erinnerung waren nicht nur die Sommer heißer, auch die Winter waren frostiger und schneereicher als heute. Nur selten blieb der Schlitten im Keller stehen. Erst wenn die handgestrickten Wollhandschuhe durchnässt und unsere Füße steif gefroren waren, machten wir uns

Gute Erinnerung an frostige Wintertage

auf den Heimweg. Auf dem Herd kochte das Teewasser, und der frische Stuten verbreitete einen aromatischen Duft. Unter den wachsamen Augen meiner Mutter durfte ich die Kerzen auf dem Adventskranz anzünden. Wenn sich draußen langsam die Dunkelheit ausbreitete, und in den umliegenden Häusern die Lichter angezündet wurden, begann die schönste Stunde des Tages. Während wir in kleinen Schlucken den heißen, honigsüßen Tee tranken, erzählte Mutter Geschichten von früher. Nie wieder habe ich dieses Gefühl der Behaglichkeit und Vertrautheit erlebt.

Und in der Nacht, während der klirrende Frost bizarre Figuren aus Eis an die Fenster zauberte, träumten wir von rasanten Schlittenfahrten und riesigen Höhlen aus Schnee. Unter den dicken Federbetten spürten wir die bitterkalten Nächte nicht. Geheizt wurden nur die Küche und manchmal auch die gute Stube. In den Schlafzimmern dagegen war es eisig kalt. Wenn wir am Morgen aus unserem Bett krochen, hatte der Winter über Nacht wunderschöne Eisblumen an den Fensterscheiben blühen lassen. Staunend standen wir Kinder davor und versuchten mit unserem warmen Atem die Blüten zum Schmelzen zu bringen. Wie gerne möchte ich noch einmal dieses besondere Gefühl der Geborgenheit spüren und den Geschichten meiner Mutter lauschen. Doch ich werde ihn nicht mehr finden – diesen Zauber meiner Kindheit.

Helga Licher

Direkter Draht zum Himmel

Schon mehrmals hatte Martin versucht, den Nikolaus anzurufen

Guten Abend, hier ist der Martin. Ist dort der Nikolaus?" „Hier spricht Müller." „Schade, ich dachte ..." – „Wen willst du sprechen, Junge?" „Den Nikolaus." „Ach sooo, ja, der bin ich. Was ist denn? Wieso hast du überhaupt meine Nummer gewußt?" „Och, ich habe einfach ein paar Zahlen auf Papas Handy gedrückt. Ich hab' mir gedacht, der liebe Gott wird mir schon die richtige Nummer eingeben. Ich habe vorhin schon mal angerufen, aber da war keiner dran." „Tja – ich bin viel unterwegs in letzter Zeit. Was hast du denn für Sorgen, Martin?" „Also – ich – ich hätte da einen Riesenwunsch!" „Schieß los!" „Nikolaus, du brauchst mir auch nichts weiter zu schenken, nur ... Ich meine – wenn du mir eine Armbanduhr mit Digitalanzeige bringst, und vielleicht noch 'nen neuen Fußball und so'n großes Fußballtor wie im Katalog wär' ja auch schön. Aber du brauchst nicht, Nikolaus, nur wenn du unbedingt willst! – Warum lachst du?" „Weil ich ein fröhlicher Nikolaus bin, Martin."

„Aber dann hätte ich noch diesen Riesenwunsch... Ich muss bis morgen früh ein Gedicht können, und das hab' ich vergessen, mir reinzuziehn!" „Reinzuziehn?" „Na zu lernen. Könntest du mir nicht schenken, dass ich's morgen trotzdem kann, wenn ich dran komme? Nikolaus, bist du noch da?" „Selbstverständlich. Sag mal, Martin, in welche Klasse gehst du denn?" „Erste, Mensch! Das Gedicht ist'n Nikolausgedicht. Ich

Gedichte lernen ist nicht seine Stärke

glaube, das geht so: ‚Von drauß' vom Walde komm ich her ... äh ..." „Wie wäre es, mein Junge, wenn du das Gedicht noch heute Abend lernen würdest?" „Och, Mensch, jetzt läuft doch ‚Soko Leipzig'. Ich muss nämlich unbedingt wissen, wer die Tussi umgebracht hat. Und danach muss ich gleich poofen!" „Poofen?" – „Na, schlafen! Mit dir kann man richtig geil sprechen. Du bist ein steiler Oppa!" „Steiler Op ...? Danke!"

„Du Nikolaus! Könntest du mich nicht am Nikolaustag besuchen kommen? Du warst noch nie persönlich bei uns. Ich meine ja, jetzt wäre ich mal dran!" „Jaaa, weißt du – es gibt so viele Kinder, die ich ..., aber vielleicht lässt sich das machen. Wo wohnst du eigentlich?" „Ich denke, das weißt du? Überhaupt, du fragst unheimlich viel!" „Na ja, ich bin schon alt, und mit meinem Gedächtnis klappt es manchmal nicht mehr so richtig. Und nun hat mir auch noch Hans Muff, dieser Trottel, mein Notizbüchlein verschlampt, wo alle Namen drinstehen." „Hast du die denn nicht in deinem Computer?" „Äh – der ist doch gerade mal wieder kaputt." „Also, ich heiße Martin Winzer und wohne in Köln, Neumarkt 11." „Klar, jetzt weiß ich's wieder! Gut, ich komme dann am Nikolaustag, aber nur unter einer Bedingung!" – „Welcher?" „Dass du noch heute Abend dein Gedicht auswendig lernst. Und dann sofort ab ins Bett. Okay?" „Ist gebongt, Nikolaus!" „Na also, ich wusste doch, dass du eine starke Zeile bist." „Du lernst aber schnell, Nikolaus, ich meine, so 'ne knallharten Wörter!" „Logo, in meinem Beruf muss man das."

„Kennst du auch Gedichte? Und kannst du sie auch aufsagen?" „Jetzt habe ich aber keine Zeit mehr, Martin. Bis dann. Tschüß!" „Tschüß, Nikolaus! Und du weißt ja: Versprochen ist gehalten!"

Gabriele Lins

»Man muss nur anfangen«

Deutschlands betagteste Wahlkampfhelferin Elfi Damian vollendet ihr 90. Lebensjahr

Es täte Deutschland gut, wenn es mehr Menschen wie sie gäbe: Mit Mut und Engagement setzt sich die Hamburgerin Elfi Damian für ihre Überzeugung, für Pflege und Weitergabe der preußischen Tugenden an die nachrückende Generation, aber auch für Menschen in Not ein.

Freudestrahlend erzählt sie, dass sie sich auf ihren runden Geburtstag am 22. Dezember freut, darüber, dass in ihrer inzwischen großen Familie alles in Ordnung ist und dass es ihr vergönnt ist, ihren Alltag noch voll im Griff zu haben und sich auch politisch noch einbringen zu können.

Organisieren und mit Menschen reden ist ihre Stärke. Elfi Damian ist überzeugte Christin und als solche hält sie nicht nur an den christlichen Überzeugungen, sondern auch an den preußischen Tugenden fest in einer sich immer schneller dem Zeitgeist unterordnenden Gesellschaft. Solchen Tendenzen tritt die rüstige Dame entschieden entgegen. Sie nimmt an Sitzungen des CDU-Ortsverbandes in Hamburg-Farmsen teil, ist in der Senioren-Union aktiv, organisiert deren Veranstaltungen und sie ist sich nicht zu schade, in Einkaufszentren die Wahlstände der Partei zu betreuen. Dort ist sie meistens die erfolgreichste Werberin, weil sie die Menschen direkt anspricht und deshalb auch erfährt, was sie bedrückt oder was sie sich von ihren Volksvertretern wünschen. Mit den regierenden CDU-Politikern ist Elfi Damian nicht einverstanden. Von Merkel und ihren Ministern fühlt sie sich nicht gut vertreten. Sie würde lieber konservative Politiker an der Spitze sehen, die sich für den Erhalt der noch vorhandenen Werte einsetzen.

Auch von der evangelischen Kirche ist die Hamburgerin, die 40 Jahre lang aktives Mitglied war, enttäuscht. Als die neue Bischöfin ihrer Kirchengemeinde einen Besuch abstattete und davon sprach, dass die Kirche ein geschützter Raum sei, in den man sich zurückziehen könne und auch einmal frei seine Meinung äußern dürfe, stand Elfi Damian auf und sagte: „Ich bin ein freier Mensch und ich kann überall meine Meinung äußern, dafür brauche ich nicht die Kirche als Schutzraum.“ So hält sie es auch, wenn die Politiker in ihrem Ortsverband sich zu sehr „politisch korrekt“ verhalten. Denn sie ist überzeugt davon, dass man seinen Standpunkt vertreten muss, auch wenn es unbequem ist.


Mutig und lebensfroh: Die rüstige Hamburgerin lebt nach ihren Überzeugungen Bild: MRK

Elfi Damian lebt nach dem Motto „Jeder kann etwas tun. Man muss nur anfangen.“ Sie weiß, wovon sie spricht, denn ihre „Karriere“ begann sie erst im Alter von 70 Jahren. Bei einer Reise nach Lettland lernte sie den Chef der „Deutschen Konservativen“ kennen, der sie zur Mitarbeit in seinem Büro einlud. Da Frau Damian damals mit einem aus dem Baltikum stammenden deutschen Pastor zusammenlebte und viele Reisen und Hilfsgütertransporte nach Riga organisierte, musste sie zunächst absagen. Später nahm sie die Herausforderung dann doch an. Im Alter von 69 Jahren wurde sie, die nach dem Abitur früh heiratete und drei Kinder großzog und noch nie in einer Festanstellung gearbeitet hatte, Sekretärin. Scheute sie sich anfänglich vor der Arbeit am Computer, so lernte sie schnell professionell damit umzugehen. Heute hält sie sich über das Internet auf dem Laufenden. Der Laptop wurde ihr zum Begleiter und Wissensspeicher.

> Stets offfen und ehrlich seinen Standpunkt vertreten

Im kommenden Jahr will Elfi Damian ihr bewegtes und langes Leben zu Papier bringen, weil ihre Kinder und Enkel sie darum gebeten haben. Sie hatte bereits damit angefangen, aber Einbrecher drangen am hellichten Tag in ihr Reihenhaus ein, während sie um die Ecke Einkaufen war, und entwendeten neben ihrem Schmuck auch ihren Computer. Während ihrer Berufstätigkeit organisierte sie Kongresse, Reisen, traf zahlreiche deutsche Politiker, begleitete als Reiseleiterin Gruppenreisen nach Israel und erhielt bald den Spitznamen „Mudder Damian“.

Das Leben hat es nicht immer gut gemeint mit Frau Damian. Sie weiß von großem Leid während des Zweiten Weltkriegs zu berichten. Ihr Mann diente als Marineoffizier. Selbst wurde sie ausgebombt. Sie musste sich mit ihrem Kind allein durchschlagen. Zwölf Jahre lang führte ihr Weg quer durch Deutschland bis nach Österreich, wo ihr zweiter Sohn zur Welt kam. Nach dem Krieg wurde sie als Deutsche aus Österreich ausgewiesen. Wieder in Deutschland bekam sie eine Tochter. Das Heimweh nach ihrer Heimatstadt Hamburg war ihr ständiger Begleiter. Als der Mann aus dem Krieg zurückkehrte, war er ohne Beruf und die Familie mittellos. Sie zog zurück nach Hamburg, in das Haus, in dem Elfi Damian heute noch wohnt. Mit dem Unterschied, dass es damals keine Heizung und kein Heizmaterial gab. Die Kinder waren oft blau gefroren, doch Elfi gab niemals auf. Heute ist sie froh und dankbar, dass ihre Kinder, Enkel und Urenkel wohlsituiert und in Frieden leben können.

Ein Schlaganfall, eine Krebserkrankung, zwei schwere Unfälle warfen Elfi Damian zurück, doch immer wieder kehrte sie ins aktive Leben zurück. „Höre nie auf anzufangen, fang nie an aufzuhören!“ Dieser Leitsatz wurde ihr zur Lebensaufgabe. Sie sieht es als ihre Pflichterfüllung an, das göttliche Geschenk ihrer Agilität zu nutzen.

Das schließt auch Pläne für das kommende Jahr mit ein. Elfi Damian möchte gerne noch einmal nach Ostpreußen reisen, denn ihre Großeltern mütterlicherseits stammen von dort. Vor zirka sieben Jahren war sie mit ihrem Sohn schon einmal in Ostpreußen auf der Suche nach dem Ort Kanischken, von wo ihre Oma kam. Leider konnte sie ihn nicht finden. Es soll dort ein Gut gegeben haben, das ihr Großvater im Alter von 17 Jahren verlassen musste, weil er etwas angestellt hatte, sich aber weigerte, sich beim Gutsherrn zu entschuldigen. Elfi Damian hätte so gerne eine Aufnahme oder Informationen über dieses Gut, aber auch eine Anfrage bei Frau Geede hat damals keinen Treffer gebracht. Vielleicht kann jemand aus dem Leserkreis, der diesen Artikel liest, weiterhelfen? Die Großmutter stammte aus der Nähe von Nikolaiken, dem Gut Sarken und dort waren tatsächlich noch ein paar Ruinen zu sehen.

Die *PAZ* liest Elfi Damian mit großer Aufmerksamkeit, den ostpreußischen Teil, weil sie sich – die neben Hamburger Plattdütsch auch Friesisch spricht – für Ostpreußisches und besonders den ostpreußischen Dialekt interessiert. Doch auch den Politikteil möchte sie nicht missen: „Sie schreiben offen und ehrlich über Situationen, die andere Zeitungen verschweigen.“ Deshalb hält sie die *PAZ* weiter, auch wenn ihr für das kommende Jahr schon eine Miet- und Nebenkostenerhöhung angekündigt wurde und sie sich einschränken muss.

Manuela Rosenthal-Kappi

Die Probleme beseitigen, nicht die Babys

Neue Wege in der Schwangerenkonfliktberatung: Empathie und Hilfe statt Beratungsschein und Abtreibung

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland hat wieder zugenommen. Laut den vor wenigen Tagen veröffentlichten neuen Daten des Statistischen Bundesamts stieg die Zahl der Abtreibungen im dritten Quartal 2011 um 1,8 Prozent, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresquartal. Und das, obwohl weniger Frauen schwanger waren und der Geburtenrückgang sich fortgesetzt hat. Nach Mitteilung der Behörde wurden im dritten Quartal 2011 rund 27 000 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Das waren 500 mehr als im dritten Quartal 2010.

Demnach werden wohl auch in diesem Jahr wieder über 100 000 Kinder nicht geboren werden. obwohl sie schon empfangen sind. 100 000 – ab dieser Einwohnerzahl spricht man in Deutschland von einer Großstadt. Über 100 000 Frauen werden sich für eine Abtreibung entscheiden, weil sie keine Alternative sehen konnten. Über ihre Leiden danach, ihre Depressionen, ihre Schuldgefühle, wird selten berichtet.

An dieser Stelle, der scheinbaren, subjektiv so empfundenen Alternativlosigkeit der Abtreibung des eigenen noch ungeborenen Kindes, setzen Schwangerenberatungsstellen an, die sich konsequent dem Leben verpflichtet fühlen. Wegen dieser Zielsetzung stellen sie keine Beratungsscheine nach Paragraf 219 Strafgesetzbuch aus, die zur straffreien Abtreibung berechtigen würden.



„Abtreibung? Nein danke“: Beratung und Hilfe für ein Ja zum Leben des ungeborenen Kindes Bild: 1000plus

Eine davon ist die Schwangerschaftskonfliktberatung „Die Birke“ in Heidelberg. Die Frauen, die dort kurzfristig einen Termin machen, sind verzweifelt und wollen ihre Schwangerschaft abbrechen. „Die Birke“ arbeitet nach einem eigenen Konzept: Sie setzt ganz auf professionelle Beratung voller Empathie, und statt leerer Worte bietet sie konkret-materielle, individuelle Unterstützung für Schwangere im Konflikt. Das können eine Beziehungsberatung, eine Finanzierungszusage für eine Tagesmutter während des ersten Lebensjahres des Kindes, ein zinsloses Darlehen für die Mietkaution einer größeren Wohnung oder Zuschüsse zum Lebensunterhalt sein.

Niemals wird dort zu einer Abtreibung geraten. Dahinter steht die Erkenntnis, dass nie das ungeborene Kind die Konflikte der Frau verursacht. „Die Massenabtreibung in Deutschland ist ein Phänomen der massenhaft unterlassenen Hilfeleistung“, fasst „Birke“-Vorsitzender Kristijan Aufiero die Erfahrungen aus langjähriger Arbeit gegenüber der *PAZ* zusammen. Knapp 70 Prozent der Frauen, die im vergangenen Jahr die Beratung bei der „Birke“ in Anspruch genommen haben, entschieden sich für die gemeinsam erarbeitete Lösung und damit für ihr Baby.

Für das Leben: Kristijan Aufiero

Weil sich die Nachfrage nach Beratung und Hilfe stark ins Internet verlagert hat – kaum einer schlägt heute noch in den Gelben Seiten nach –, ist aus der „Birke“ heraus der Verein „Pro Femina“ gegründet worden, um Frauen im Konflikt da abzuholen, wo sie nach Informationen suchen. Nach „Birke“-Angaben wird jeden Tag 5000-mal unter den Stichwörtern „Abtreibung“ und „Schwangerschaftsabbruch“ nach weiteren Informationen gesucht. Seit 2007 wurde deshalb ein Online-Beratungsteam aus studierten, qualifizierten und hochmotivierten Mitarbeiterinnen aufgebaut. Das Team geht einerseits von sich aus auf Schwangere zu, die sich in den unterschiedlichsten Foren und Chatplattformen über ihre Lage äußern und anonym nach Rat suchen, andererseits ist mit www.vorabtreibung.net eine eigene Netzseite geschaltet, die auch Beratungsstellen vermittelt, die keine Scheine ausstellen, sondern sich Zeit nehmen und mit der Schwangeren von der Problem- zur Lösungsorientierung kommt.

Denn eines kann Aufiero nach über zehn Jahren Beratungsarbeit sagen: „Eine Abtreibung ist nie eine wirklich gute Lösung, weder für die Mutter noch für das Kind. Es geht uns um Hilfe statt Abtreibung.“ *Christian Rudolf*

Pro Femina e.V.
Bergstraße 114
69121 Heidelberg
Telefon: 06221 / 606 77 00
www.1000plus.de
kontakt@1000plus.de

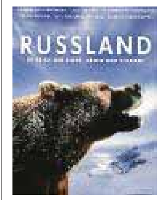
IN KÜRZE

Deutsche Weihnachtslieder

Stille Nacht“ statt „Merry Christmas“, „Ochs und Esel im Stall“ statt „red-nosed Rentier Rudolf“: Es gibt sie noch, die guten alten deutschen Weihnachtslieder. Wer eine Alternative zu „Jingle Bells“ und „White Christmas“ sucht, wird Freude an der – gerade rechtzeitig zum Fest erschienenen – neuen CD von Christoph von Weitzel haben. Der Bariton, der sich darauf spezialisiert hat, auf Liederabenden und Tonträgern traditionelles deutsches Liedgut zu pflegen, präsentiert hier auf höchstem sängerischen Niveau 21 weihnachtliche Titel, darunter neben allseits bekanntes Stücken auch sechs Weihnachtslieder des Mainzer Komponisten Peter Cornelius (1824–1874). Gerade diese Werke dokumentieren den hohen künstlerischen Rang des deutschen Volksliedes. Christoph von Weitzel und der ihn begleitende Pianist Ulrich Pakusch verstehen es vorzüglich, dieser Musik ihre Eigenständigkeit zu bewahren, jenseits von kommerzialisiertem Kitsch, aber auch von konzertanter Überhöhung. So eignet sich auch die neue Weihnachts-CD sowohl zum stillen Genießen als auch zum fröhlichen Mitsingen. („Macht hoch die Tür“, 10 Euro, zu bestellen unter post@christoph-von-weitzel.de oder Telefon (09844) 9782392). *H.J.M*

Wo Tiger und Bären leben

Über Russland wurden viele Filme gedreht, Bücher geschrieben und in jüngster Zeit füllt Russland aufgrund der politischen Lage die Schlagzeilen der Zeitungen. Viele Menschen haben den europäischen Teil schon einmal bereist, die russische Gastfreundschaft erleben dürfen oder folkloristische Aufführungen mit eigenen Augen gesehen. Aber Russland ist viel mehr. Die Filmemacher Jörn Röver und Henry M. Mix wollten in ihrem Film die vielfach noch unberührte Naturschönheit jenseits des Ural zeigen. An 1200 Drehtagen und 100 000 zurückgelegten Reisekilometern gelangen ihnen atemberaubende Aufnahmen seltener Tiere: Erstmals bekamen sie Bergwisente im Kaukasus oder Amur-Tiger am Strand vor die Kamera. Ein Glücksfall, denn in der riesigen Weite braucht es oft viele Tage und immense Geduld, um überhaupt ein Tier vor die Linse zu bekommen. Höhepunkt der Naturdoku sind Aufnahmen von der Halbinsel Kamtschatka. Die Region gehört zu den vulkanisch aktivsten der Erde. Schauspieler Siegfried Rauch (bekannt als „Traumschiff“-Kapitän), selbst naturverbunden und viel in der Welt herumgekommen, übernahm die Rolle des Sprechers. Die in Zusammenarbeit mit dem NDR entstandene Produktion ist ein außergewöhnliches Zeugnis der größten Wildnis der Erde. Die zu theatralisch wirkende Musik und die monotonen Sprecherkommentare stören teilweise den visuellen Genuss. *M. Rosenthal-Kappi*



Jörn Röver, „Russland. Im Reich der Tiger, Bären und Vuklane“, DVD, Polyband Medien, www.amboss-recordings.de

Im Hickhack der EU

Leszek Miller gibt Einblicke

Das Buch „So war das. Polens Einzug in die EU“ des polnischen Ex-Premiers und aktuellen Sejm-Abgeordneten Leszek Miller beginnt mit einem Vorwort des deutschen Ex-Kanzlers Gerhard Schröder, das die einzige dröge Passage einer faszinierenden Chronik ist. Der vom Inhalt gefesselte und vom Stil amüsierte Leser darf „Mäuschen“ spielen im politischen Hickhack der EU vor und im Jahr 2004, als die EU mit einem Schlag von 15 auf 25 Mitglieder erweitert wurde, darunter natürlich Polen, denn „eine Osterweiterung ohne Polen war undenkbar“ (Gerhard Schröder).

Auf Seite 273 zitiert Miller die Agentur Reuters, dass Polens EU-Kurs „französische Arroganz, britischen Euroskeptizismus und spanische Rücksichtslosigkeit beim Verhandeln in sich vereint“. Die Erweiterung wurde im September 2001 beschlossen und anfänglich waren die Polen in der EU begehrt. Bald wurde jedoch deutlich, dass Polen und die EU einander mit ihren Ängsten auf die Nerven gingen: Polen fürchteten, dass Deutsche ihren Grund und Boden aufkaufen würden – „Europäer“ sahen sich schon von Scharen arbeitsuchender Polen überschwemmt. Miller hat dieses „Gezerre“ nie sehr ernst genommen, schildert es aber mit stillem Vergnügen in allen Facetten.

Wobei der Autor die bloßen Fakten als bekannt voraussetzt und lieber die EU-Bühne ausleuchtet: Offizielles Pathos und kleinliches Gezänk, Plenarverhandlungen und Vieraugengespräche versus Pressekonferenzen, Warschauer Verhandler zwischen Brüsseler Druck und Pressionen von polnischer Opposition, Konzessionen an die einen wecken Begehrlichkeiten der anderen, rücksichtsloser Ressortegoismus der Art, „dass nicht Polen in die EU eintritt, sondern nur die polnische Landwirtschaft“. Miller bedenkt seine polnischen Gegner mit spitzesten Sottisen: „Die Anti-EU-Liga in unserem Land, dachte ich, würde auch kein Einsehen zeigen, wenn wir die Änderung des Namens in ‚Polnisch-Europäische Union‘ heraushandelten.“ Die Verhandlungen wurden umso härter, je geringfügiger die offenen Probleme waren: Budgetkompensationen, Milchquoten, Grenzsicherung im Osten, Diplome polnischer Krankenschwestern. Das alles schildert Miller mit dem dramaturgischen Gespür eines Krimiautors und mit dem Witz des Kabarettisten, so zum Beispiel die Einladung bei Tony Blair: „Erleichtert stellte ich fest, dass es kein englisches Frühstück war. An solchen Dingen erkennt man wahre Freunde.“

Von Ängsten überschattet

Am 13. Dezember 2002, auf den Tag 21 Jahre nach dem gewaltsamen Ende von „Solidarnosc“, hatte Polen Zugang zur europäischen Solidarität gefunden, nachdem Miller und sein Team bis zur letzten Minute verhandelt und den dänischen Premier am Kopenhagener Verhandlungsort als Boten hin- und hergehetzt hatten. Tags darauf waren sie in Warschau, Miller schenkte Präsident Alexander Kwasniewski symbolisch einen 50-Euro-Schein, was von der Opposition als Teil des deutschen Judaslohns oder „Miller'schen Euros“ ansah. Miller war es herzlich egal, bei den anderen Neumitgliedern wurden EU-Verhandler „Tölpel“ genannt, weil sie nicht so viel wie der Pole Miller erreicht hatten, den Gerhard Schröder und Günther Verheugen zum Weihnachtsschmaus besuchten und der mit sich und der Welt im Reinen war: „Polen hat die EU im gleichen Maße verdient wie die Union Polen.“ *Wolf Oschlies*

***Leszek Miller: „So war das. Polens Einzug in die EU“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2011, geb., 351 Seiten, 23 Euro*

Mit Witzen die Mutter gerettet

Soldaten der Roten Armee haben Burkhard Driest langfristig traumatisiert

„Maikäfer flieg!/Der Vater ist im Krieg/Die Mutter ist im Pommerland/Und Pommerland ist abgebrannt/Maikäfer flieg!“, lautet der Text eines bekannten deutschsprachigen Volksliedes, dessen Melodie der des Wiegenliedes „Schlaf Kindlein, schlaf“ entspricht. An eine geruhsame Nacht konnte der damals fünfjährige Burkhard Driest nicht denken. Der Junge erlebte 1944 in Stettin die Bombenangriffe der Amerikaner, Sirenengeheul und stundenlanges Ausharren im Bunker. Als es schon fast zu spät war, floh er gemeinsam mit seiner Mutter Susanne und seiner jüngeren Schwester Dagmar aus der lichterloh brennenden Stadt. Sie fanden Unterschlupf auf einem Landgut in Pommern. Im Januar 1945 rückte die Rote Armee vor und besetzte den Hof.

Was der heute 72-jährige Autor und Schauspieler in seiner Autobiografie „Die Maikäfer und der Krieg“ nun schildert, mutet surreal an. Die Soldaten vergewaltigten und ermordeten Frauen. Burkhards Mutter gelang es, sich auf einem Kleiderschrank zu verstecken. Nachts torkelten betrunkene Russen ins Zimmer und machten das Licht an, um zu kontrollieren, ob sich nicht doch Erwachsene im Raum befanden. Sie zogen den Kindern die Bettdecke weg und fragten, wo die Mutter sei. „Tot“, antwortete der Junge und nahm seine kleine Schwester in die Arme.

In den folgenden Tagen wird er Zeuge der Gräueltaten: „Als ich nach meinem Freund sehen wollte, entdeckte ich ihn und seine Mutter wie abgeschlachtete Tiere auf dem Bett ihres Schlafzimmers. Da wusste ich: Die Soldaten würden kommen, bis meine Mutter an der Reihe ist. Ein kleiner Fehler, dann würde auch sie sterben.“ Damit die Russen seine Mutter nicht entdeckten, machte Driest gute Miene zum bösen Spiel: „Nur wenn sie lachten, waren sie ungefährlich. Deshalb musste ich aufgeweckt herüberkommen. Ich trank Wodka, machte Witze und erteilte ihnen Befehle, indem ich rief ‚Jetzt holt Essen!‘ Das gefiel ihnen. Als trauriges Kind wäre ich ihnen im Weg gewesen.“


Der Schauspieler Burkhard Driest

Der Vater spürte die Familie schließlich auf und holte sie aus der sowjetisch besetzten Zone heimlich über die Grenze nach Niedersachsen. Doch das Gefühl der ständigen Bedrohung verfolgte Burkhard Driest noch Jahre später: „Wenn es dämmerte, sah ich Feinde im Dunkel, und schon stand ich unter Strom. Das war entsetzlich. Ich habe gegen diese Angst angesoffen, Heroin genommen und zehn Jahre Gesprächstherapie gemacht. Doch noch heute muss ich mich zusammenreißen, um ein normales Leben zu führen.“

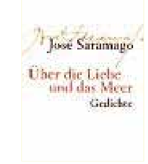
Ein normales Leben führte Driest sicherlich nicht. Bevor er sich als Autor und Schauspieler einen Namen machte, schlug er sich unter anderem als Hafenarbeiter, Kellner und Taxifahrer durch. Kurz vor seinem Juraexamen überfiel er 1965 eine Bank bei Hannover und erbeutete 5500 D-Mark. Das Gericht verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis, wobei er wegen guter Führung vorzeitig entlassen wurde. Sein erster Roman „Die Verrohung des Franz Blum“ beschreibt seine Haftzeit und ist erfolgreich verfilmt worden.

Romy Schneider war ganz verzaubert von dem Ex-Kriminellen. „Sie gefallen mir, Sie gefallen mir sehr“, hauchte die Schauspielerin ihm 1974 auf dem Sofa in einer Talkshow zu und legte ihre Hand auf seine. Heute lebt Driest mit seiner Familie auf Ibiza. In seinem Buch erzählt er mit drastischer Offenheit und auf bewegende Weise seine Kindheit am Ende des Krieges und arbeitet ein lange verschwiegenes Stück Zeitgeschichte auf. *Sophia E. Gerber*

***Burkhard Driest: „Die Maikäfer und der Krieg“**, Langen-Müller, München 2011, geb., 288 Seiten, 19,99 Euro*

Viel weißes Papier und Lapidares

Letzter Versuch, aus verstorbenem Nobelpreisträger Kapital zu schlagen



Ungefähr ein Jahr nach dem Tod des portugiesischen Nobelpreisträgers José Saramago, der am 18. Juni 2010 im Alter von 88 Jahren auf Lanzarote starb, veröffentlichen seine Verlage im In- und Ausland frühe und bislang nicht übersetzte Werke sowie in Vergessenheit geratene Texte des Autors, dem 1998 der Literaturnobelpreis zugesprochen wurde. Ansonsten wären diese Texte vermutlich in der Versenkung verschwunden geblieben.

Einiges davon durchaus zu Recht; darauf lässt der durch Hoffmann und Campe verlegte Gedichtband „Über die Liebe und das Meer“ schließen. Hierbei handelt es sich um die erstmalige Übersetzung einer Auswahl von Gedichten José Saramagos aus den 60er und 70er Jahren. Da der Autor hierzulande bisher nicht als Versdichter bekannt ist, dürfte manch ein Leser schon aus Neugier zu dem schmalen Band greifen. Der Klappentext verspricht alles und nichts: „Was ist Zeit? Was ist der Mensch? Welche Kraft hat die Natur, und was hat es mit dem ewigen Mysterium der Liebe auf sich?“ Dazu passt ein Zitat Saramagos auf der Rückseite des Buchumschlags: „Mag sein, die Welt gäbe es nicht, wenn ihr unsere Liebe fehlte.“

José Saramago enttäuscht

Auf den ersten Blick ein befremdlicher Befund: Viel, entschieden zu viel weißes Papier findet sich auf den einzelnen Seiten, denn oben stehen teilweise nur vier- und fünfzeilige Gedichte. Das weckt natürlich besonders hohe Erwartungen bezüglich des Inhalts. Sind diese Verse womöglich genial lapidar? Doch noch bevor sich irgendein Eindruck verfestigt, ist jedenfalls eines geklärt: Hier hat sich die poetische Phantasie des Autors ausschließlich über das Thema Erotik verströmt, genauer: Erotik gepaart mit Weltschmerz. Auch wird ganz profan auf den Schmerz abgespielt, den körperlichen Schmerz nämlich. Spricht er von „Seelenfreude“, so meint er Sinnenfreude. So wie sich die Götter „ihrer selbst entkleideten“, so lassen auch die Erdenbewohner ihre Hüllen fallen. Der Gegenpart der „Liebe“ ist die innere Leere, poetisch als „Wüste“ umschrieben. „Wahre Liebe“ wird als Mittel gegen die innere Leere („Wüste“) beschworen. „Wüste“ hätte daher als drittes Leitmotiv in den Buchtitel aufgenommen werden sollen, der dann aber weder klangvoll noch stimmig dahergekommen wäre.

Portugiesische und spanische Könige hat der Dichter bemüht, und auch mit Anspielungen auf die antike Mythologie wurde das Ganze in eine höhere Sphäre gehoben – oder auch verbrämt, je nach Lesart. Ob das Kunst oder Kitsch ist, interessiert letztlich nicht mehr so sehr. Sondern man richtet sein Augenmerk verwundert auf den Verlag. Dieser hat auch in unserer heutigen Zeit die Aufgabe, Klarheit über den Inhalt zu vermitteln. Nicht verhüllende Sentenzen, sondern eine unbedingt verlässliche Auskunft ist gefragt. Wer diese Lektüre enttäuscht aus der Hand legt, dürfte sich auch getäuscht fühlen. *D. Jestrzemski*

***José Saramago: „Über die Liebe und das Meer. Gedichte“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2011, gebunden, 96 Seiten, 15 Euro*

Seinem Lebenswerk treu geblieben

Ernst Nolte beweist in »Späte Reflexionen«, dass er sich nicht zurück ins Glied begeben hat

Die jüngere deutsche Geschichte vor 1945 ist im Alltag der Bundesrepublik als negativer Bezugspunkt überaus präsent. Dies ist eindeutig. Weniger eindeutig stellt sich dagegen die Relation dieser deutschen Vergangenheit zu anderen Vergangenheiten des 20. Jahrhunderts dar. In seiner neuen Schrift „Späte Reflexionen. Über den Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts“ blickt Ernst Nolte auf die Auseinandersetzungen jener Ära zurück, die diesen Zustand verursacht haben. Sie tragen für ihn die Bezeichnung „Weltbürgerkrieg“. Wie der Titel verspricht, sind es in der Tat „Reflexionen“ über diese Ära. Teilweise sind sie philosophischer oder aphoristischer Art, aber an vielen Stellen auch ganz persönliche Anmerkungen. Ernst Nolte betrachtet sich – und tut das zweifellos mit gewissem Recht – nicht nur als Chronist und Historiker dieses Bürgerkriegs, sondern zudem als einen durchaus unfreiwilliger Teilnehmer an dem Konflikt und dessen Nachwirkungen, wie man zwischen den Zeilen entnehmen kann.

Seine wesentlichen Themen sind, wie stets, die Zusammenhänge zwischen der Entstehung des NS-Regimes und dem Sozialismus sowjetischer Prägung, dazu der Zionismus und gelegentlich der Islamismus. Längere Abschnitte sind Einzelfragen, beispielsweise denen nach der Definition des Liberalismus und den Grundlagen des Liberalen Systems gewidmet. Aber auch der intellektuelle Weg Noltes selbst, dessen Stern als Geschichtsdenker Anfang der 1960er Jahre mit seiner Habilitationsschrift über den „Faschismus in seiner Epoche“ aufging und eineinhalb Jahrzehnte unangefochten strahlte, bis er langsam in die Isolation und schließlich in einen Konflikt mit dem bundesdeutschen und internationalen Establishment der Zeitgeschichtsdeutung geriet, wird hier beleuchtet.

Das führt zu interessanten und detailliert ausgeführten Erkenntnissen über die Wandlungen politischer Orientierung in der Bundesrepublik. Vieles an Noltes Schriften lag im Jahr 1960 im Zentrum der akademischen Debatte und wurde dort nicht nur als innovative Analyse akzeptiert, sondern politisch gesehen eher der Linken zugeordnet. Seine aus diesem Ansatz heraus folgerichtig weiterentwickelten Äußerungen galten dann 1986, dem Jahr des notorischen, um Nolte kreisenden Historikerstreits, mehrheitlich als rechtskonservativ und revisionistisch. Bemerkenswert konsequent ist deshalb die Deutlichkeit, mit der Nolte im vorliegenden Buch noch einmal ausdrücklich und prinzipiell der Linken das historische Recht gibt. Gemeint ist damit nicht das bundesdeutsche Juste Milieu, sondern diejenige Fraktion, die für ihn in der Neuzeit die Fähigkeit des Menschen zur „Transzendenz“ repräsentiert, also etwa zur steten Weiterentwicklung der Gesellschaft in egalitärer Tendenz. Der Nationalsozialismus als Widerstand gegen diese Transzendenz sei von Anfang an ein Unrecht gewesen, wie auch der Holocaust, das Verbrechen während des Krieges, für Nolte kategorisch die negativste Untat der Menschheitsgeschichte darstellt. Den NS-Staat deutet er als ethnisch ausgerichteten Kriegerstaat ohne jede Zukunft, gewissermaßen den letzten seiner Art.

Zuspitzend und provokant

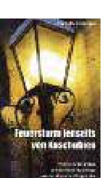
Könnte man in diesen Äußerungen Noltes die Absicht sehen, den Anschluss an den Zeitgeist zu gewinnen, so wird man umgehend eines anderen belehrt. Der Autor erneuert zugleich seine Feststellungen über den „jüdischen Bolschewismus“ sowie über einen „kausalen Nexus“ zwischen der Oktoberrevolution und dem Aufkommen des Nationalsozialismus. Er setzt einige vergleichend-negative Anmerkungen über die Grundlagen und die Politik des heutigen Zionismus hinzu, die reichlich zugespitzt und provokant daherkommen. In Israel sieht er letztlich ebenfalls einen ethnisch ausgerichteten Kriegerstaat, der gar nicht anders könne, als zu vergleichbaren Entwicklungen wie seine Vorläufer zu kommen. Das löst Widerspruch aus, ist aber innerhalb von Noltes Gedankenwelt letztlich konsequent. Ernst Nolte ist seinen Positionen in dem jetzt vorgelegten persönlichen Abschluss seines Lebenswerks treu geblieben. Man könnte ihn einen linksliberalen Wissenschaftler nennen, der die unvergangene Vergangenheit bundesrepublikanischer Geschichtspflege an ihre Widersprüche erinnert hat. *Stefan Scheil*

***Ernst Nolte: „Späte Reflexionen. Über den Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts“**, Karolinger, Wien 2011, geb., 316 Seiten, 24,90 Euro*

Erlebnisse einer Flucht

Da lag der Mann, mitten zwischen den Gleisen, aus seiner offenen Bauchwunde quollen Blut und Gedärme, sterbend betrachtete er die an ihm vorbeihetzenden Flüchtlinge, während seine Tochter trotz aller Gefahr neben ihm hockte und seine Hand hielt. Dies ist nur eine der grausigen Erinnerungen, die Eva Kobs Grommeck ihr Leben lang verfolgen. In „Feuersturm jenseits von Kaschubien“ hat die gläubige Christin sehr aus dem Gefühl heraus, manchmal den roten Faden verlierend, die Ereignisse rund um ihre Flucht niedergeschrieben. *Bel*

***Eva Kobs Grommeck: „Feuersturm jenseits von Kaschubien. Fragmente der großen und schweren Fluchtwege aus den deutschen Ostgebieten“**, Lichtzeichen, Lage 2011, broschiert, 132 Seiten, 6,95 Euro*



MELDUNGEN

Dankesmünzen für Kreditgeber

Tokio – Um Geld für den Wiederaufbau nach dem Tsunami vom Frühjahr zu bekommen, hat sich Jun Azumi, der Finanzminister Japans, etwas einfallen lassen. Zwar bekommt der Käufer von Staatsanleihen derzeit nur rund 0,18 Prozent Zinsen, doch Azumi lockt nun mit geprägten Dankesmünzen aus Gold und Silber und einem von ihm persönlich unterzeichneten Dankschreiben. Japan ist mit 220 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes verschuldet. *Bel*

30 Millionen für 830 Zuschauer

Brüssel – Kosten in Höhe von 30 Millionen Euro hat das vom EU-Parlament finanzierte Fernsehprogramm „EuroparlTV" nach Angaben der Stiftung „New Direction" seit seinem Start im Jahr 2008 verursacht. Das in 22 Sprachen übersetzte und per Internetübertragung zu empfangene Programm wird nach Recherchen der britischen Zeitung „Sun" durchschnittlich lediglich von 830 Zuschauern pro Tag gesehen. *N.H.*

ZUR PERSON

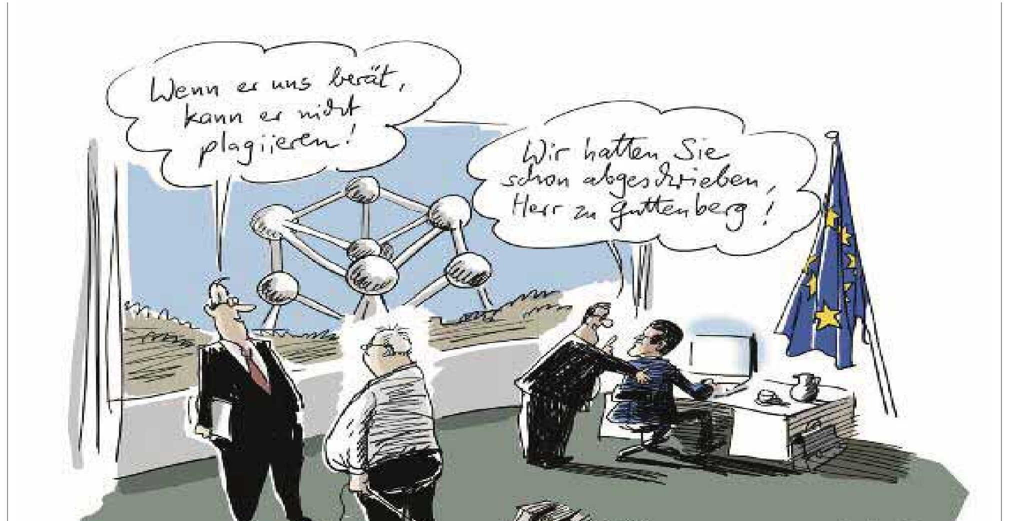
Gegen England, für Europa

Der britische Premier David Cameron hat mit seinem Veto zur Änderung der EU-Verträge für Unruhe auf der Insel gesorgt. Vor dem Unterhaus in London verteidigte er sein Nein in Brüssel mit dem Verweis auf die nationalen Interessen Großbritanniens, die er schützen wolle. Sein Koalitionspartner war da anderer Meinung. Aus seiner bitteren Enttäuschung machte der EU-freundliche liberaldemokratische Vize Nick Clegg kein Hehl. „Schlecht" sei Camerons Alleingang für das Vereinigte Königreich.

Doch nicht nur in der Koalition kriselt es. Auch im Gebälk von Great Britain knirscht es vernehmlich. Die schon lange zu neuem Selbstbewusstsein erwachten Regionen sehen ihre Felle in der EU davonschwimmen, wenn die Londoner Regierung das Inselreich isolieren sollte. Insbesondere der schottische Premier **Alexander Salmond** befürchtet, Cameron könne bewirken, dass Britannien bei wichtigen, auch Schottland betreffenden EU-Entscheidungen nicht mehr mit am Tisch sitze. In einem offenen Brief kritisierte er den Konservativen, vor dem Gipfel in Brüssel seine Kollegen in Edinburgh, Cardiff oder Belfast übergangen zu haben.



Der im Mai wiedergewählte Erste Minister von Schottland ist, mit vierjähriger Unterbrechung, seit 1990 Vorsitzender der links-proeuropäischen Schottischen Nationalpartei (SNP). Mit dem Rückhalt einer absoluten Mehrheit im schottischen Parlament strebt der studierte Volkswirt, der 1954 in Linlithgow und damit am selben Ort wie Maria Stuart geboren wurde, eine Volksbefragung zur schottischen Unabhängigkeit an, für die er selbst eintritt. 2008 befürwortete er die Einführung des Euro jenseits des Hadrianswalles. Derzeit macht ihm politisch niemand Konkurrenz, doch sein bester Wahlhelfer ist allemal David Cameron – und der schottische Stuhl am Brüsseler Tisch durchaus realistisch. *CR*



Zeichnung: Mohr

Irgendwie ausländisch

Wann sich Guttenberg als »Migrant« einschleicht, wie die SPD in die Dunkelheit fällt, und warum das Mittelalter gerade erst anfängt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Loyalität ist eine alte deutsche Tugend. Schon der Römer Tacitus schwärmte vor fast 2000 Jahren davon, wie felsenfest die Germanen zu ihrem Wort ebenso wie zu ihren Leuten standen. Umfragen in aller Welt belegen, dass das Bild vom loyalen Deutschen noch heute vollkommen intakt ist. Darauf können wir stolz sein.

Allerdings kann man unsere Treue auch überstrapazieren. Dann können wir ganz schön biestig werden. Karl-Theodor zu Guttenberg sollte sich also in Acht nehmen. Seine Berufung zum „Internetberater" der niederländischen EU-Kommissarin Neelie Kroes riecht ziemlich streng. Haben sich da zwei zur gemeinsamen Rache verabredet?

Die EU-Kommission ist nämlich sauer auf Berlin. Die Deutschen zieren sich bei den Euro-Bonds, und nun haben sie ein neues Vertragswerk angestoßen, an dem außer England alle 26 EU-Mitglieder teilnehmen, ohne Herrn Barroso gefragt zu haben. Der portugiesische EU-Kommissionspräsident kocht.

Und setzt daher alle Hebel in Bewegung, um den Deutschen zu schaden. So piesackt er sie mit neuen Quengeleien am „VW-Gesetz". Das sichert den bestimmenden Einfluss Niedersachsens bei dem Unternehmen, das sich anschickt, der größte Autobauer der Welt zu werden. Dass Barrosos Leute daran nach längerer Pause nun plötzlich wieder laut Anstoß nehmen, deuten Brüsseler Auguren als simple Retourkutsche gegen die sperrigen Deutschen.

Ebenso war die Tinte auf dem Vertragswerk vom vergangenen Wochenende noch nicht trocken, da fingen Brüsseler Bürokraten schon an, an seiner „Rechtmäßigkeit" zu zweifeln. Der Vertrag, der Merkels Handschrift trägt, verstoße womöglich gegen andere gültige EU-Verträge. Guter Witz! Ausgerechnet von Barroso! Dessen Euro-Bonds verstoßen bekanntlich ebenso gegen diverse Verträge wie eigentlich alle Euro-Rettungsmaßnahmen. Nur weil das jetzt aus Berlin kommt, wird man in Brüssel auf einmal kleinlich.

Und nun auch noch Guttenberg. Den nehmen die doch auch nur, um uns Deutsche zu ärgern! Er spielt artig mit, weil er ja ebenfalls eine Rechnung mit Berlin offen hat: Bei seiner Vorstellung in Brüssel ließ Guttenberg keinen Zweifel daran, wie er zu Deutschland steht, das ihm seinen falschen Doktor nicht gönnte. Alle Fragen beantwortete er auf Englisch, selbst die, die ihm auf Deutsch gestellt wurden. Erst als Frau Kroes eine niederländische Frage niederländisch beantwortet hatte, würgte der Franke ein paar deutsche Brocken heraus. Was für ein Stiesel.

Den haben wir mal gemocht! Nein, nach Deutschland wolle er sobald nicht zurückkehren, sagt er. Na bitte, das wollen wir ihm auch geraten haben. Denkt der etwa, dass ihn bei uns noch eine Karriere erwartet, wo er sich doch dermaßen von Deutschland entfremdet hat?

> Erst als Kroes holländisch sprach, würgte er ein paar deutsche Brocken heraus

Entfremdet? Vielleicht ist das sein Trick. Vielleicht will Guttenberg gar nicht als Deutscher, sondern als ausländischer „Migrant" wieder einsickern? Das würde die peinliche Sprachverrenkung beim Pressetermin in Brüssel erklären.

Was er von der Maskerade hätte? Die SPD hat auf ihrem jüngsten Parteitag beschlossen, eine Immigrantenquote einzuführen. 15 Prozent der Führungskräfte in der Bundespartei sollen künftig einen „Migrationshintergrund" vorweisen können. Bekanntlich landen Beschlüsse von Grünen oder SPD – mit schamhafter Verzögerung, dafür aber zuverlässig – irgendwann auf den Parteitagen von CDU und CSU. Wenn Guttenberg mit seiner Migrantwerdung fertig ist, könnte es bei der CSU gerade so weit sein.

Die Sozialdemokraten sind dann aber gewiss schon viel weiter. Die Quote soll ja, wie schon die für Frauen, Benachteiligungen beseitigen. Wie Untersuchungen zeigen, ist auch Kahlköpfigkeit ein Karrierehindernis. Man hat Leuten Fotos vorgelegt, auf denen dieselben Köpfe mit und ohne Haupthaar abgebildet waren. Ergebnis: Die mit den bewaldeten Häuptern wurden durch die Bank für „dynamischer" gehalten. Ist das nicht ungerecht? Und ob! Während sich die einen unverdient an ihren Haaren emporziehen lassen, versauern die Kahlen im Mittelfeld oder fristen ihr Dasein als Schlussseiten-Kolumnist. Glatzenquote!

Da hören wir allerdings schon die nächsten fordernden Töne, die aus Hüfthöhe zu uns heraufquieken: Und was ist mit uns Kleinen? Wer wollte bestreiten, dass es beim beruflichen Aufstieg hinderlich sein kann, wenn einem 30 Zentimeter oder mehr zum Gardemaß fehlen? Zwergenquote! Und eine für Schwule und Lesben. Und für die Dicken. Und eine für die Hässlichen. Und für Leute mit Fistelstimme. Und für die mit den komischen Dialekten. Und ... ach, uns fallen noch jede Menge Benachteiligungen ein, die nur per Quote bereinigt werden können. Der durchschnittlich aussehende, vollbehaarte, großwüchsige, männliche Deutsche ohne ausländische Wurzeln braucht dann allerdings gar nicht mehr aufzutauchen beim Parteitag: Keine Chance, alle Posten sind schon per Quote wegreserviert.

Die Frage wird nur sein: Wie ausländisch beispielweise muss einer sein, damit er die Anforderungen der Quote erfüllt? Die Sozialdemokraten werden bei der Bestimmung des „Migranten" ihre liebe Not haben. Reicht die dänische Tante? Ist die anatolische Oma zu wenig? Oder ist es umgekehrt, weil Dänen nicht „fremd" genug sind, um als angebliche Opfer von Diskriminierung durchzugehen? Muss man gar irgendwie „ausländisch" aussehen oder wenigstens einer exotischen Religion zuneigen?

Sie haben gewiss schon bemerkt, wie es langsam dunkel wird. Die braven Sozialdemokraten werden das auch noch spüren: Ehe sie sich's versehen, könnten sie sich mit all ihrem Eifer in der düsteren Welt der Ahnennachweise und Rassenforschung wiederfinden. „Positive Diskriminierung" ist halt auch Diskriminierung, weshalb man mit dem einen wie mit dem anderen letztlich im selben Dreck landet.

So kippt überdrehter Emanzipationsdrang just in sein Gegenteil. Offensichtlich hat die Geschichte nur eine Sorte von Ironie parat: die besonders giftige. Generationen von Fortschrittskämpfern haben alles daran gesetzt, den Begriff vom „Normalen" niederzuringen, weil damit jede Abweichung von einer gewissen Norm als „abnormal" gegeißelt würde. Nun führen die Quotenkämpfer den „Normalen" durch die Hintertür wieder ein als den armen Tropf, dem keine Quote einen Platz an der Spitze freimacht. Es darf bitterlich gelacht werden.

Dabei geht der Salto rückwärts noch viel weiter, als man auf den ersten Blick erkennt. Mit der Quotiererei werden (bislang) ausschließlich angeborene Eigenschaften als Schlüssel zum Aufstieg benannt. Erinnert uns das nicht an etwas? Ja sicher, es war das Merkmal des Mittelalters, dessen Ausläufer bis in die Neuzeit reichten, dass nicht etwa Leistung oder demokratische Wahl, sondern nur per Geburt erworbene „Rechte" darüber entschieden, welchen Platz man in der Hierarchie einnahm.

Da hatten die Pessimisten also doch Recht: Es geschieht nichts Neues unter der Sonne, alles dreht sich im Kreise. So flohen unsere Ahnen vor den Zumutungen einer fortschrittlichen Antike in die trüben Tümpel jenes finsteren Mittelalters. Von da haben sie sich unter schwersten Schmerzen zurück ans Licht der Freiheit gekämpft, und nun sind wir dran, um zurück in den Modder zu hüpfen.

Irgendwann werden deutsche Parteitage anmuten wie mittelalterliche Ständeversammlungen, auf denen sämtliche Posten, hübsch nach Quote, schon vor Beginn an die jeweiligen Gruppen vergeben sind. Die „Wahlen" sind dann reine Formsache, weil in der Quotensatzung alles geregelt ist.

Ja, wer hätte geahnt, dass unsere (Wahl-)Freiheit eines Tages nicht von faschistischen Machtmonstern untergepflügt wird, sondern ausgerechnet von den Streitern „gegen Diskriminierung und Ausgrenzung".

MEINUNGEN

***Merrit Drucker**, Ex-Major der US-Armee, war 1987–90 in Rheinberg stationiert. Dort erfuhr er von den **grausamen US-Gefangenenlagern** in den Rheinwiesen, in denen 1945 Tausende **deutsche Soldaten zu Tode** kamen. Dem „Focus" (12. Dezember) sagte Drucker:*

„Es hat nie eine offizielle Untersuchung über die Rheinwiesenlager gegeben, weder auf amerikanischer noch auf deutscher Seite ... Das Thema ist in den USA wenig bekannt. Dem deutschen Volk spreche ich meine Entschuldigung aus und erinnere daran, dass auch seine ehemaligen Kriegsteilnehmer die Erinnerung verdienen, die tapferen Soldaten gebührt."

***Memet Kılıç**, Mitglied des Deutschen Bundestages für die **Grünen**, kritisiert in einer Presse-Erklärung vom 8. Dezember die Debatte um das **NPD-Verbotsverfahren**:*

„Angesichts der systematischen Neonazimorde ist eine akademische Diskussion über ein mögliches NPD-Verbotsverfahren ein unerträgliches Ablenkungsmanöver. Die Innenminister der Länder müssen endlich die Schwachstellen in ihren Systemen beseitigen. Sie haben dazu geführt, dass diese Morde durch Neonazis 13 Jahre lang unentdeckt blieben."

*Die populäre griechische Sängerin **Nana Mouskouri**, die in den 90ern ihr Land im EU-Parlament vertreten hat, ist **„böse" auf ihre Landsleute**. „Welt-online" (12. Dezember) sagte sie:*

„Auch die Griechen müssen lernen, dass man Schulden begleichen muss. Wir haben die vergangenen 30 Jahre ... in einer Lüge gelebt, in einem falschen Wohlstand ... alles wurde mit europäischem Geld finanziert – die Häuser, die Autos, die Wahlen. Europa hat das Recht, darüber verärgert zu sein."

Die einzige Erklärung

Sicher blieb so manchem Jecken
schon bei Hellas sein Helau
ungejeckt im Halse stecken –
doch inzwischen geht's,
o Schrecken,
weiter Richtung Euro-GAU.

Denn wenn höchste Gipfel kreißen,
um beinah im Wochentakt
wieder Rettung zu verheißen,
ist ihr Auswurf stets zum Schmeißen:
Giga-Mäuslein, hohl und nackt!

Na, zu unserm Glück erfanden
irgendwann sie den Advent,
dass bei Lichtern und Girlanden,
selbst wenn wenig Geld vorhanden,
alles eilig drängt und rennt.

Darum kauft, ihr lieben Leute,
nützt noch die Gelegenheit,
kauft nach Möglichkeit gleich heute
unter Glitzer und Geläute,
gebt ihr Sinn, der Weihnachtszeit!

Und wenn kräftig Steuern fließen
dank der Torschluss-Konjunktur,
soll auch das euch nicht verdrießen:
Gibt's mehr Spenden auszugießen
bei der nächsten Rettungs-Tour!

Wisst ihr, wie ich mir's erkläre?
Die da oben offenbar
glauben an die Maya-Lehre –
und dass eh vorbei es wäre
mit der Welt im nächsten Jahr ...

Pannonicus